Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung Mai 1996

Diplomarbeit

Strukturwandel und regionale Planung. Eine regulationstheoretische Untersuchung der Erneuerung des Ruhrgebietes am Beispiel von "Arbeiten im Park"-Projekten

2. Auflage

Gutachter: Dr. rer. pol. Hermann Bömer
Dr. rer. pol. Heinz-Jürgen Bremm

vorgelegt von: Andreas Gutschank

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Abbildung

Tabellen

Karten

1. Einleitung

1.1 Anlaß

Die Bewältigung des Strukturwandels ist im Ruhrgebiet zu einer der wichtigsten Planungsaufgaben nach dem Wiederaufbau geworden. Seit in den 70er Jahren zur Krise des Montansektors die Krise in der Stahlindustrie hinzugetreten ist, ist das Thema aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Die zunächst als sektorale Strukturschwäche ausgemachte Krise und ihre Folgen für die Bevölkerung, wie Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit und Armut sind zur Daueraufgabe für Planung und Politik geworden.

Der fortschreitende ökonomische Strukturwandel ist mit erheblichen Produktivitätszuwächsen, einer Verlagerung und dem Abbau der Erwerbstätigkeit verbunden. Insbesondere ist auf die weitreichenden Veränderungen innerhalb der traditionellen Sektoren, wie die Modernisierung, Spezialisierung und Flexibilisierung der Stahlproduktion hinzuweisen. Der Rückgang der Beschäftigung im Montanbereich konnte in den allgemeinen Wachstumsbranchen, insbesondere auch im Dienstleistungssektor, nicht aufgefangen werden.

Dabei hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß die Ursachen nicht allein im Montanbereich zu suchen sind[1]. Als Indikatoren für eine den Montankomplex überschreitende Krise muß die Schwäche anderer Branchen, wie dem Maschi-

[1]vgl. Kilper/Latniak/Rehfeld 1994, S.21

nenbau und der Elektroindustrie, und die geringe Ausstattung der Region mit produktionsorientierten Dienstleistungen angesehen werden.

Aber auch der Einfluß der internationalen Krise des Entwicklungsmodells der Nachkriegsjahre auf den regionalen Krisenverlauf ist nicht zu vernachlässigen. Abnehmende Wachstumsraten der hochentwickelten Massenproduktionswirtschaft schlugen sich verstärkt in der Investitionsgüterindustrie, wie z.B. dem Anlagen-, dem Maschinenbau und der Elektrotechnik, des Ruhrgebietes nieder.

Karte 1: Lage des Ruhr-/ Emscherraumes[2]

[2] Quelle: IBA 1991

Für diese Arbeit wird der regulationstheoretische Ansatz gewählt, da er versucht, die Krise mit Hilfe seiner Kategorien als strukturelle Krise der Organisation der Produktion zu erklären und den Zusammenhang zu räumlichen Entwicklungsprozessen und gesellschaftlichen Strukturen berücksichtigt. Hier liegt die Schwäche der traditionellen Modernisierungstheorien, auf denen regional- und strukturpolitische Ansätze zumeist basieren. Die Ausrichtung an den Anforderungen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und nationalen Wachstumszielen hat eine etatistische Ausgleichspolitik geprägt, die an eigenständigen regionalen Entwicklungszielen überwiegend vorbei geht. Regionen und die in ihnen agierenden Akteure kommen in diesen Modellen als Handlungsebene nicht vor.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang das in Nordrhein-Westfalen (NRW) praktizierte Modell der "regionalisierten Strukturpolitik". Es soll einen differenzierteren Mitteleinsatz und die Reduzierung des Steuerungsaufwandes bei zunehmender Komplexität des Strukturwandels herbeiführen. Die Beteiligung und Kooperation relevanter Akteure in der Region wird dabei ebenso angestrebt wie die Integration verschiedener Politikfelder.

Die Internationale Bauausstellung Emscher-Park (IBA) ist ebenfalls ein wichtiges Instrument der Landesregierung zur räumlichen Gestaltung des Strukturwandels in der Region. Sie beschränkt sich aufgrund der besonderen Problemhäufung auf einen Teilraum des Ruhrgebietes, die Emscher-Region. Ziel der IBA ist es, "Impulse für die ökologische, ökonomische und soziale Erneuerung des Ruhrgebietes" zu geben[3]. Die Einzelprojekte dieser Bauausstellung orientieren sich an fünf Leitthemen.

Im Mittelpunkt des Interesses der vorliegenden Arbeit stehen die Projekte unter dem Leitmotiv "Arbeiten im Park". Sie sollen mit der Reaktivierung von Zechen-, Industrie- und Gewerbebrachen zu neuen Dienstleistungs- und Gewerbeparks in besonderem Maße zur ökonomischen und strukturellen Erneuerung der Region beitragen.

Indem die IBA die Voraussetzungen für eine "diversifizierte Produktions- und Unternehmensstruktur"[4] schaffen will, erweitert sie ihren Aufgabenbereich von dem

---

3 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr S.10

4 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr S.47

einer traditionellen Bauausstellung hin zu dem eines regionalen Strukturprogramms.

Die strukturpolitischen Zielsetzungen der IBA sind nicht in einem gesonderten Beschlußpapier niedergelegt, sondern vielmehr integraler Bestandteil der Konzeption. Dieser Charakter kommt beispielsweise in der Argumentation zum Ausdruck, ökologische, soziale und städtebauliche Qualitäten im Hinblick auf die Verbesserung "weicher" Standortfaktoren zu realisieren.

Da die IBA nicht über eigene Finanzmittel zur Durchführung von Projekten oder "harte" Steuerungsinstrumente verfügt, ist sie als ein Modell zur Ergänzung der regionalen Strukturprogramme der Landesregierung zu verstehen, das darauf zielt, Akteure für den Erneuerungsprozeß zu mobilisieren. Die IBA erklärt den Weg zum Ziel, indem sie Kooperationen anstößt, Planungsprozesse organisiert und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit betreibt.

Der Erfolg dieser Bauausstellung wird also maßgeblich von der Innovationsfähigkeit und Kreativität der lokalen Projektträger und relevanten Akteure abhängen. Darüber hinaus setzt die IBA auf die Diffusion ihrer Ziele, Qualitätsanforderungen und Projektinnovationen in der Region[5].

1.2 Ziel und Aufbau

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Konzeption und Implementierung von Gewerbeprojekten durch die IBA und projektrelevanten Akteure zu untersuchen. Zwei Aspekte stehen im Mittelpunkt der Betrachtung:

1. die Spezialisierung der Standorte auf spezifische Themenschwerpunkte

[5] vgl. Häußermann/ Siebel 1994, S.59

2. die Mobilisierung und Vernetzung von Akteuren für die Umsetzung der Gewerbeprojekte

1. Die IBA fordert eine thematische Spezialisierung der Einzelprojekte. Bei den meisten der 22 "Arbeiten im Park"-Projekten zeichnen sich inzwischen derartige Profile ab. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- die Spezialisierung auf Medizintechnik im Gewerbepark Erin in Castrop-Rauxel
- auf Umwelttechnologien orientierte Projekte wie das Technologiezentrum Umweltschutz (TZU) in Oberhausen
- auf Spiel-, Sport- und Freizeitangebote im Technologiepark Kamen (Monopol)
- Dienstleistungsparks wie in Bochum Krupp-Alleestraße
- oder das auf Verpackungstechnologien spezialisierte Lüntec in Lünen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um eine zunehmende Bedeutung zwischenbetrieblicher Beziehungen und regionaler Verflechtung[6] wird diese Strategie insofern interessant, als erfolgreichen Regionen häufig spezifische Muster der Diversifizierung und Spezialisierung als Grundlage kooperativer Strukturen unterstellt werden[7]. Gerade nach den Erfahrungen mit den bisher überwiegend auf Infrastruktur- und Technologieförderung ausgerichteten Strukturprogrammen in altindustrialisierten Regionen[8] stellt sich die Frage nach alternativen Erneuerungsansätzen.

Eine langfristig angelegte Entwicklungsperspektive für altindustrialisierte Regionen wie dem Ruhrgebiet kann nicht allein auf dem Überstülpen andernorts erfolgreicher Prinzipien beruhen, sondern sollte vielmehr die differenzierte Anpassung solcher Strategien an regionale Bedingungen und das Anknüpfen an regionsinternen Potentialen beinhalten. Die Formulierung von Nutzungsprofilen kann

---

[6] vgl. Kilper/Latniak/ u.a. 1994

[7] vgl. Kilper 1991

[8] z.B. das Entwicklungsprogramm Ruhr oder das Technologieprogramm Stahl

im Rahmen einer solchen Entwicklungsstrategie als Ausgangspunkt neuer Kooperationsstrukturen verstanden werden[9].

Die Beantwortung der Frage inwiefern derartige Strategien tatsächlich Auslöser einer dynamischen Regionalentwicklung sind, würde die Möglichkeiten einer Diplomarbeit allerdings überschreiten. Hier soll vielmehr die Konzeption und Implementierung derart ambitionierter Projekte im Rahmen ihrer spezifischen Akteurskonstellationen untersucht werden. Dabei ist zu ermitteln, wie und von wem Nutzungsprofile entwickelt und umgesetzt werden.

2. Die Mobilisierung eines Akteursnetzes ist zentraler Bestandteil des IBA-Konzeptes und umfaßt im Rahmen der "Arbeiten im Park"-Projekte traditionelle wie neue Akteure.

Die Einbindung der Projekte in ein regionales/lokales institutionelles Umfeld und die Koordinierung und Begleitung durch die Projektträger sind maßgeblich für ein Konzept, das auf die Vermittlung gegensätzlicher Interessen im Einzelprojekt setzt.

Die Arbeit ist in 5 Kapitel gegliedert. Nach dieser Einleitung folgt im 2.Kapitel die Darstellung der Theorie der Regulation und eine Auseinandersetzung mit den als Übergang vom Fordismus zum Postfordismus[10] charakterisierten gesellschaftlich-ökonomischen Umbrüchen in kapitalistischen Gesellschaften. Mit Hilfe dieser Analyse soll der strukturelle Charakter gesellschaftlich-ökonomischer Veränderungen des gegenwärtigen Umbruchs deutlich gemacht werden. Anschließend soll auf die räumlichen und organisatorischen Formen neuer Produktionssysteme im Kontext der Herausbildung eines nachfordistischen Entwicklungsmodells eingegangen werden.

Die im Zusammenhang mit dem Übergang zu einem postfordistischen Entwicklungsmodell diskutierten Veränderungen der Regulationsweise beinhalten zwei parallele Prozesse, die im Kontext regionaler Handlungsstrategien von Bedeutung sind. Hier ist die Tendenz der Deregulierung nationalstaatlicher Steuerungsmechanismen und die Ausweitung staatlicher Angebotspolitiken mit dem Ziel, Investi-

[9] vgl. Kilper 1992

[10] zum Begriff des Fordismus und Postfordismus vgl. Kapitel 2.2 Das Entwicklungsmodell des Fordismus

tionen anzuziehen, zu nennen. In diesem Zusammenhang weisen einige Autoren auf eine lokale Differenzierung der Ansiedlungsstrategien durch Einbindung der Unternehmen in ein spezifisches Umfeld und die Bedeutungszunahme der regionalen Ebene als Handlungsebene hin. Auf das Verhältnis der globalen, nationalen und regionalen Ebene werde ich in Kapitel 2.4. eingehen.

Im 3.Kapitel werde ich nach einem Überblick über den Strukturwandel und die Auflösung des montanindustriellen Verflechtungszusammenhangs im Ruhrgebiet auf die wichtigsten regionalen strukturpolitischen Regulationsweisen eingehen.

Im 4.Kapitel werde ich die Organisation der IBA als ein Strukturprogramm der Landesregierung und Träger des Leitprojektes "Arbeiten im Park" darstellen.

Im 5.Kapitel werden anhand von Fallstudien drei "Arbeiten im Park"-Projekte untersucht. Dabei werden die Trägerformen und relevanten Akteure sowie die Strategien, Kooperationsstrukturen und Nutzungsprofile der Projekte thematisiert.

1.3 Methode

Um ein politisches Programm wie die IBA Emscher-Park bei der Umsetzung einer komplexen Erneuerungsstrategie zu untersuchen, bedarf es einer der Komplexität angemessenen Untersuchungsstrategie. Die hier gewählte Herangehensweise ist eine Kombination verschiedener qualitativer Methoden, verschiedener Datenquellen und der regionalen und lokalen Ebene, als Untersuchungsebenen.

Mit der Zielsetzung, Implementierungserfahrungen für die weitere Entwicklung regionaler Erneuerungsstrategien nutzbar zu machen, bewegt sich diese Untersuchung im Bereich der Evaluationsforschung[11]. Aufgrund der relativ langfristigen Prozeßorientierung des untersuchten Programms wurde es notwendig einen

[11] vgl. Flick 1991

Schwerpunkt der Arbeit auf die Projektstrategie und institutionelle Struktur zu legen.

Der empirische Teil der Arbeit, Kapitel 4 und 5, umfaßt die lokale (Projekt-) Ebene und die regionale Ebene als Untersuchungsebenen. Durch die Verknüpfung mit der Theorie wird auch der Einfluß nationaler und internationaler Strukturveränderungen deutlich und erlaubt eine Interpretation der lokaler/regionaler Strategien in diesem ökonomischen Kontext.

Die Annäherung an das Leitprojekt "Arbeiten im Park" erfolgte zunächst in offener Form über Veröffentlichungen und zugängliches Aktenmaterial der IBA. Daneben eröffnete das Seminar "Zum Stand der Dinge. Regionalinspektion II zum Strukturwandel im Ruhrgebiet" des Initiativkreises Emscher-Region (IBA von unten) am 17. und 18. November in Oberhausen einen anregenden Themenzugang.

Die Komplexität einer politisch-ökonomischen Erneuerungsstrategie und die Tatsache, daß die relevanten Akteure und Projektelemente erst ermittelt werden mußten, hat die Fallstudienanalyse[12] als Untersuchungsmethode nahegelegt. Die Analyse organisatorischer Prozesse und ihre institutionelle Einbindung kann durch die Kombination von Beobachtung, Materialauswertung und systematischer Befragung in einem Fallstudienansatz deutlich verläßlicher gemacht werden, als eine einzelne dieser subjektiven Quellen dies erlauben würde.

Daher werden die Akteurs- und Kooperationsstrukturen der Projekte anhand dreier Fallstudien exploriert. Die vergleichende Gegenüberstellung der Fälle erlaubt unterschiedliche Projektstrukturen und Implementierungstrategien innerhalb des Leitprojektes herauszuarbeiten. Die Vergleichbarkeit der Fallstudien wird durch eine grobe Vorstrukturierung gewährleistet an der sich die Darstellung der Einzelfälle orientiert. Es wurde folgendes Strukturschema zugrundegelegt:

- Kurzdarstellung des Projektes
- Entstehungszusammenhang und Akteurskonstellation
- Das Nutzungsprofil und die Unternehmen im Projekt
- Strategische Elemente der Implementierung

[12] vgl. Yin 1984

- Zusammenfassung

Bei der Auswahl der Fallstudien wurden solche Projekte gewählt, die dem Bereich Gewerbe-/Industriepark zuzurechnen sind. Der Baubeginn sollte mindestens 2 Jahre zurückliegen, um von einer fortgeschrittenen Realisierung und ersten Implementierungserfahrungen beim Projektmanagement ausgehen zu können. Darüber hinaus wurden Projekte gewählt, die insofern eine interessante Innovation darstellen, als sie spezifische Themenschwerpunkte aufweisen, sich aber hinsichtlich der Gestaltung der Nutzungsprofile unterscheiden.

Neben den Projektmaterialien basiert der empirische Teil auf halboffenen Experteninterviews, die bei den Projektträgern und relevanten Akteuren durchgeführt wurden. Die Gespräche dauerten 30 bis 60 Minuten und orientierten sich jeweils an einem thematischen Leitfaden. In der ersten Phase wurden sechs Gespräche im Dezember 1995 durchgeführt und auf Tonträgern aufgenommen. In einer zweiten Phase, im Februar 1996, wurden Gespräche mit sieben weiteren Experten geführt. Befragt wurden jeweils Vertreter der Trägergesellschaften, der Stadt, der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), der Grünen/Bündnis 90 in den Räten, der IBA und relevanter Institutionen, wie der Emscher-Lippe Agentur (ELA) und des Institut Arbeit und Technik (IAT), um möglichst verschiedene Perspektiven zu erfassen[13]. In Einzelfragen wurde ergänzend mit Unternehmern aus den Projekten gesprochen. Eine Liste der Gesprächspartner und Termine befindet sich im Quellenverzeichnis. Der deskriptive Teil der Fallstudien wurde zur Validierung der Darstellung jeweils von den Projektbetreibern gegengelesen und nochmals überarbeitet.

Der theoretische Vorlauf der Untersuchung dieser regionalen Erneuerungsstrategie ist in den Kapiteln 2 und 3 dokumentiert und basiert ausschließlich auf Literaturquellen.

---

[13] zur Perspektiventriangulation vgl. Flick 1991

2. Theoretischer Hintergrund: Theorie der Regulation

2.1 Theorie der Regulation

Die französische Regulationsschule geht auf Arbeiten von Michele Aglietta zurück. Sie untersucht gesellschaftliche Beziehungen und Handlungsmuster bei der Verteilung und Produktion von Gütern. Insofern stellt sie einen interdisziplinären wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Ansatz dar und war ursprünglich keine Theorie *räumlicher* Polarisation. Sie überwindet aber die in der klassischen Wirtschaftstheorie durch die Annahme der Homogenität des Raumes entstehenden Erklärungsdefizite mit Hilfe ihres Konzeptes eines gesellschaftlich differenzierten Raumes. Erklärungsmodelle klassischer Standorttheorien[14] werden dabei aufgegriffen und um die Regulation innerer Beziehungen und deren räumliche und zeitliche Ungleichheiten ergänzt. Die französischen Regulationstheoretiker Leborgne und Lipietz stellen in ihren Arbeiten Veränderungen der Industrieorganisation und der Regulationsweise in den Mittelpunkt der Erklärung wirtschaftlicher Dynamik moderner Gesellschaften[15].

Die Regulationstheorie untersucht die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften anhand historischer Formationen. Diese bestehen aus dem konkreten Ensemble eines charakteristischen Akkumulationsregimes und einer entsprechenden politisch-institutionellen Regulationsweise. Mit dieser Theorie wird der Versuch unternommen, gesellschaftliche und ökonomische Prozesse als nichtlineare Entwicklung zu

[14] z.B. das Konzept der Agglomerationsvorteile von A.Marshall

[15] vgl. Leborgne/ Lipietz 1990

interpretieren, deren Ursachen in internen Widersprüchen und Umbrüchen zu suchen sind. Damit unterscheiden sich ihre Grundannahmen deutlich von den Annahmen struktureller Homogenität in der wirtschaftswissenschaftlichen Gleichgewichtstheorie.

Als Akkumulationsregime wird die Übereinstimmung von Produktions- und Konsummustern in einer Wachstumsphase kapitalistischer Gesellschaften bezeichnet. Das Akkumulationsregime beschreibt die für diese Gesellschaftsformation wichtigsten Größen bei der Organisation der Produktion (z.B. industrielle oder technologische Paradigmen) und der Aneignung des Mehrwertes (das Lohn-, Geld-, Konkurrenzverhältnis) während die Regulationsweise die Gesamtheit individueller und kollektiver Entscheidungen in gesellschaftlichen Prozessen meint. Die Regulationsweise verfestigt sich in Form von Institutionen, Gesetzen und Verhaltensnormen, die eine gewisse Kontinuität und Stabilität des Akkumulationsregimes gewährleisten. In der Geschichte des Kapitalismus lassen sich verschiedene Akkumulationsregime im Zusammenhang bestimmter Gesellschaftsformationen unterscheiden. Das heißt es korrespondiert eine bestimmte Organisation der Produktion mit einer bestimmten Staats-/ Herrschaftsform und Organisation der Reproduktion[16]. Widersprüche zwischen dem Akkumulationsregime und der Regulationsweise einer Formation führen zur Krise. Durch Neustrukturierung der Beziehungen zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise in einem neuen Entwicklungsmodell kann die Krise überwunden werden. Wenn gesellschaftliche Strukturveränderungen in Folge veränderter Bedingungen der Kapitalakkumulation nicht auf die Arbeitsorganisation beschränkt bleiben spricht die Regulationstheorie von einem neuen Entwicklungsmodell[17].

[16] z.B. ein Regime extensiver Akkumulation mit Höhepunkt im 17./18. Jahrhundert basierend auf handwerklichen Manufakturen im Merkantilismus

[17] vgl. Hübner 1990

2.2 Das Entwicklungsmodell des Fordismus

Das in den 20er Jahren aufkommende und in der Bundesrepublik seit dem 2.Weltkrieg vorherrschende Entwicklungsmodell, den Fordismus charakterisieren die Regulationstheoretiker folgendermaßen:

Als Modell der Arbeitsorganisation, bestehend aus Taylorismus und dem Einsatz moderner Produktionsanlagen (Mechanisierung). Taylorismus meint hier die strenge Zerlegung des Arbeitsprozesses in kleinste Einheiten standardisierter Aufgaben und deren Ablauforganisation. Dabei findet eine Hierarchisierung der Arbeitsaufgaben in einfache ausführende Tätigkeiten und das Management statt[18]. Dieses Prinzip der Arbeitsteilung strukturiert sogar die Organisation industrieller Beziehungen zwischen Betrieben und Werken.

Das Akkumulationsregime verbindet die Massenproduktion von Gebrauchsgütern auf der Basis von "economies of scale"[19] mit dem Massenkonsum dieser standardisierten Waren. Der Konsum von Waschmaschinen, Kühlschränken und Autos hat den Lebensstil breiter Bevölkerungsschichten verändert. Die Produktion in industriellen Großbetrieben, eine hohe Kapitalintensität und die Tendenz zur Kapitalkonzentration sind weitere Charakteristika des Akkumulationsregimes, das seine Investitionen zunehmend aus Krediten finanziert und durch regelmäßig steigende Lohneinkommen die Nachfrage sichert. Die kreditfinanzierte Vorwegnahme des Mengenwachstums erlaubte eine relativ konstante Profitrate und gewährleistete so die Stabilität des Modells in der Zeit seines Wachstums.

Die permanente Anpassung des Verteilungskompromisses an die Anforderungen des Akkumulationsregime besorgten Großunternehmen, Staat und Gewerkschaften als institutionelle Formen im Zentrum der fordistischen Regulationsweise. Mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates und der monetären Steuerung, insbesondere der Kreditschöpfung, durch die deutsche Bundesbank wurden konstituierende Elemente fordistischer Regulationsweise institutionalisiert. Staatliche Intervention in Form keynesianischer Nachfragepolitik wurde zu einer tragenden Säule des Modells. Die Rolle des Staates beschränkt sich in diesem Modell aber nicht auf

---

[18] vgl. Lipietz 1991

[19] meint die Stückkostendegression bei steigendem Output

die Herstellung makroökonomischer Bedingungen der Akkumulation. Sie ist vielmehr integraler Bestandteil der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse auf allen Ebenen[20]. In diesem Sinne ist auch Raumplanung Bestandteil gesellschaftlicher Regulation.

Mit jedem spezifischen Entwicklungsmodell, so die These, ist auch eine spezifische Raumstruktur verbunden. Die räumliche Form des Fordismus ist verbunden mit vertikal[21] integrierten Großunternehmen, die ihre Kontroll- und Managementabteilungen in den großen Agglomerationen (Global Cities) konzentrieren. Abhängige Zweigbetriebe standardisierter Massenproduktion finden sich in der Peripherie und den Randzonen der Agglomerationen. Die organisatorische Funktionstrennung drückt sich in der räumlichen Zonierung des Stadtraumes aus. Städtische Bürozentren und die Suburbanisierung im standardisierten Massenwohnungsbau sind komplementäre Erscheinungsformen dieses Modells. Ermöglicht wurde diese Entwicklung beispielsweise durch die Verbreitung des Autos. Aber auch die Entstehung großer Einfamilienhausgebiete ist Teil dieses Konsummodells.

Das fordistische Modell in der Krise

Das fordistische Erfolgsmodell: Die synchrone Ausdehnung der Produktion und der Märkte durch Steigerung der Löhne und Profite auf Basis von "economies of scale" geriet mitte der 70er Jahre in die Krise. Die Verringerung der Wachstumsraten bei steigenden Gesamtarbeitskosten wird für die strukturelle Krise des Entwicklungsmodells verantwortlich gemacht. Eine zunehmende Sättigung der Märkte mit langlebigen Konsumgütern ließ die Nachfrage erlahmen. Das auf Massenproduktion und Wachstum ausgerichtete Modell konnte auf diese Situation nicht flexibel reagieren. Sinkende Profitraten führten zur Vernachlässigung der Investitionen. Die Folge war zunehmende Arbeitslosigkeit, die das Modell durch steigende Gesamtarbeitskosten weiter unter Druck setzten.

[20] vgl. Jessop 1992

[21] Diese Betrachtung bezieht sich auf die Arbeitsteilung entlang des Herstellungsprozesses

Die vormals erfolgreiche keynesianische Nachfragesteuerung hatte durch die Internationalisierung der Produktion und der (Kapital-) Märkte ihre Handlungsspielräume eingebüßt. Um den Bedingungen des internationalisierten Akkumulationsregimes[22] gerecht zu werden, fand eine Umorientierung von der Nachfragesteuerung zur angebotsorientierten Politik statt. Die Wettbewerbsfähigkeit durch günstige Standortfaktoren, Geldwertstabilität und hohe Renditen wurden zu vorrangigen Zielen nationalstaatlichen Handelns.

Die Regulationstheoretiker führen die Krise ursächlich auf die Erschöpfung produktivitätssteigernder Möglichkeiten tayloristischer Arbeitsorganisation zurück[23]. Durch die hierarchische Teilung des Arbeitsprozesses in Kontroll- und Ausführungsfunktionen bleiben Kenntnisse, Fähigkeiten und Motivation der ausführenden Arbeiter als Potential für Produktivitätssteigerungen ungenutzt.

2.3 Herausbildung eines flexiblen Akkumulationsregimes und die räumlichen Formen neuer Produktionssysteme

Auf der Suche nach den Umrissen eines sich herausbildenden nachfordistischen Entwicklungsmodells richten die Vertreter des Regulationsansatzes ihre Aufmerksamkeit auf neue Produktionskonzepte

- auf der Ebene der Arbeitsorganisation und der Arbeitsbeziehungen und
- auf der Ebene industrieller Organisationsbeziehungen.

Lipietz ordnet die Krisenstrategien zwei entgegengesetzten Modellen zu, die eine innere Übereinstimmung ihrer Prinzipien der Arbeitsorganisation und der Regulation der Arbeitsbeziehungen aufweisen.

---

[22] gemeint sind v.a. Standortwettbewerb und Außenhandelsgleichgewicht

[23] vgl. Lipietz 1991

Das Modell des Neotaylorismus zielt auf Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und die Vertiefung tayloristischer Prinzipien der Arbeitsorganisation. Durch Erweiterung der Kontrolle über den Arbeitsprozeß kann ein optimierter Arbeitseinsatz bei standardisierten Tätigkeiten realisiert werden. Die hierarchische Form der Arbeitsteilung setzt sich auf der Ebene industrieller Beziehungen in der hierarchischen Kontrolle abhängiger Zweig- oder Zulieferbetriebe fort.

Im kalmarischen Modell[24] gehört zu einem gesellschaftlich organisierten und reglementierten Arbeitsmarkt (Kündigungsschutz, Gewerkschaften, soziale Absicherung) eine auf verschiedenen gesellschaftlichen und betrieblichen Ebenen organisierte Mitwirkung. Das organisierte verantwortliche Engagement der Beschäftigten[25] erlaubt Produktivitätssteigerungen durch die permanente Verbesserung des Produktionsprozesses. Dieses Modell hat sich bei der Einführung neuer Produktionsmethoden und neuer Technologien als besonders erfolgreich erwiesen.

Die zwei in sich kohärenten Modelle der Regulierung des internen und externen Arbeitsmarktes hat Lipietz zunächst als Varianten verschiedener Länder im internationalen Vergleich entwickelt. Er versucht damit entgegengesetzte Pole möglicher Entwicklungen aufzuzeigen, zwischen denen er die nationalen Regulationsweisen differenziert einordnet. Damit ist eine Hierarchisierung der Gesellschaft nach verschiedenen Arbeitsverhältnissen impliziert. Arbeitnehmer in niedrig qualifizierten Bereichen werden mit neotayloristischen Arbeitsverhältnissen konfrontiert während höher qualifizierte Arbeitnehmer individuell günstige Bedingungen aushandeln können. Facharbeiter, so die Argumentation, sind weniger auf kollektiv ausgehandelte Arbeitsbedingungen angewiesen, was eine gesellschaftliche Entsolidarisierung ermöglicht.

Parallel zu den Individualisierungsprozessen im Bereich der Arbeitsbeziehungen ist eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen zu beobachten, die als Individualisierung und Fragmentierung der Lebensstile und Werthaltungen gekennzeichnet wird und mit einer Ausdifferenzierung von Konsummustern einhergeht.

---

24 Das Modell wurde nach der schwedischen Stadt benannt, in der die Mitwirkung der Belegschaft und Gruppenarbeit bei der Automobilproduktion erstmals erprobt wurde

25 z.B. in Gruppenarbeitsmodellen

Im Zusammenhang mit der Herausbildung eines nachfordistischen Entwicklungsmodells wird auf den Übergang von der standardisierten Massenproduktion (economies of scale) zur spezialisierten Kleinserienfertigung (economies of scope) hingewiesen. Durch den Einsatz moderner Fertigungstechnologien[26] ist der schnelle Wechsel zwischen innovativen Produkten allein durch Umprogrammieren möglich. Unternehmen werden auf diese Weise unabhängig vom "Lebenszyklus" ihrer Produkte. Auch kleine Märkte können wirtschaftlich bedient, auf Nachfrageschwankungen kann flexibel reagiert werden.

Eine ähnliche Restrukturierung wie bei den Arbeitsbeziehungen ist auf der Ebene industrieller Organisationsbeziehungen zwischen Abteilungen bzw. Werken eines Unternehmens und zwischen verschiedenen Unternehmen zu beobachten. Neue Technologien haben insofern dazu beigetragen, als sie die Möglichkeiten der Kommunikation, der Steuerung und Kontrolle bereitstellen, die Organisation zu Flexibilisieren. Das Ergebnis dieses Prozesses ist die funktionale Spezialisierung von Abteilungen und Unternehmen, verbunden mit der Neugliederung in überschaubare, organisatorisch relativ unabhängige Einheiten. (vertikale Desintegration) Diese Entwicklung trägt zu einer erhöhten Flexibilität gegenüber Veränderungen des Marktes und neuen Möglichkeiten der räumlichen Organisation bei.

Dabei kann die Flexibilisierung unternehmensinterne Beziehungen wie die Beziehungen von Unternehmen zueinander erfassen. Diese Restrukturierung des Produktionssystems hat zu einem erheblichen Zuwachs der räumlichen und zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung geführt.

Die Anhänger des Regulationsansatzes richten ihre Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang auf das Verhältnis von vertikaler und räumlicher Integration bzw. Desintegration des Produktionsprozesses[27].

Die Strategie des world-wide-sourcing, d.h. die Orientierung an der Verfügbarkeit von Standortbedingungen, wie Rohstoffelagern oder eines bestimmten Arbeitsmarktes, ist eine Möglichkeit, die mit dem Modell des Neotaylorismus korrespondiert. Bei der Auslagerung standardisierter Produktionsbereiche in Billiglohnländer wird auch von "peripherem Fordismus" gesprochen. Ein anderes Konzept

[26] z.B. Computer Integrated Manufacturing

[27] vgl. Leborgne/Lipietz 1990

zielt auf die Optimierung des Materialflusses durch die Reduktion von Lagerbeständen in der "just-in-time"-Fertigung. Der erhöhte Kontroll- und Steuerungsaufwand und ein erhöhtes Ausfallrisiko des Prozesses[28] begründet eine Tendenz zur räumlichen Konzentration derart vernetzter und spezialisierter Unternehmen.

Den Innovationen im Bereich industrieller Beziehungen messen Leborgne und Lipietz größte Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen und Nationalstaaten bei. Sie betrachten dabei Nationalstaaten als eine mehr oder weniger wettbewerbsfähige Kombination von Wirtschaftsregionen. Nach ihren Vorstellungen findet jedes Entwicklungsmodell Ausdruck in einer ihm entsprechenden räumlichen Form, die maßgeblich von seinen industriellen Beziehungen mitgeprägt wird. Die Veränderungen der räumlichen Form lassen sich am deutlichsten dort ablesen wo neue Räume für die Produktion in Anspruch genommen werden. In diesem Zusammenhang wird als aktuelle Tendenz die selektive räumliche Konzentration von Wachstumsbranchen in einigen Regionen diskutiert. Einige Arbeiten beschreiben die Formierung regionaler Netze flexibel spezialisierter klein- und mittelständischer Unternehmen als das vorherrschende Muster postfordistischer Raumentwicklung[29]. In diesen Arbeiten wird insbesondere auf die sich vertiefende gesellschaftliche Arbeitsteilung hingewiesen, die auf der Basis neuer industrieller Organisationsbeziehungen, verbunden mit der Externalisierung von Funktionen, eine Zunahme zwischenbetrieblicher Transaktionen bedingt. Die Möglichkeiten der flexiblen Gestaltung und Verringerung raumabhängiger Kosten begründet die Agglomeration postfordistischer Produktionskomplexe[30].

Krätke hat, in Anlehnung an Lipietz, den Versuch unternommen, die räumliche Form von Produktionsstrukturen zu typisieren[31]. So lassen sich verschiedene Stadt-/Regionstypen nach der Organisation ihrer industriellen Beziehungen (vertikal integriert/ desintegriert und hierarchisch, marktförmig, kooperativ) und nach der räumlichen Ausprägung (konzentriert/ dezentralisiert und regionale/ überregionale Vernetzung) unterscheiden. Er beschreibt die folgenden vier Ausprägungen als charakteristische postfordistische Produktionsstrukturen:

---

[28] z.B. auf dem Transportsystem Straße

[29] so z.B. Piore/Sabel am Beispiel des sog. dritten Italien oder vgl. Moulaert/Swyngedouw 1990

[30] vgl. Storper/Scott 1990, S.135

[31] vgl. Krätke 1995, S.91 und Leborgne/Lipietz 1990

Eine geringe vertikale Desintegration[32] auf der Ebene industrieller Beziehungen bei räumlicher Dezentralisierung der Produktionsstrukturen. Dieses Modell entspricht der Vertiefung tayloristischer Prinzipien (Neotaylorismus) verbunden mit der räumlichen Dezentralisierung von standardisierten Produktionsteilen (verlängerte Werkbänke) und der Konzentration von Kontroll- und Steuerungsabteilungen in Agglomerationen außerhalb der Region. So können spezialisierte Produktionsgebiete extern abhängiger Zulieferbetriebe entstehen, die eine geringe regionsinterne Verflechtung und eine hierarchische Form industrieller Beziehungen aufweisen. Unter dem Stichwort der "Peripherisierung" wird dem Ruhrgebiet eine Entwicklung in Richtung dieser Variante zugeschrieben. Richtig ist, daß eine Auflösung überkommener Zuliefer-/Abnehmerverflechtungen, insbesondere im montanindustriellen Bereich, stattgefunden hat, während neue Strukturen sich nur langsam aufbauen.

Den Typ geringer vertikaler Desintegration bei räumlicher Konzentration. Zu diesem Modell gehören industrielle Produktionskomplexe ("Entwicklungspole") mit abhängigen Zulieferbetrieben und dominierenden Großunternehmen in räumlicher Nachbarschaft. Die Dominanz besteht in der Kontrolle des Endproduktes, von Schlüsseltechnologien oder Marktstrategien und ist mit einer hierarchischen Form industrieller Beziehungen verbunden. Als Beispiele können die jüngsten Produktionskomplexe deutscher Automobilhersteller, wie etwa in Eisenach, gelten, die in eigens entwickelten Gewerbegebieten ihre Zulieferer als räumlich integriertes Netzwerk organisieren.

Vertikale Desintegration der Produktionsstrukturen bei räumlicher Konzentration meint einen Typ marktförmig vernetzter Unternehmen. Es handelt sich um selbstständige klein- und mittelständische Unternehmen, die einen hohen Grad der Spezialisierung aufweisen und sich regional konzentrieren. Als Beispiele gelten High-Tech-Branchen wie im Silicon Valley oder Orange County.

Von diesem Typ unterscheidet Krätke ein stark vertikal desintegriertes und räumlich konzentriertes Netz spezialisierter Firmen durch den kooperativen Charakter industrieller Beziehungen und die Bedeutung des lokalen Staates und lokaler Regulationsweisen. Dabei erstrecken sich kooperative Beziehungen insbesondere während der Konstituierungsphase auf lokale Institutionen. Zwischenbetriebliche

---

32 Krätke spricht von schwacher organisatorischer Dezentralisierung

Kooperationen zielen auf die Verteilung von (Investitions-) Risiken im Bereich Forschung und Entwicklung oder die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen bzw. produktionsorientierten Dienstleistungen.

Abbildung 1[33]:

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, daß die beschriebenen funktionalen Restrukturierungsprozesse nicht im Widerspruch zu einer Zentralisierung des Kapitals und strategischer Unternehmensmacht stehen, sondern eher einen komplementären Prozeß darstellen, der eine gezielte Ausnutzung räumlich differenzierter Arbeits- und Absatzmärkte erlaubt. Aus der Perspektive der Regionalentwicklung und Planung müssen die beschriebenen umbruchartigen Prozesse als determinierende Rahmenbedingungen ökonomischer Entscheidungen verstanden werden, deren Verständnis notwendige Voraussetzung zur Einschätzung zukünftiger Regionalentwicklung und entsprechender Handlungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten darstellen.

33 Quelle. Krätke 1995

2.4 Wandel staatlicher Regulation auf der Schwelle zum Postfordismus und das Verhältnis globaler, nationaler und regionaler Regulationsformen

Aus der Perspektive der Regulationstheorie kommt dem Nationalstaat eine bedeutende Rolle in der Regulation gesellschaftlicher und ökonomischer Verhältnisse zu. Sie umfaßt die Staatsaufgaben von der Sicherung des Territoriums, der allgemeinen ökonomischen Rahmenbedingungen wie der Geld- und Rechtsform über die Konjunktursteuerung bis zur Wahrung des sozialen Friedens.

Waren die wichtigsten Funktionen des fordistischen Staates auf die makroökonomische Regulierung der nationalen Ökonomie gerichtet, indem die Voraussetzungen für eine relativ unflexible Massenproduktion und entsprechender Konsummuster hergestellt wurden so hat seit Anfang der 80er Jahre eine deutliche Umorientierung staatlicher Interventionen stattgefunden.

Die Hinwendung zu einer Politik der "liberalen Flexibilisierung" schließt angebotsorientierte Interventionen zur Unterstützung flexibler Produktionsstrategien und Umsetzung kapitalintensiver neuer Technologien wie die Mikroelektronik, Gentechnologie oder Energietechniken mit dem Ziel der Sicherung struktureller Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ein.

Hirsch weist darauf hin, daß nach der staatlich gestützten Formierung international wettbewerbsfähiger Konzerne heute die Akquirierung arbeitsplatzschaffender Investitionen jeglicher Herkunft im Mittelpunkt der angebotsorientierten Standortpolitik des "nationalen Wettbewerbsstaates" steht[34].

Erhoffte man sich von der Internationalisierung der Waren- und Kapitalmärkte zunächst eine neue Phase des Wachstums und Wohlstands für die (führenden) nationalen Ökonomien, so brachte die gesteigerte Kapitalmobilität[35] die Ausweitung spekulativer Finanzanlagen und die Herausbildung eines "sekundären Kapital-

[34] vgl.Hirsch 1995

[35] insbesondere die Einführung eines flexiblen Wechselkurssystems und der Abbau von Handelsschranken

kreislaufes" mit sich[36]. Das heißt anlagesuchendes Kapital findet mehr und mehr seine Verwertung im relativ profitableren monetären Sektor[37]. Diese Entkopplung von realer Produktion und Kapitalverwertung ist mit massiven Entlassungen von Arbeitskräften einhergegangen. Die Selektivität von Investitionen führt zu einer entsprechend räumlich disparitären Entwicklung von Städten und Regionen[38]. So findet eine Konzentration von Investitionen in Dienstleistungs- und High-Tech-Metropolen statt, während trditionelle Standorte der Grundstoff und produzierenden Industrie wie der Emscherraum kaum Kapital anziehen können.

Vor dem Hintergrund einer globalen Mobilität des Kapitals und einem flexibilisierten Standortverhalten von Unternehmen haben nationalstaatlich-keynesianische Politiken ihre Wirkung verloren. Der Übergang zu einer "Standort"-Politik ist direkt im Zusammenhang der Konzentration des Kapitals und ökonomischer Entscheidungsstrukturen (der Unternehmen) in internationalem Maßstab zu verstehen, ohne daß sich handlungsfähige überstaatliche Regulationssysteme hätten etablieren können.

Die inflationäre Krise der Staatshaushalte verschärft diese Situation zusätzlich. Immer häufiger hat sie Kürzungen bei (Struktur-) Zuwendungen krisengebeutelter Branchen wie Kohle und Stahl zur Folge, während die Förderung von Wachstumsbranchen als strategisches Element zur Erreichung einer technologischen und ökonomischen Führungsrolle auf dem Weltmarkt angesehen wird. Über Schlüsseltechnologien und bedeutende Konzernzentralen zu verfügen, heißt, Produktions-, Arbeits- und Konsumnormen zu bestimmen und die wirtschaftliche Entwicklung anzuführen.

Gerade exportorientierte Länder wie die Bundesrepublik sind über die weltmarktvermittelte Konkurrenz zu einer "Standort"-Politik übergegangen, die durch Deregulierung des externen Arbeitsmarktes und Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen gekennzeichnet ist.

---

36 vgl. Krätke 1990, S.23

37 Überakkumulationskrise

38 vgl. Krätke 1990, S.41

Daneben ist eine Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen an internationale Körperschaften (EU, Weltbank, Währungsfonds, G7), lokale Verwaltungseinheiten und auf parastaatliche[39] Institutionen zu beobachten[40].

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, daß die nationale Ebene nach wie vor die bedeutendste Handlungsebene für die Sicherung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Basis parlamentarisch-demokratisch legitimierter Entscheidungen ist (Gewalt-, Gesetzgebungsmonopol). Diesem Sachverhalt entspricht die Analyse nationaler Formationen als wichtigster Bezugspunkt der Regulationstheorie. Dabei ist eine Übereinstimmung internationaler Akkumulations- und Regulationszusammenhänge ebenso zu berücksichtigen wie die Eingliederung des nationalen Systems in den internationalen Zusammenhang. Die Theorie betrachtet das internationale System als eine Kombination nationaler und regionaler Akkumulations- und Regulationszusammenhänge[41].

Die Ausnutzung räumlich differenzierter Voraussetzungen ist dabei gerade kennzeichnend für ein Regime flexibler Akkumulation. Nachdem klassische Standortfaktoren wie das Infrastruktur- und Flächenangebot nahezu ubiquitär sind, gewinnen lokal/regional differenzierte Regulationsweisen, Absatz- und Arbeitsmärkte an Bedeutung[42].

Die Internationalisierung des Kapitals und die Relokalisierung ökonomischer Einheiten in einem regionalen Umfeld sind komplementäre Erscheinungen eines postfordistischen Akkumulationsmodells.

Der regionalen Ebene wird von einigen Autoren eine besondere Bedeutung für die Bereitstellung differenzierter Akkumulationsbedingungen zugeschrieben. Wobei differenzierte räumliche Standortbedingungen nicht als einfaches Produkt staatlicher Regulation angesehen werden können, sondern sich immer aus einem komplexen Verhältnis historisch spezifischer Akkumulations- und Regulationszusammenhänge, wie auch naturräumlicher Bedingungen herausbilden.

---

[39] gemeint ist die Übernahme traditionell staatlicher Aufgaben durch nichtstaatliche Institutionen

[40] vgl. Jessop 1992, S.256

[41] vgl. Hirsch 1995, S.67

[42] vgl. Hirsch 1995, S.105

Mayer weist in Anlehnung an den "local state"-Ansatz auf eine aktivere Rolle des lokalen Staates und lokaler/regionaler Institutionen und deren Kooperations- und Interaktionsformen für die Herstellung eines betrieblichen Umfeldes hin.

Dieser Ansatz hat einige Parallelen zur Regulationstheorie. Er untersucht ebenfalls das Verhältnis kapitalistischer Akkumulationsprozesse und deren gesellschaftliche Struktur. Dabei wird die Rolle lokalstaatlicher Institutionen und Arrangements in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld betont. Die Vertreter dieses Ansatzes sprechen von einer relativen Eigenständigkeit der lokalen Ebene, die sie sowohl mit räumlich-historisch unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, als auch mit der faktischen Gestaltbarkeit lokaler Politik auf der Basis eines Konsens in der Sache begründen. Der Regulationsansatz betont dagegen eher die historisch spezifische Rolle der Akteure bei der Herausbildung einer postfordistischen Regulationsweise[43].

Ein interessanter Beitrag der "local state"-Debatte kann in der Auseinandersetzung mit den lokalen politisch-institutionellen und ökonomischen Verflechtungen und Regulationsweisen im Kontext kapitalistischer Akkumulation gesehen werden. Eine zentrale These lautet, "daß die mit einem Regime flexibler Akkumulation verbundenen Voraussetzungen konkreter Produktions- und Reproduktionsprozesse weder vom überlokalen Kapital noch vom Zentralstaat organisiert und koordiniert werden können, sondern allenfalls eine flexible auf das jeweilige endogene Potential abgestimmte lokale Politik"[44].

Auch auf lokaler Ebene ist die Ausweitung und Integration von "Standort"- und Beschäftigungspolitiken in andere Politikfelder und zu Lasten wohlfahrtsstaatlicher Aufgaben zu beobachten. Städte konkurrieren nicht mehr nur um Industrieansiedlungen, sondern auch um Konsumpotentiale und wirtschaftliche Kommandofunktionen[45]. Sie agieren wie private Unternehmen oder verlagern öffentliche Aufgaben auf private oder gemischtwirtschaftliche Träger (Public-private-partnerships), die meist in Form von GmbH's selektiv lokale Interessen einbinden.

43 vgl. Mayer 1991, S.32ff

44 Mayer 1993

45 vgl. Krätke 1991, S.96-100

Damit verbunden ist auch eine Verschiebung öffentlicher Aufgaben zur Übernahme unternehmensbezogener Funktionen, wie produktionsorientierter oder sozialer Dienstleistungen. Programme zur Qualifizierung von Mitarbeitern, Forschung und Entwicklung, Technologietransfer, Planung und Kommunikations- und Bürodienste sind Funktionen, die von den Unternehmen externalisiert werden.

2.5 Kritische Anmerkungen zur Theorie der Regulation

Die in jüngster Zeit zahlreicher gewordenen Analysen mit regulationstheoretischem Bezug werden häufig zu recht wegen ihrer ungenauen Verwendung der theoretischen Begriffskategorien kritisiert. Insbesondere die Vergleichbarkeit und Transparenz der Arbeiten wird durch eine unterschiedliche Abgrenzung der Begriffe in Frage gestellt. Aufgrund der verschiedenen Schulen und Interpretationen der Regulationstheorie kann ohnehin nicht von einem abgeschlossenen Theoriegebilde gesprochen werden. Als Beispiel sei hier nur die werttheoretische und preistheoretische Fundierung des Regulationskonzeptes angeführt. Die Regulationstheorie ist eher als heuristischer Ansatz zu verstehen, dessen theoretisches Konzept in der Auseinandersetzung mit der Empirie noch weiter zu entwickeln ist[46]. Hübner weist darauf hin, daß die unzureichende Abgrenzung des Fordismuskonzeptes zu einer ausufernd breiten Anwendung geführt habe[47].

Obwohl es gerade ein besonderes Anliegen der Regulationstheorie gegenüber der klassischen Wirtschaftstheorie ist, darauf hinzuweisen, daß die führenden kapitalistischen Ökonomien nicht rein marktreguliert sind, sondern darüber hinaus die gesellschaftliche Einbindung ökonomischer Prozesse eine wesentliche Rolle spielt, ist der Begriff der Regulation und sein Verhältnis zu dem des Akkumulationsregimes und der gesellschaftlichen Formation noch wenig bestimmt. Über die institutionelle Form wird versucht die Verfestigung einer Regulationsweise plau-

[46] vgl.Hübner 1990

[47] Hübner 1990, S.224f

sibel zu machen und den Begriff über das Verhältnis des internationalen Regimes, des Kompromisses und des Lohn-, Geld- und Konkurrenzverhältnisses genauer zu fassen. Tatsächlich existieren aber, ausgenommen zum Lohn- und Konkurrenzverhältnis, kaum Arbeiten über diese Themen[48].

Die rückblickende Betrachtung der Regulationstheorie auf institutionelle Innovationen in einer Krise erlaubt ausschließlich im Nachhinein Aussagen über das Zusammenwirken ökonomischer, technologischer, politischer und sozialer Prozesse im Kontext der Akkumulation. Dabei werden Formen der Regulation häufig einseitig auf ihre Rolle im Akkumulationsprozeß untersucht. Den gesellschaftlichen Akteuren wird in der Krise eine erhebliche Handlungsmacht unterstellt, während sie sonst eher als Opfer eines ökonomischen Imperativs erscheinen[49].

So wie die Neigung besteht, in der Krise das Akteurshandeln als determinierend zu interpretieren, wird, bezogen auf stabile Phasen, von einer Dominanz der strukturellen "Logik des Kapitals" ausgegangen. In diesem Verständnis wird die Reproduktion des kapitalistischen Akkumulationsregimes strukturell, ohne weiteren Bezug auf individuelles Handeln, als "Akkumulationsimperativ" angenommen. Es ist aber mindestens fragwürdig, mit der Durchsetzung kapitalistischer Regulationsweisen die "automatische" Reproduktion der Verhältnisse zu begründen. Eine Lösung könnte darin gesehen werden die "Strukturen nicht allein als Zwang, sondern auch als Ermöglichungsbedingung für Handeln aufzufassen"[50]. Hier kommt auch zum Ausdruck, daß die Mechanismen einer relativen Stabilität gesellschaftlich-ökonomischer Verhältnisse über die Krisen verschiedener Akkumulationsregime hinweg auf der theoretischen Ebene ungeklärt sind.

Das Akteurshandeln verobjektivierten ökonomischen Strukturen unterzuordnen heißt auch gesellschaftliche Machtverhältnisse zu verkennen. Die Durchsetzung kapitalistischer Regulation ist immer an eine hegemoniale gesellschaftliche Struktur gebunden. Die institutionelle Verfestigung von Regulationsformen allein kann nicht die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse erklären. Diese sind Teil

---

48 Hübner 1990, S.224

49 vgl. Scherrer 1995

50 Görg, Christoph: Der Institutionenbegriff in der `Theorie der Restrukturierung'; in Esser, Josef / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim (Hg): (1994) Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie; Zitiert nach Scherrer 1995, S.459

gesellschaftlicher Verhältnisse und damit für entsprechende Veränderungen offen[51].

Die in den theoretischen Begriffen des Fordismus und Postfordismus, der Massenproduktion und der flexiblen Spezialisierung, der Krise und des stabilen Wachstums angelegten Dichotomien verführen zu einer vorschnellen Zuordnung und damit undifferenzierten Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse. Kern macht darauf aufmerksam, daß nicht alle ökonomisch erfolgreichen Unternehmen sich nach der gleichen, besten Methode organisieren. Es ist demnach nicht allein das Kopieren des erfolgreichen Produktionsmodells, sondern vielmehr die Anpassung eines Modells an die eigenen institutionellen Rahmenbedingungen, das den Erfolg eines Unternehmens ausmacht. National und regional unterschiedliche administrative Strukturen, Qualifikations- und Arbeitskulturen, industrielle Beziehungen oder Netze konstituieren ein Umfeld in dem das Unternehmen seine eigene Strategie optimieren muß, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen[52].

In der Kritik steht auch die, von den Regulationstheoretikern vorgetragene These der räumlichen Konzentration postfordistischer Produktionskomplexe (Industriedistrikte). Sie beruht im Wesentlichen auf der Annahme, daß zwischenbetriebliche Transaktionen zunehmen, während deren Aufwand, der nur zum Teil durch Kosten repräsentiert wird, durch die räumliche Konzentration gesenkt werden kann. Gegen diese These ist einzuwenden, daß Unternehmensbeziehungen kaum raumabhängig sind. Es handelt sich allenfalls um den Zugang zu lokalen Wissensstrukturen und informelle Kontakte, die Marktzugänge oder den Zugriff auf lokales Innovationspotential v.a. in der Konstituierungsphase von Unternehmen ermöglichen[53].

Gegen die vereinfachte These einer Reregionalisierung der Produktion (Rückkehr zum Raum) argumentieren Ash und Thrift, daß nicht allein flexibel spezialisierte Netzwerke klein und mittlerer Unternehmen als erfolgreiches Muster der Organisation anzusehen sind, sondern internationale Hierarchien vernetzter Unternehmen entstehen. In diesen Netzen werden zum Teil Kontroll- und Machtfunktionen zentralisiert. Die Relokalisierung von Unternehmenseinheiten als Voraussetzung für

---

[51] vgl.Scherrer 1995, ebenso Jessop 1992

[52] vgl. Kern 1994, S.145

[53] vgl. Amin/Thrift 1994

den Zugang zu lokalen Potentialen ist Bestandteil der Restrukturierung globaler Netze[54].

In Bezug auf eine pauschale Einordnung altindustrialisierter Regionen als Zentren fordistischer Massenproduktion weisen verschiedene Autoren darauf hin, daß die Industriealisierungs- und Urbanisierungsprozesse in diesen Regionen bereits vor der Durchsetzung eines fordistischen Entwicklungsmodells abgeschlossen waren und später nur geringfügig modifiziert worden sind. Auch weisen die dortigen Veränderungsprozesse nur zum Teil postfordistischen Charakter auf. Es existieren vorfordistische, fordistische und postfordistische Raumstrukturen in unmittelbarer Nachbarschaft. Die Veränderung der Arbeitsmärkte im Sinne einer Taylorisierung wird dagegen eher als einheitliche Tendenz, die die Entwicklung altindustrialisierter Regionen kennzeichnet, angeführt[55].

Gegenüber der von Mayer vertretenen Position zunehmender Handlungsspielräume lokaler Politik im Postfordismus wendet Häußermann ein, daß der in der Analyse des US-Kapitalismus entwickelte Ansatz der Regulationstheorie, Funktionsweise, Entstehung und Wandel des sich historisch herausgebildeten institutionellen Geflechtes in der Bundesrepublik nicht hinreichend erfassen kann. Erwartungen bis hin zu einer lokalen "Gegenmachtbildung" sind eher spekulativ. Tatsächlich kommt die widersprüchliche Funktion des Staates im Kapitalismus, die Voraussetzungen privater Kapitalakkumulation und den sozialen Frieden gleichermaßen zu sichern, auf allen Ebenen zu Tage tritt. In diesem Zusammenhang weist Häußermann auf die Möglichkeiten hin, durch die Verteilung der staatlichen Funktionen zwischen den Ebenen, Proteste leerlaufen zu lassen.

54 vgl. Amin/Thrift 1994

55 vgl. Bremm 1993

3. Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet

Im folgenden Kapitel wird die historische Entwicklung des montanindustriellen Verflechtungszusammenhangs und die planungspolitische Regulationsweise untersucht. Da sich der Produktionszusammenhang und entsprechend auch die planungspolitischen Programme traditionell auf die gesamte Region Ruhrgebiet erstrecken, wird hauptsächlich auf diesen Gesamtzusammenhang eingegangen.

3.1 Historische Entwicklung und regionale Bedeutung des montanindustriellen Produktionszusammenhangs

Die heutigen Raum- und Wirtschaftsstrukturen des Ruhrgebietes lassen noch auf ihre Entstehung vor etwa 150 Jahren schließen. Mit dem Durchstoßen der Mergeldecke 1832 in Essen gelang es im Ruhrgebiet erstmals verkokbare Fettkohlen zu fördern. Damit konnte eine erhebliche Produktivitätssteigerung in der Hüttenindustrie erreicht werden. Die Kohleförderung und der Einsatz von Koksöfen (ab 1848) waren wesentliche Standortfaktoren für die Ansiedlung der Eisen- und Stahlindustrie. Die zentrale Lage in Europa, der Ausbau der Eisenbahn als Verkehrsträger und Abnehmer von Stahl waren Rahmenbedingungen, die die Entwicklung des Montankomplexes und der Region begünstigt haben.

Mit der industriellen Entwicklung ging eine dynamische bevölkerungs- und raumstrukturelle Entwicklung einher. Diese folgte im wesentlichen dem Bergbau von der südlichen Ruhrzone über die Hellwegzone und erreichte ihren Höhepunkt zur Jahrhundertwende in der Emscherzone. Die Raumentwicklung folgte eher den

Notwendigkeiten der industriellen Produktion als einer planvollen Entwicklung. Das Nebeneinander von Industrieanlagen, Zechensiedlungen, Abraumhalden und Verkehrsinfrastruktur ist heute noch prägend für das Revier. Auch die Lebens- und Konsumnormen in der Region wurden maßgeblich durch den montanindustriellen Arbeitszusammenhang geprägt. Die Massenproduktion in der Schwerindustrie[56], die Schichtarbeit, die gewerkschaftliche und vereinsmäßige Organisation sind typische Merkmale regionaler Alltagskultur.

Karte 2: Der Emscherraum in den Grenzen der IBA[57]

56 Diese ist zu unterscheiden von der in Kap.2.2. beschriebenen fordistischen Massenproduktion

57 Quelle: IBA 1991

Kilper u.a. beschreiben die Zusammenführung der technischen Verfahren der Stahlerzeugung und des Bergbaus durch englische Ingenieure, des Kapitals von Geschäftsleuten und Unternehmern aus dem Rheinland, Belgien und Frankreich und das Wissen der traditionellen Unternehmen der Metallverarbeitung aus dem regionalen Umland als konstituierend für die Herausbildung des industriellen Komplexes[58]. Hinzu kommt die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem osteuropäischen Raum.

Es fand eine Verflechtung der Produktionsstätten über die stoffliche Produktionskette statt. Den Gießereien und Hütten folgte eine Verknüpfung mit der Energiewirtschaft. Später kamen die Kohlechemie und die Investitionsgüterindustrie als weitere Zweige des montanindustriellen Verflechtungsbereiches hinzu.

So wurde das Ruhrgebiet durch eine vorfordistische Massenproduktion in den großtechnischen Anlagen des Montankomplexes und eine starke Abhängigkeit kleiner und mittlerer Betriebe des Zuliefer- und Verflechtungsbereiches geprägt. Die hohen Fixkosten der Massenproduktionswirtschaft bedingen eine starke Abhängigkeit von stabilen Märkten. So ist auch die starke Kartellbildung mit der Notwendigkeit einer adäquaten Marktregulierung zu erklären[59].

Nach dem 2. Weltkrieg übernahm das Ruhrgebiet eine wichtige Funktion für den Wiederaufbau der Bundesrepublik. Der Montankomplex wurde mit der Förderung von Bund und Land reaktiviert, um Energie und Stahlprodukte für den Aufbau des Landes zu liefern. Auf diese Weise wurde die Ruhrwirtschaft nach dem Krieg wieder auf die montanindustriellen Strukturen fixiert. Mindestens haben Subventionen und staatliche Nachfrage wirtschaftliche Anreize für eine Diversifizierung überdeckt. Steigende Bodenpreise, Arbeitskräftemangel und die Bodenpolitik der Montanunternehmen[60] sind weitere Gründe, die eine Diversifizierung der Ruhrgebietswirtschaft verhindert haben.

Ende der 50er Jahre folgte auf das "Wirtschaftswunder" der Nachkriegsjahre mit permanenten Wachstums- und Wohlstandszuwächsen die Kohlekrise. Die international zu beobachtende Verschiebung der energetischen Basis des fordistischen

---

[58] vgl Kilper/Latniak/u.a. 1994, S.32

[59] vgl. Läpple 1994, S.45-47

[60] Diese Bodenpolitik wurde zu Recht mit der Metapher der "Bodensperre" belegt

Entwicklungsmodells zum Erdöl und später auch zur Atomenergie hat zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung und der Substitution der Kohle als Energieträger geführt. Der strukturbedingte Kapazitätsabbau zwang zu zahlreichen Zechenschließungen. Die staatliche Subventionierung der heimischen Kohle auf Weltmarktpreis stabilisierte die Förderung auf niedrigem Niveau[61].

Der Steinkohlenbergbau sollte modernisiert, der Kapazitätsabbau sozial abgefedert, durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und des Bildungswesens sollten neue Betriebe angezogen werden. Neuansiedlungen von Großbetrieben der fordistischen Wachstumsbranchen, wie die von Opel in Bochum (1961), blieben aber die Ausnahme.

Weltweit gesunkene Transportkosten haben den regionalen Standortvorteil der Stahl- und Chemieindustrie bei den Kohlenlagerstätten aufgehoben. Mit jeder weltwirtschaftlichen Krise (1966/67) verstärkte sich die regionale Krisensituation.

Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 schlug sich deutlich in der Stahlindustrie nieder. Die gravierenden Auswirkungen der internationalen Krise auf die Wirtschaft des Ruhrgebietes machten in besonderer Weise auf die einseitige Wirtschaftsstruktur und regionale Verflechtung aufmerksam. Die überdurchschnittliche Abhängigkeit der Montan- und Investitionsgüterindustrie von der Weltwirtschaft und dem Wechselkursverhältnis hat eine hohe Krisenanfälligkeit der Region zur Folge[62].

Der große Anteil der Montanbeschäftigten an den Industriebeschäftigten im Ruhrgebiet und die regionalwirtschaftliche Verflechtung erklären die räumlich konzentrierten Krisenwirkungen.

61 Jahrhundertvertrag

62 vgl. auch MWMT 1995b, S.21ff

Tab.1: Anteil der Montanbeschäftigten[63] an den Industriebeschäftigten

	KVR	BR
1964	58,1%	14,4%
1980	45,1%	10,6%
1992	36,7%	8,3%

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik nach KVR 1994, eigene Berechnungen

Während die Zahl der Industriebeschäftigten in der Bundesrepublik zwischen 1964[64] und 1992 um 11,7% abnahm, sank die Zahl der Montanbeschäftigten im Ruhrgebiet um 65%. Die zunehmende Arbeitslosigkeit bedingt eine sinkende Kaufkraft, welche sich negativ auf das regionale Dienstleistungs- und Versorgungsangebot auswirkt. Die sektorale Krise wird mithin zu einer regionalen Krise.

Zu der insgesamt schrumpfenden Nachfrage durch die Substitution des Stahls als Werkstoff kam ein zunehmendes Angebot an Billigstählen, die eine verschärfte weltwirtschaftliche Konkurrenz und Rationalisierungsinvestitionen auslösten. Nationale Subventionen führten dabei zum Teil zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen. Insgesamt hat eine Reduzierung der Produktionsstandorte, sowie eine Modernisierung und Spezialisierung der verbleibenden Stahlproduktion stattgefunden.

Während einige Konzerne sich durch Investitionen außerhalb der Region diversifiziert haben, blieb die regionale Wirtschaftsstruktur montanindustriell fixiert. Die industriellen Kerne der Wachstumsbranchen Chemie, Elektrotechnik, EDV, Maschinen- und Fahrzeugbau siedelten sich, auch mit staatlicher Förderung, vornehmlich in anderen Regionen an.

Der Kapazitätsabbau bei Kohle und Stahl, aber v.a. Rationalisierungen haben zu einem massiven Beschäftigungsabbau im Montanbereich geführt. Zwischen 1970

[63] Dem Montanbereich wurden hier folgende Wirtschaftszweige zugerechnet: 21 Bergbau, 27 Eisenschaffende Industrie, 29 Gießerei, 3011,3015,3021 Zieherei, 3025 Stahlverformung, 3030 Mechanik

[64] Die im Text verwendeten statistischen Angaben stammen aus folgender Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, nach KVR 1993 und 1994

und 1993 betrug der Beschäftigungsrückgang im Montanbereich 232.438 Personen oder 56%, während er bezogen auf die gesamte Bundesrepublik nur 36% betrug.

Tab.2: Beschäftigungsentwicklung im Montanbereich

1960	653.612
1970	418.142
1980	325.020
1993	185.704

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, nach KVR 1994

Die Krisenerscheinungen blieben aber nicht auf den Montanbereich beschränkt. Aufgrund der hohen intraregionalen Verflechtung mit anderen Wirtschaftsbereichen folgen dort weitere Beschäftigungsverluste. So beträgt der Rückgang im gesamten produzierenden Gewerbe zwischen 1970 und 1991 337.100 Erwerbstätige und liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (BR -7,3%, KVR -26%).

Die negative Beschäftigungsentwicklung konnte auch nicht im Dienstleistungssektor aufgefangen werden[65]. Das Beschäftigungswachstum des Dienstleistungssektor im Ruhrgebiet blieb zwischen 1970 und 1991 mit 34% (+300 tsd) hinter dem des Bundes (52%) zurück.

Die massiven Beschäftigungsverluste in den dominierenden Wirtschaftszweigen und die geringe Ausstattung der Region mit den Wachstumsbranchen des fordistischen Entwicklungsmodells schlug sich in einer krisenhaften Zunahme der regionalen Arbeitslosigkeit nieder. Waren 1970 noch weniger als 1% der Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet, sind es 1994 schon 12,9%. Die Arbeitslosenquote hat sich in den 80er Jahren vom Bundestrend negativ abgekoppelt und in den 90er Jahren auf hohem Niveau stabilisiert.

---

65 Was aufgrund der Abhängigkeit der Dienstleistungen von den anderen Wirtschaftsbereichen auch theoretisch nicht mehr bestritten wird

Tab.3: Entwicklung der Arbeitslosenquote

	KVR	BR
1970	0,6%	0,5%
1980	5,3%	3,5%
1988	15,1%	8,1%
1992	10,1%	6,5%
1994	12,9%	8,8%

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik nach KVR 1994.

1994 wurde der Höchststand von 284.223 Erwerbslosen erreicht. Vor dem Hintergrund zunehmender Bevölkerungs- und Erwerbstätigenzahlen wird deutlich, daß die leicht positive Wirtschaftsentwicklung[66] seit Anfang der 90er Jahre an einem Teil der Bevölkerung vorbeigeht. Insbesondere stellt einerseits die Jugendarbeitslosigkeit und andererseits die Langzeitarbeitslosigkeit zunehmend Probleme für die Zukunft der Region bezüglich der Qualifikation und des Arbeitskräftepotentials dar.

Die ohnehin dramatische Situation kommunaler Haushalte im Ruhrgebiet wird durch einen hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen und damit steigenden Sozialhilfeausgaben zusätzlich belastet. Da die Bundesanstalt für Arbeit nur für einen begrenzten Zeitraum und vorher sozialversicherungspflichtig Beschäftigte unterstützt, müssen darüber hinaus die Kommunen mit Sozialhilfezahlungen einspringen.[67]

Vom Strukturwandel besonders betroffene Regionen werden so mehrfach belastet. Zu der meist krisenhaften Entwicklung von Gewerbesteuereinnahmen kommt die Steigerung der Ausgaben für Sozialhilfe und eine verschärfte Angebotskonkurrenz in der Gewerbepolitik. Die Einschränkung der kommunalen Handlungsspielräume durch die inflationäre Krise der Haushalte ist regionalpolitisch besonders problematisch, da sie regionale Disparitäten verschärft. So haben die Städte der Emscherzone durchweg höhere Arbeitslosenquoten aufzuweisen als die Städte der

[66] vgl. Kapitel 3.2. Aktuelle Entwicklungstrends der Regionalwirtschaft

[67] vgl. Danielzyk 1989, S.47

Hellwegzone. Besonders betroffen sind die Arbeitsamtsbezirke Duisburg (13,8%), Gelsenkirchen (13,4%) und Recklinghausen (11,4%), sowie einzelnen Kommunen mit bis zu 14,6% Arbeitslosenanteil (Herne)[68]. Die Hellwegzone scheint durch ihre traditionell stärkere Dienstleistungsorientierung und ein selektives Investitionsverhalten gegenüber der Emscherzone begünstigt zu sein[69].

3.2 Aktuelle Entwicklungstrends der Regionalwirtschaft

Bei einer Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre ergibt sich ein differenzierteres Bild des regionalen Strukturwandels.

Tab.4: Beschäftigungsentwicklung im Vergleich zum Bund

1987/1993	KVR	BR
Dienstleistungen	+16,3%	+19,2%
prod. Gewerbe	-8,7%	+0,3%
Montan	-19,1%	-8,1%

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik nach KVR 1994, eigene Berechnungen

Der Dienstleistungssektor hat Beschäftigungsanteile dazugewonnen, konnte aber zum Bundesschnitt nicht vollständig aufschließen. Zwischen 1987[70] und 1993 stand einem bundesweiten Wachstum von 19,2%, eine Zunahme von 16,3% im Ruhrgebiet gegenüber. Die traditionelle Schwäche des Ruhrgebietes in diesem

68 Stand 1993, Quelle: Landesarbeitsamt NW nach KVR 1994, vgl. auch Eismann/Waluga 1994 S.286

69 vgl. auch Gerß 1991, S.178-184

70 Die im Text verwendeten statistischen Angaben stammen aus folgender Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, nach KVR 1994

Bereich entspringt einer historisch gewachsenen räumlich-funktionalen Arbeitsteilung. Die auf das Ruhrgebiet bezogenen höherwertigen Dienstleistungen siedelten sich im Rheinland, insbesondere in Düsseldorf an.

Die im Verhältnis zum Bundestrend ungünstige Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes ist insbesondere auf den massiven Beschäftigungsabbau in der Eisen- und Stahlindustrie zurückzuführen. Mit etwa 20% der Industriebeschäftigten des Ruhrgebietes hat dieser Wirtschaftszweig nach dem Bergbau den zweitgrößten Beschäftigungsanteil. Anders als der Bergbau ist die spezialisierte Stahlindustrie aber weltweit konkurrenzfähig und kann einen wichtigen Beitrag zur zukünftigen Beschäftigung in der Region leisten.

Tab.5: Beschäftigungsentwicklung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen[71]

September 1984/1990 Ruhr	
Dienstleistungen	+14,3%
verarbeitendes Gewerbe	+/-0,0%
Bergbau	-22,4%
im verarbeitenden Gewerbe:	
Eisen und Stahl	-16,3%
Maschinenbau	- 1,8%
Elektrotechnik	+18,4%
Fahrzeugbau	+ 9,0%
Chemie	+ 5,4%

Quelle: Landesarbeitsamt NRW, Referat Statistik, eigene Berechnungen

Die negative Beschäftigungsentwicklung im größten Wirtschaftszweig, dem Bergbau, hat am deutlichsten zur hohen Arbeitslosigkeit in der Region beigetragen. In

[71] Die Reihenfolge entspricht der Bedeutung 1990

diesem stark regulierten Bereich droht weiterer Beschäftigungsabbau, da der regionale Bergbau international nicht konkurrenzfähig ist. Die zukünftige Entwicklung hängt allein von der politischen Bereitschaft ab, den Schrumpfungsprozeß sozial zu gestalten. Die Entwicklung der beiden größten zum montanindustriellen Bereich gehörenden Branchen folgt etwa dem Bundestrend.

Die Beschäftigungsentwicklung im Maschinenbau, dem drittgrößten Wirtschaftszweig, ist leicht rückläufig, während in der Chemie leichte Gewinne erzielt werden konnten. Eine deutlich positivere Entwicklung ist in den Bereichen Fahrzeugbau und Elektrotechnik zu beobachten. Das Wachstum dieser Bereiche blieb allerdings hinter dem des Bundes zurück. Auch ist der Anteil dieser seit den 60er und 70er Jahren führenden Wachstumsbranchen im Ruhrgebiet mit weniger als 5% gering geblieben.

Aufgrund der unterdurchschnittlichen Entwicklung der größten Branchen der Region prognostiziert Bade eine negative Regionalentwicklung. Er begründet dies zum einen mit dem abnehmenden Anteil an der Gesamtbeschäftigung des Bundes und zum anderen mit der geringen Zukunftsvorsorge der Ruhrwirtschaft[72].

Eine ausgesprochene Entwicklungsschwäche weist das Ruhrgebiete demnach im Bereich der produktionsorientierten Dienstleistungen auf[73]. Sie werden als entscheidende Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen angesehen, da sie wichtige Funktionen für die Anpassung der Produktion und Produktpalette der Unternehmen an sich immer schneller verändernde Märkte darstellen. In seiner Analyse strategischer Unternehmensfunktionen innerhalb des verarbeitenden Gewerbes des Ruhrgebietes weist Bade nach, daß die Beschäftigungsentwicklung in den Bereichen Forschung und Entwicklung und Unternehmensplanung, trotz eines absoluten Zuwachses, sich negativ vom Bundestrend abkoppelt.

Vielfach wird die Schwäche der regionalen Wirtschaft auch mit der Dominanz großbetrieblicher Strukturen in Verbindung gebracht. Kleinen und mittleren Betriebsgrößenstrukturen wird eine bessere Anpassungsfähigkeit an veränderte Markt- und Produktionsbedingungen und an neue Technologien zugeschrieben[74].

---

[72] vgl. Bade 1995

[73] vgl. auch Butzin 1990, S.212

[74] vgl. Kap 2.3.Herausbildung eines flexiblen Akkumulationsregimes und die räumlichen Formen neuer Produktionssysteme

Tatsächlich läßt sich auch ein steigender Anteil der klein- und mittelständischen Unternehmen an der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen nachweisen. Heinze u.a. haben die Betriebsgrößenstrukturen in NRW untersucht[75]. Der Zuwachs bei den kleinen und mittleren Betriebsgrößen konnte allerdings längst nicht die Verluste der Großbetriebe ausgleichen. Generell sinkt die Beschäftigungsbedeutung von Großbetrieben zugunsten kleinerer Einheiten auch in NRW. Dieser Trend hängt nach Aussage der Autoren aber auch mit der Zunahme von Dienstleistungsbetrieben, deren Größenstruktur deutlich auf Kleinbetriebe ausgerichtet ist, zusammen. Insgesamt bleibt der Anteil klein- und mittelständischer Unternehmen gering. Ein Nachweis, daß mittelständisch geprägte Regionen beschäftigungspolitisch günstiger abschneiden, konnte ebenfalls nicht geführt werden. Daher sollte der Beitrag klein- und mittelständischer Unternehmen zur regionalen Beschäftigungsstruktur nicht überschätzt werden.

Innerhalb des Ruhrgebietes haben Großbetriebe traditionell den weitaus größten Beschäftigungsanteil. Die Dominanz großbetrieblicher Strukturen und die Konzernbildung ist v.a. auf die Bedeutung und historische Entwicklung des Montanbereiches zurückzuführen. Mittelständische Betriebe des Verflechtungsbereiches standen häufig in hierarchischer Abhängigkeit zu diesen Strukturen. Zulieferbeziehungen blieben auf traditionelle Anforderungen und Komponenten beschränkt[76].

Die Modernisierung der industriellen Beziehungen und der betrieblichen Arbeitsorganisation[77] wird aber als eine wichtige Voraussetzung für die strukturelle Erneuerung altindustrialisierter Regionen angesehen. Kilper u.a. betonen in diesem Zusammenhang die Bedeutung kooperativer Beziehungen und sozialer Innovationen. In ihren Untersuchungen kommen sie zu dem Ergebnis, daß Impulse für die Modernisierung der Betriebe des Ruhrgebietes vornehmlich "von außen", das heißt aus überregionalen Konzernzusammenhängen kamen[78]. In Einzelfällen waren auch staatliche Förderprogramme Auslöser betrieblicher Reorganisationsprozesse. Eine regionale Diffusion gewonnener Erfahrungen haben die Autoren nicht

---

[75] vgl Heinze/Voelzkow/Hilbert 1992, S.48ff

[76] vgl. Kilper/Latniak/Rehfeld 1994

[77] vgl. Kapitel 2.3.Herausbildung eines flexiblen Akkumulationsregimes und die räumlichen Formen neuer Produktionssysteme

[78] vgl. Kilper/Latniak/Rehfeld 1994, S.52

beobachten können[79], so daß hier ein wesentliches Erneuerungspotential vermutet werden kann. Gerade Klein- und Mittelbetriebe sind es, die in ihren innerbetrieblichen Strukturen verharren und "vor einer umfassenden Reorganisation ihrer Produktionssysteme zurückschrecken"[80]. V.a. die mit einer Reorganisation innerbetrieblicher Strukturen verbundene Infragestellung von Hierarchien und Abläufen wird als wesentliches Hindernis genannt. Das Fehlen kooperativer Erfahrungen, "eine weitgehende Abschottung gegenüber den Konkurrenten und ein tiefes Mißtrauen gegenüber staatlichen Behörden und Beratungseinrichtungen prägen eine regionale betriebliche Kultur"[81].

Die Großunternehmen des Ruhrgebietes konnten ihre Fähigkeit überregional zu agieren nutzen, um sich durch Investitionen in anderen Regionen zu diversifizieren. Regionale Diversifizierungserfolge sind bislang nur sehr begrenzt zu verzeichnen. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß sich traditionelle Branchen, wie die Stahlindustrie, erheblich modernisiert und ihre Produktpaletten spezialisiert haben.

In räumlicher Hinsicht zeichnet sich eine Polarisierung zwischen einigen wachstumsschwachen Städten der Emscherzone und der Hellwegzone um die Zentren Essen und Dortmund ab. Überlagert wird diese Entwicklung von einer anhaltenden Suburbanisierung der Beschäftigung, insbesondere im Bereich standardisierter Massenproduktion[82]. Eine Entwicklungsperspektive für das Ruhrgebiet machen Kilper u.a. in der Herausbildung eines regionalen Zentrums der Umweltschutzindustrie aus. In jüngerer Vergangenheit, so die These, hat sich in Folge staatlicher Aktivitäten wie der systematischen Erfassung von Altlasten, der Organisation des Lizenzmodells über den Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband (AAV) und begleitende Gesetzgebungen der Ansatz eines neuen Verflechtungszusammenhangs entwickelt[83].

Die vorausgegangenen Darstellungen vermitteln einen Eindruck der aktuellen Situation des Strukturwandels in der Region, der nicht zuletzt von den Ümbrüchen

---

[79] vgl. Kilper/Latniak/Rehfeld 1994, S.52

[80] Kilper/Latniak/Rehfeld 1994, S.94

[81] Kilper/Latniak/Rehfeld 1994, S.95

[82] vgl. auch Butzin 1990

[83] vgl. Kilper/Latniak/Rehfeld 1994

des internationalen Entwicklungsmodells beeinflußt ist. Wenn man den gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel vom Fordismus zum Postfordismus auf der Ebene des internationalen Regimes im Kern auf eine Krise des fordistischen Entwicklungsmodells zurückführen kann, so erweist sich diese Betrachtung für die aktuellen Umbrüche im Ruhrgebiet aber als zu undifferenziert. Eine pauschale Einordnung der Umbrüche in der Region als Entwicklung zu einem neotayloristischen Raumtyp[84], wird insbesondere den Prozessen der Modernisierung und Spezialisierung in der Stahlproduktion nicht gerecht. Aber auch der Bereich der sich herausbildenden Umweltindustrie oder die Probleme der sich wandelnden Bergbauzulieferunternehmen entspricht nicht diesem Bild der hierarchischen Abhängigkeit von *externen* Unternehmen.

Von einer Krise der Massenproduktion[85] und dem Übergang zu einem flexibilisierten und spezialisierten Produktionsmodell, kann am ehesten in der Eisen- und Stahlindustrie gesprochen werden. Der größte Wirtschaftszweig, der Bergbau, ist allein politisch reguliert und sein Niedergang steht im Zusammenhang mit der Verschiebung der energetischen Basis des internationalen Entwicklungsmodells. Krätke macht darauf aufmerksam, daß auch die Ansiedlung der Wachstumsindustrien des fordistischen Entwicklungsmodells in anderen Regionen der Bundesrepublik politisch bedingt war[86]. Die Tatsache, daß die Branchen dieses Modells ebenfalls in eine Krise geraten, macht die Perspektivlosigkeit deutlich, in der sich altindustrialisierte Regionen befinden. Einerseits wird ihnen ein Modernisierungsdefizit unterstellt, andererseits erscheint die Akquisition externer Investitionen kaum mehr zu versprechen als vorrübergehend Standort der "verlängerten Werkbänke" international operierender Unternehmen zu sein. Insofern stellt sich eher die Frage, auf welche regionale Basis eine Erneuerungsstrategie gestellt werden kann. Hier scheint mir eine Strategie der Erneuerung industrieller Beziehungen und des politisch-administrativen Umfeldes gegenüber den an zentralstaatlichen Wachstumsvorstellungen orientierten Modellen im Vorteil, da sie weniger anfällig gegenüber globalen Veränderungen sind.

---

84 vgl. Kapitel 2.3 Herausbildung eines flexiblen Akkumulationsregimes und die räumlichen Formen neuer Produktionssysteme

85 hier kann allerdings nicht von fordistischer Produktionsweise gesprochen werden

86 vgl. Krätke 1991

3.3 Planungspoltische Regulation im Ruhrgebiet

Im Ruhrgebiet gibt es eine lange Tradition regionaler Planung, die eng mit der historischen Entwicklung des montanindustriellen Produktionskomplexes verflochten ist. Das explosionsartige Wachstum der Ruhragglomeration während der Industrialisierung Ende des letzten Jahrhunderts machte aus hygienischen Gründen eine Regelung der Wasserwirtschaft und Siedlungstätigkeit notwendig. So wurde mit mehrheitlicher Beteiligung der Montanunternehmen 1904 die Emschergenossenschaft zur Koordinierung der Wasserwirtschaft gegründet.

1920 folgte die Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR) mit dem Ziel einer regionalen Abstimmung der Infrastrukturpolitik. Der SVR stellte 1966 erstmals einen Gebietsentwicklungsplan mit dem Ziel auf, die weitere Entwicklung der Montanindustrie und Siedlungsstruktur zu ordnen. Mit der Weltwirtschaftskrise kam zur Flächen- und Infrastrukturplanung die Notwendigkeit einer Strukturpolitik zum Ausgleich der Beschäftigungsverluste im Montanbereich hinzu.

Die strukturpolitischen Reaktionen, wie die "konzertierte Aktion" wurden zwischen Regierung, Montanindustrie und Gewerkschaften ausgehandelt. Der schon immer stark von staatlichen Aufträgen und marktregulierenden Eingriffen abhängige montanindustrielle Komplex wurde wieder politisch gestützt[87] und freiwerdende Arbeitskräfte durch das soziale Netz des keynesianischen Wohlfahrtsstates aufgefangen. So wie eine defensive Strukturpolitik im Rahmen dieser institutionellen Traditionen relativ erfolgreich soziale Härten abfing, verstellten die selben Strukturen den Blick auf eine notwendige Neuorientierung der Regionalwirtschaft. Zumindest gelang es, eine radikale Deindustriealisierung zu verhindern und durch eine sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels das aufkommende Protestpotential zu begrenzen. Den Großunternehmen erlaubte diese Politik unterdessen sich in anderen Regionen zu engagieren und damit zu diversifizieren.

Zur Erhaltung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit setzte man noch bis Ende der 70er Jahre auf eine technologieorientierte Modernisierung des montanindustriellen Komplexes. Zu nennen sind hier die Technologieprogramme Bergbau, Energie

[87] z.B. durch die Kohleverstromungsquoten

und Stahl zur Rationalisierung der Kohleförderung und Verbesserung ihrer Einsatzmöglichkeiten in der Stahl- und Energieproduktion.

Mit dem "Entwicklungsprogramm Ruhr" (EPR 1968-73) und dem "Nordrhein-Westfalen Programm 1975" (1970) leitete die sozialdemokratische Landesregierung eine neue Phase regionaler Planung ein. Mit einer umfassenden Programmatik sollte einerseits die Schrumpfung des Bergbaus sozial gestaltet und auf der anderen Seite die Raumstrukturen an die modernen Bedürfnisse angepaßt werden. Dazu sollte das Straßen- und Schienennetz ausgebaut und eine zentrale, leistungsfähige Verwaltung aufgebaut werden. Der Ausbau des Bildungs- und Hochschulwesens wurde begonnen.

Mit dem "Technologieprogramm Wirtschaft" (1978) zielte die Landesregierung erstmals auf die Technologie- und Innovationsförderung von kleinen und mittleren Unternehmen. Im "Aktionsprogramm Ruhr" fand diese Programmatik 1979 ihre Fortsetzung. Es zielte mit den Bereichen Stadterneuerung, Umweltschutz und Technologietransfer deutlicher als sein Vorgänger auf die Verbesserung des regionalen Umfeldes. Hatte man die montanindustriell geprägten Raumstrukturen auch als einen Engpaß des Strukturwandels erkannt, so gelang es aufgrund der Altlastenproblematik und der damit verbundenen Flächenpolitik der Montanunternehmen aber nur langsam, die brachfallenden Flächen wieder zu mobilisieren.

Aus dieser Problematik heraus wurde 1980 der Grundstücksfond Ruhr in treuhänderischer Verwaltung der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) als Instrument zur Reaktivierung von Zechen- und Industriebrachen eingerichtet. Erst 1989 mit der Gründung der Tochtergesellschaft "Standort- und Projektentwicklung" in Düsseldorf kam zu den traditionellen Aufgaben der LEG in der Wohnungswirtschaft, der Bereich Struktur- und Gewerbepolitik hinzu.

Mit der "Landesinitiative Zukunftstechnologien" (1984-88) richtete sich die Landespolitik verstärkt auf die Förderung neuer Technologien als Basis für neue Märkte. Gefördert wurden Mikroelektronik, Umwelt-, Energie-, Werkstoff-, Humanisierungs-, Informations- und Kommunikationstechnologien. Der Ausbau von Instituten des Wissens- und Technologietransfers wurde vorangetrieben und erstmals das Akteursspektrum auf Wissenschaft und Gewerkschaften erweitert[88]. Bei-

---

[88] z.B. im Programm Sozialverträgliche Technikgestaltung

spielhaft für diese Politik ist auch das Zentrum für Innovation und Technik in Mühlheim (ZENIT). Es ist Teil eines flächendeckenden Beratungsnetzes, das insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Innovationsberatung anbietet und Kooperationen fördert.

Standen bisher der Ausbau der technischen Infrastruktur, eine sozialverträgliche Streckung des Beschäftigungsabbaus im Montanbereich, die Technologieförderung und der Ausbau der Beratungs- und Bildungsinfrastruktur im Mittelpunkt der Strukturpolitik des Landes, so findet in jüngster Zeit eine Flexibilisierung und räumliche Ausdifferenzierung statt.

Regionalisierung der Strukturpolitik

Mit der Regionalisierung der Strukturpolitik wird eine Integration der Politikfelder auf der Basis einer problembezogenen Analyse der regionalen Situation und die Beteiligung aller strukturpolitisch relevanten Kräfte in der Region angestrebt[89].

Die Landesregierung hat fünf Handlungsfelder vorgegeben, die durch Projektvorschläge aus den Regionen auf der Basis einer eigenen Einschätzung der Prioritäten ausgefüllt werden sollen. Bei den Handlungsfeldern handelt es sich um

- "die Innovations- und Technologieförderung
- die Förderung der zukunftsorientierten Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- arbeitsplatzschaffende und arbeitsplatzsichernde Maßnahmen
- den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur sowie
- die Verbesserung der Umwelt- und Energiesituation"[90].

Mit dieser Konzeption soll der Erkenntnis Rechnung getragen werden, daß

[89] vgl. MWMT 1992a, S.18

[90] MWMT 1992a, S.15

- der Koordinierungsaufwand einer zentral gesteuerten, aber sektoral fragmentierten Strukturpoltik zu hoch geworden war[91].
- Strukturwandel eine prozeßhafte Daueraufgabe darstellt, die nicht nur an den wirtschaftlichen Leitsektoren, sondern auch an Potentialen und Qualifikationsvoraussetzungen zukünftiger Wirtschaftsstrukturen ausgerichtet sein sollte[92].
- die Umwelt- und Sozialverträglichkeit und der Ausgleich zwischen den Teilregionen und gesellschaftlichen Gruppen des Landes eine wesentliche Voraussetzung für die Wahrung des sozialen Friedens darstellen[93].
- eine flexible Anpassung an veränderliche, weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen nur durch die Beteiligung und Kooperation aller relevanten Akteure und der Mobilisierung ihrer dezentralen Sachkenntnis möglich ist[94].
- das etatistische Förderinstrumentarium durch Mitnahmeeffekte zu ineffizient und wenig problemadäquat ist[95].

Mit der "Zukunftsinitiative Montanregionen" (ZIM) wurde die Regionalisierung 1987 auf den Weg gebracht. Bezog sich die Initiative zunächst nur auf die Montanregionen, wurde sie 1989 mit der "Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen" (ZIN) auf das ganze Land ausgedehnt. Beide sind nicht als eigenständige Förderprogramme konzipiert, sondern zielen auf die Bündelung von EU-, Bundes- und Landesmitteln[96].

ZIN teilt das Land in 15 Regionen, die sich an den Grenzen der Industrie- und Handelskammern ausrichten. Allein die Durchsetzung dieser Regionsabgrenzung macht bereits die Bedeutung der Kammern und der von ihnen vertretenen Interessen deutlich.

---

[91] vgl. Heinze 1992, S.86ff

[92] vgl. MWMT 1992a, S.11

[93] vgl. MWMT 1992a, S.10

[94] vgl. MWMT 1992a, S.16

[95] vgl. Heinze 1992, S.78f

[96] vgl. MWMT 1992a, S.17

Kern der Regionalisierung sind die 1990 eingerichteten Regionalkonferenzen, die die Mobilisierung und Vernetzung der Akteure in den Regionen für die Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzepte herbeiführen sollen.

Das Land fordert die Regionen zur konsensualen Festlegung regionalspezifischer Schwerpunkte und Erarbeitung regionaler Leitbilder auf. Dabei sollen neben den traditionellen Akteuren auch soziale, kulturelle, ökologische, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitische Interessen vertreten sein[97].

In der Praxis der Regionalkonferenzen hat sich gezeigt, daß die Einbindung insbesondere nichtökonomischer gesellschaftlicher Interessen auf verschiedene Schwierigkeiten stößt. Es bedarf eines Mindestmaßes an organisatorischen Voraussetzungen, "um die Chance zur Beteiligung nutzen zu können, d.h. sie (die gesellschaftlichen Gruppen; Anm. d. Verf.) müssen überhaupt organisiert sein ... und sie müssen über ausreichende organisatorische, personelle und finanzielle Ressourcen verfügen, um sich effektiv an der Arbeit beteiligen zu können"[98]. Darüber hinaus bedarf es eines Zugangs zu den formellen und informellen Kommunikationskanälen und exklusiven Zirkeln in denen oft wesentliche Vorentscheidungen fallen[99].

Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Wohlfahrts- und Naturschutzverbände sind zwar in den Regionalkonferenzen zum Teil vertreten, können aber keinen gleichgewichtigen Einfluß gegenüber den Wirtschaftsinteressen gewinnen. Unter diesen Bedingungen ist es für nichtökonomische Interessenvertretungen vielfach nicht effektiv sich an den Konferenzen zu beteiligen und damit deren Entscheidungen zu legitimieren.

Damit gelingt der Versuch einer Erweiterung der Akteurskonstellationen über den Montan- und Wirtschaftsbereich hinaus in die Gesellschaft nur zum Teil. Auch wenn die Absicht, die Akteursbasis zu erweitern grundsätzlich positiv zu beurteilen ist und einige Chancen birgt, ist auf die Problematik der mangelnden demokratischen Legitimation dieses korporatistischen Ansatzes hinzuweisen[100]. Es ist zu befürchten, daß die Regionalisierung eine "Entlastungsstrategie" der Landesre-

---

[97] vgl. Handlungsempfehlungen "regionale Entwicklungskonzepte" vom 26.11.90 in MWMT 1992a

[98] MWMT 1992b, S.48

[99] MWMT 1992b, S39ff

[100] Zur Problematik des "inszenierten Korporatismus" vgl. Heinze/Voelzkow 1991, S.461ff

gierung ist, die versucht "bei knapper werdenden Fördermitteln Verteilungskämpfe zu dezentralisieren, aber über die Leitlinienvergabe" ihren Einfluß zu erhalten[101].

Ob einer Verschärfung des interlokalen Wettbewerbs durch die Entwicklung von Leitbildern und einen "Zwang zum Konsens" entgegengewirkt werden kann, bleibt fraglich. Die Formulierung regionaler Leitbilder und spezifischer Profile konnte letztlich auch nicht erfüllt werden. "Die Synopse der Inhalte der REK hat ergeben, daß sich die in den Konzepten enthaltenen Ausführungen in ihrer Struktur und in ihren Inhalten in verschiedenen Aspekten ähneln. In den konzeptionellen Teilen werden mitunter Vorschläge unterbreitet, die eher gewissen Modeströmungen (vom Technologiezentrum zum Logistikzentrum) folgen."[102] Damit bleibt zu befürchten, daß mit der Regionalisierung traditionelle Wirtschaftsförderungskonzepte, die eine angebotsorientierte Infrastruktur- und Hochtechnologieförderung bevorzugen, auf der Tagesordnung bleiben.

Aber auch das Festhalten an den klassischen Fördertatbeständen fixiert die Projektinhalte eher auf traditionelle Bereiche. So behält die Landesebene nach wie vor ihre zentrale Bedeutung indem sie über die Projektauswahl und Förderrichtlinien entscheidet.

Insgesamt kommt die Begleitforschung zu einer positiven Bilanz der regionalisierten Strukturpolitik, da die wesentlichen Ziele, wie die Anstiftung zu einem regionalen Diskurs und Kooperationen in den meisten Regionen gelungen ist. Und es sind eben die "prozessualen Effekte", wie die Verbesserung der Kooperationsbereitschaft, die Stärkung einer regionalen Identität, die Integration der Fachpolitiken und ein Interessenausgleich, die im Mittelpunkt des Konzeptes stehen.

[101] Danielzyk 1992, S.97

[102] MWMT 1992b, S.45

4. Die Internationale Bauausstellung Emscher-Park, integriertes Strukturprogramm der Landesregierung

4.1 Struktur und Planungsprinzipien der IBA

Im Mai 1988 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung das damalige Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr mit der Vorbereitung und Durchführung der internationalen Bauausstellung beauftragt. Entwickelt wurde ein "Strukturprogramm ... mit 10jähriger Laufzeit"[103], daß sich auf den schwierigsten Teil des Ruhrgebietes, die Emscherzone, bezieht. Begründet wird die Entscheidung für diesen Raum mit den innerregionalen Disparitäten, die sich in einem weniger fortgeschrittenen Strukturwandel, höheren Arbeitslosenquoten und einem geringeren Bildungsniveau ausdrücken[104]. Mit dieser Entscheidung setzt die sozialdemokratische Landesregierung ihre mit der Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM)[105] eingeleitete Strukturpolitik konsequent in dem schwächsten Teilraum des Landes fort.

Bei der konkreten Eingrenzung des Planungsraumes folgten die Initiatoren eher pragmatisch den Autobahnen A2 im Norden und A40 im Süden, dem Rhein bis zur Emschermündung im Westen und der A1 im Osten. Das so abgegrenzte Areal umfaßt mehr als 800 km² auf denen etwa 2 Millionen Menschen leben. Der IBA-Raum liegt damit quer zu allen herkömmlichen Planungsgrenzen. Er überschnei-

[103] IBA 1995b, S.1

[104] Kreibich/Schmid/Siebel 1994, S.13

[105] vgl. Kapitel 3.3. Planungspolitische Regulation im Ruhrgebiet S.38

det das Gebiet von 17 Städten, die zu den Regierungsbezirken Düsseldorf, Münster und Arnsberg gehören. Auch die ZIN-Regionen[106] Niederrhein, Mühlheim/ Essen/ Oberhausen, Emscher-Lippe, Mittleres Ruhrgebiet/ Bochum und Dortmund/ Unna/ Hamm gehören nur mit einem Ausschnitt ihrer Flächen zum IBA-

Karte 3: Regionsabgrenzung in der regionalisierten Strukturpolitik und der IBA[107]

Raum.

[106] Zur Abgrenzung der Regionen vgl. MWMT 1992a, Anlage 3

[107] Quelle: MWMT 1992 und eigene Eintragungen

Die Planungsvertreter der betroffenen Emscherstädte, der Regierungspräsidien, des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR), des Städtetages NW, des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) waren an der Erarbeitung des IBA-Memorandums in einem gemeinsamen Arbeitskreis beteiligt. An den weiteren Arbeitskreisen "Architektur und Planung" und "Wirtschaft" nahmen Vertreter der Architektenverbände und der Kammern teil. Daneben wurden Gespräche mit Vertretern der großen Unternehmen und Gewerkschaften geführt[108]. Damit hat die IBA bereits im Vorfeld einen Austausch zwischen den Planungsinstanzen und regionalen Akteuren initiiert und sich ein politisches Eigengewicht in der Region verschafft.

Thematisch erweitert die IBA das Spektrum bisheriger Bauausstellungen ganz erheblich indem sie die ökologische und ökonomische Erneuerung einer ganzen Region thematisiert. Vor allem die negativen Umwelt- und Lebensqualitäten in Folge der rücksichtslosen Industriealisierung der Region werden als die eigentlichen Standortnachteile beschrieben, die es zu beseitigen gilt[109]. Demgegenüber werden die "harten" Standortfaktoren als solide bezeichnet. Genannt werden

- das dichte Netz der Autobahnen, Eisenbahnen und Wasserstraßen
- das große Angebot qualifizierter Arbeitskräfte
- das räumlich konzentrierte Nachfragepotential und die Lage im europäischen Markt
- das Potential an gewerblich nutzbaren Flächen
- die Bildungs- und Forschungsinfrastruktur[110]

Aus dieser Argumentation heraus wird die Verbesserung der "weichen" Standortfaktoren in den Mittelpunkt der regionalen Erneuerungsstrategie gestellt, wenn es heißt: "Bei dieser Ausgangssituation sind der Internationalen Bauausstellung Emscher Park strukturpolitische Ziele vorangestellt, die die `weichen Standortfaktoren' thematisieren:

---

108 vgl Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr o.A., S.66

109 vgl. Ganser/Kupchevsky 1991, S.1220

110 vgl. Ganser/Kupchevsky 1991 und IBA o.A., S.8

- mehr Arbeitsplätze im kleinen und mittelbetrieblichen Bereich, Verstärkung des tertiären Sektors,
- technologische, soziale und organisatorische Innovationen in der Umwelttechnik
- Förderung ökologischer Produkte und ökologischer Produktionsverfahren, vor allem im Bereich des ökologischen Planens und Bauens,
- Sicherung der verbliebenen Reste an Freiraum, Rückbau von ökologischen Belastungen in der Landschaft
- Verbindung der Freiräume und kleinräumige Vernetzung von Landschaftsstellen, visuelle und ästhetische Anreicherung."[111]

Damit integriert die IBA strukturpolitische Ziele des Landes und unterstützt sie im Bereich "weicher" Standortfaktoren. Neben dieser thematischen Erweiterung der Strukturpolitik sind die interessanten planerischen Innovationen der IBA aber in der Organisation und Veränderung der politischen Regulationsweise zu sehen.

Die Organisation der IBA

Organisatorischer Kern der Bauausstellung ist die Planungsgesellschaft in Form einer GmbH mit Sitz in Gelsenkirchen. Sie beschäftigt nur etwa 25 fest angestellte Personen. Dazu gehören die Geschäftsführung, Bereichsleiter und deren Mitarbeiter, die für die gesamte Organisation und Aushandlung der Modalitäten der Bauausstellung zuständig sind. Zu den Mitarbeitern der Planungsgesellschaft kommen noch 5 IBA-Direktoren in Teilzeittätigkeit, die durch wissenschaftliche Beratung "theoretische und praktische Impulse"[112] geben sollen.

Der überwiegende Teil der Aufgaben der Gelsenkirchener Zentrale bezieht sich auf die Öffentlichkeitsarbeit der IBA. Das heißt die Organisation einer Diskussionsplattform und Mobilisierung externen Sachverstands für die Region durch Seminare, Ausstellungen, Symposien, Expertenanhörungen, Wettbewerbe und Veröffentlichungen.

---

[111] Ganser/Kupchevsky 1991, S.1221

[112] Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr o.A., S.62

Im Frühjahr 1989 hat die Planungsgesellschaft in der Emscherregion zur Einreichung von Projektvorschlägen aufgerufen. Angesprochen waren Kommunen, Unternehmen, Bau- und Entwicklungsgesellschaften, bürgerschaftliche Initiativen, Vereine und Genossenschaften, die einzeln oder in Arbeitsgemeinschaften zu Projektträgern der IBA wurden. Von über 400 eingereichten Vorschlägen wurden 92 zur Realisierung ausgesucht, darunter nur 2 bürgerschaftliche Einreichungen. Die Projektträger sind die maßgeblichen Akteure, die neben dem Lenkungsausschuß Ziele und Inhalte der Projekte bestimmen. Sie sind verantwortlich für die Durchführung der Projekte vor Ort, also für die Planung und Finanzierung[113] .

Der Lenkungsausschuß unter Vorsitz des Ministers für Bauen und Wohnen setzt sich aus Vertretern der Landesressorts, der Mitgliedsstädte, der Tarifvertragsparteien, der Naturschutz-, Planer und Architektenverbände zusammen. Er beschließt über Inhalte der IBA und die Aufnahme von Projekten[114].

Das Kuratorium ist ein Förderkreis aus 38 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die die Anliegen der IBA in ihren Arbeitsbereichen repräsentieren und fördern sollen.

Der Aufsichtsrat unter Vorsitz des Staatssekretärs des Ministeriums für Bauen und Wohnen hat Kontrollfunktionen gegenüber den anderen Gremien.

Die Strategie der IBA

Für die Finanzierung der IBA stehen keine eigenen Fördermittel zur Verfügung, sondern die Projekte werden aus den bestehenden Töpfen des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union finanziert. Insgesamt fließen Fördermittel aus 36 Programmen von der klassischen Wirtschafts-, Wohnungsbauförderung und Stadterneuerungsprogrammen bis zu Qualifizierungsmaßnahmen, dem Ökologieprogramm Emscher Lippe und dem Handlungsrahmen für Kohlegebiete. Durch das IBA-Siegel genießen die Projekte aber Priorität. Für die Durchführung von Wettbewerben, die Organisation und Präsentation stehen Zuwendungen des Lan-

[113] bzw. Beantragung von Fördermitteln

[114] In IBA 1995a sind die Gremien und ihre Mitglieder genannt

des in begrenzter Höhe zur Verfügung. Dieses Förderprinzip soll die Realisierung zusätzlicher Qualitätsansprüche ermöglichen. Gleichzeitig entsteht durch die Orientierung an den alten Fördertatbeständen eine Fixierung der IBA auf traditionelle Inhalte und Akteure.

Als generelles Ziel der Bauausstellung ist in der Einführung zum Memorandum formuliert: "Die Internationale Bauausstellung Emscher-Park soll konzeptionell, praktisch, politisch, finanziell und organisatorisch dem ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbau des Emscherraumes zukunftsweisende Impulse geben"[115]. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit technologischen Entwicklungen, einer fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung, künftige Infrastrukturansprüche und die staatliche Steuerungsfähigkeit bezüglich Entscheidungen der Wirtschaft sollen dabei besondere Berücksichtigung finden[116]. Die inhaltlichen Schwerpunkte, der durch die IBA angeregten Diskussion kommen in den Themen, der für den IBA-Kongreß "Strategien für alte Industrieregionen" eingerichteten Arbeitsgruppen

- "Perspektiven der städtischen Lebensformen"
- "ökologische Strategien für den ökonomischen Strukturwandel" und
- "Herausforderungen der politisch-administrativen Strukturen"[117]

zum Ausdruck.

Die regionalwissenschaftlichen Ansätze auf die sich die IBA bezieht hat W. Siebel am 21. Juni 1991 auf dem erwähnten Kongreß in Essen vorgestellt[118]. Im Mittelpunkt steht dabei das Konzept "regionaler Produktionsmilieus"[119]. In dieser Theorie spielt das gesellschaftliche und institutionelle Umfeld eine grundlegende Rolle für die Erklärung von Innovationsprozessen und damit für regional unterschiedliches Wachstum. Die Qualität der Unternehmensbeziehungen ist in dieser Betrachtung eine bedeutende Größe. Je stärker der regionsinterne Verflechtungszusammenhang und je geringer die externe hierarchische Abhängigkeit, desto größer die Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit an sich schnell verändernde inter-

115 Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr o.A., S.7

116 Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr o.A., S.33

117 IBA 1991a, S.3

118 vgl. IBA 1991a

119 vgl. dazu Aydalot/ Keeble (Hg): (1988) High Technology Industry and Innovative Environments: the European Experience; London

nationale Märkte. Bedeutend für die Konstitution eines regionalen Milieus ist die spezifische Konstellation ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Akteure und deren Interaktionsformen. Mit Bezug auf diesen theoretischen Ansatz haben sich verschiedene Prinzipien einer Planungsstrategie der IBA herausgebildet. Ein geschlossenes Modell existiert hingegen bisher nicht[120]. Sondern es ist gerade die Absicht auf der Basis eines regionalen Diskurses eine Suchstrategie zu entwickeln.

Die Mobilisierung endogener Potentiale und Akteure wird als Ansatz gekennzeichnet, der sich von einer umverteilenden Regionalpolitik absetzt[121], indem primär Prozesse und Verfahren erprobt bzw. organisiert werden, die geeignet sind, neue Ideen, Ziele und Leitbilder in die bestehenden institutionellen Strukturen zu vermitteln. Kooperative Verfahren und die Koordination und Vernetzung der Akteure werden angestrebt.

Im ersten Schritt wurden mit dem Projektaufruf der Planungsgesellschaft die verschiedenen regionalen Akteure zu Planungsträgern der IBA. Mit der Einrichtung gemeinsamer Lenkungsgruppen in den meisten Projekten wird ein horizontaler und vertikaler Austausch zwischen den beteiligten Akteuren organisiert. Neben den Projektträgern sind hier zumeist ein Vertreter der LEG und ein Mitarbeiter der IBA beteiligt[122].

Den widersprüchlichen Kern dieser Strategie, im Rahmen traditioneller Institutionen einen Erneuerungsprozeß organisieren zu wollen, spitzt Siebel auf die Frage zu: "Wie organisiert man Innovationen in nichtinnovativen Milieus?"[123]. Er weist zu recht auf die notwendige Einsicht der Akteure in die Krise und die Langfristigkeit einer so angelegten Erneuerungsstrategie hin. Ein quasi "optimales Problemniveau"[124] sei notwendig, um eine Erneuerungsstrategie ohne kurzfristige Erfolgszwänge zu ermöglichen.

---

[120] Zur Planungsstrategie der IBA vgl. auch Ganser/Siebel/Sieverts 1993

[121] vgl. IBA 1991a

[122] Das Steuerungsprinzip der IBA ist bei Kilper/Latniak/Rehfeld 1994, S.149 genauer beschrieben als "horizontale Selbstkoordination 'von unten'"

[123] Häußermann/Siebel 1994, S.52

[124] Häußermann/Siebel 1994

Wichtigstes Prinzip der IBA Emscher-Park ist die Verknüpfung der dezentralen Projektsteuerung mit der zentralen Regulierung der Handlungsfelder über die Formulierung von Leitthemen und die Selektion der Projekte durch den Lenkungsausschuß.

Folgende fünf Leitthemen sind von der IBA als zentrale Handlungsfelder formuliert worden:

1. Wiederaufbau von Landschaft mit dem "Emscher-Landschaftspark" (25 Projekte)
2. "Ökologischer Umbau des Emschersystems" (10 Projekte)
3. Erhaltung von Industriedenkmälern durch die "neue Nutzung industrieller Bauten" (27 Baudenkmäler in 7 Projekten)
4. Die Entwicklung von Industriebrachen zu attraktiven Standorten unter dem Thema "Arbeiten im Park" (23 Projekte)
5. "Wohnen und integrierte Stadtteilentwicklung" (26 Projekte)

Die inzwischen 92 IBA-Projekte[125] sind je nach inhaltlichem Schwerpunkt einem dieser fünf Leitthemen zugeordnet[126].

Ein weiteres grundlegendes Prinzip der IBA ist die Integration von Politikfeldern und Zielen in den konkreten Projekten, während die zentral formulierten Leitthemen und Prinzipien zunächst nur den Charakter einer mehr oder weniger verbindlichen Perspektive haben.

Es werden städtebauliche, kulturelle, wohnungs-, umwelt-, struktur-, arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Ziele thematisiert. Die Integration der Handlungsfelder, insbesondere der Kultur- und Wirtschaftspolitik, hat in einigen Fällen eine Öffnung wirtschaftspolitischer Mittel für neue Ziele möglich gemacht. So wurde beispielsweise die Ausstellung "Feuer und Flamme", für die der Gasometer in

[125] in der oben angeführten Liste sind erst 91 Projekte enthalten

[126] Vormals 7 Leitprojekte: Im Memorandum waren ursprünglich noch der Umbau des Rhein-Herne Kanals zum Erlebnisraum und neue Angebote für soziale, kulturelle und sportliche Tätigkeiten genannt.

Oberhausen umgebaut wurde, mit Mitteln aus dem Wirtschaftsministerium finanziert[127].

Die an Einzelprojekten entwickelten Standards und Qualitätsziele sollen in mehreren Schritten operationalisiert werden. Auf der Projektebene werden mit den Trägern Qualitätsvereinbarungen ausgehandelt. Die Diskussionsergebnisse auf der Ebene der IBA-Gesellschaft werden in Positionspapieren niedergelegt. Bisher sind Positionspapiere zu den Themen

- Wettbewerbsverfahren
- ökologisches Bauen
- Baukultur und Kunst
- Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur
- neue Natur auf Industrieflächen
- Beschäftigung und Qualifizierung
- IBA und Frauen

erschienen.

Eine weitere Verbreitung der IBA-Qualitätsstandards in der Region, so die Erwartung, findet durch die "Überzeugungskraft der positiven Lösungen" statt. Die Aufnahme ihrer Qualitätsstandards in verbindliche Programme und Pläne über die zuständigen Institutionen ist dabei durchaus intendiert. Ein Beispiel dafür ist das Leitprojekt "Emscher-Landschaftspark", dessen Ziele über interkommunal abgestimmte Rahmenpläne inzwischen in die Fortschreibung der Gebietsentwicklungspläne einfließen[128].

[127] Expertengespräch vom 21.02.96 mit dem Lenkungsausschußmitglied und Gruppenleiter 21 des MWMTV

[128] vgl. Ganser/Siebel/Sieverts 1993, S.117

4.2 Das Leitprojekt "Arbeiten im Park" als Handlungsfeld der IBA

Als eines von fünf Leitthemen ist "Arbeiten im Park" in das Handlungskonzept und die Organisation der IBA eingebunden. Sein Ursprung ist aber in dem gleichnamigen Konzept der LEG von 1987 zu suchen.

Im Themenheft[129] werden die inhaltlichen Grundzüge, wie sie von der LEG übernommen wurden, beschrieben[130]. Die dort formulierten Ziele des Leitprojektes beziehen sich im wesentlichen auf die Entwicklung eines besonderen Angebotes infrastruktureller Qualitäten der Standorte mit dem Ziel der Ansiedlung sowohl regional als auch international operierender Unternehmen. Genannt werden landschaftliche, städtebauliche und architektonische Qualitäten, ein Angebot von Wohnungen, sozialer Infrastruktur und ökologischer Erschließungssysteme.

Mit der Übernahme des "Arbeiten im Park"-Konzeptes hat die IBA Emscher-Park sich ganz neue Aufgaben jenseits der traditionellen Handlungsfelder früherer Bauausstellungen zu eigen gemacht. Dabei ist es auch innerhalb der IBA umstritten, wie weit ihr Auftrag zur Erneuerung der Region ausgelegt werden kann. In einem Expertengespräch wurde insbesondere mit Blick auf dieses Leitprojekt die Frage formuliert: "Ist die IBA Emscher-Park ein Instrument zur Vermarktung und zur tatsächlichen Wirtschaftsförderung, oder sind wir nicht eher ein Planungsinstrument wie die klassischen Bauausstellungen?"[131]

Nimmt man die grundlegende Zielsetzung der IBA, eine Strategie zur ökologischen, ökonomischen und sozialen Erneuerung des Ruhrgebietes zu entwickeln ernst, dann ist zu erwarten, daß das Leitprojekt "Arbeiten im Park" ein zentrales Handlungsfeld darstellt. In der Förderung alternativer Unternehmensstrukturen ist die Integration dieser Politikfelder in exemplarischer Weise möglich.

Tatsächlich wird das Leitprojekt in der IBA auch in seiner Bedeutung als strukturpolitisches Instrument zur Förderung einer neuen Wirtschaftsstruktur diskutiert.

---

[129] vgl. IBA 1994a

[130] Expertengespräch vom 16.10.95 mit einem Mitarbeiter der LEG

[131] Expertengespräch vom 8.12.95 mit dem zuständigen Bereichsleiter für das Leitprojekt "Arbeiten im Park"

Im Memorandum wird mit dem Leitprojekt bereits das Ziel einer "diversifizierten Produktions- und Unternehmensstruktur"[132] in Verbindung gebracht. Und im Lenkungsausschuß heißt es: "Mit den Projekten `Arbeiten im Park` sollen nicht nur Standorte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen hoher Qualität geschaffen werden. Darüber hinaus sollen Wirtschafts- und Unternehmensstrukturen gefördert werden, die in ihrer ökologisch orientierten Ausgestaltung von Produkten und Produktionsverfahren vorbildlich sind"[133]. Und zum "Zielbereich Gewerbe" wird formuliert: "Die Bauausstellung will den wirtschaftlichen Strukturwandel, die notwendigen Veränderungen der Produktions- und Produktentwicklung, durch ökologische Konzepte und Projekte im Bereich von Industrie und Gewerbe flankieren". Als Begründung wird angeführt: "Regionalwirtschaftlich ist die Entfaltung dieses Bereiches (des vorsorgenden Umweltschutzes, Anm. d. Verf.) eine zukunftsweisende Komponente, da die Entwicklung moderner Technik mit der Anwendung im eigenen Raum Exportmöglichkeiten und Marktvorteile für die Unternehmen dieses Raumes bietet"[134].

Mit dem Leitprojekt "Arbeiten im Park" mischt sich die IBA Emscher-Park somit in Aufgaben der Gewerbestandortentwicklung, der Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik ein. Eine Vielzahl zukunftsfähiger Innovationen soll in dem dezentralen Ansatz gefördert werden. Die Verbesserung betrieblicher Entwicklungsbedingungen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, werden hier angestrebt.

Traditionellen Konzepten der Akquisition externer Großinvestitionen stellt die IBA eine Summierung vieler, auf lokalen Potentialen basierender Projekte, in einer Entwicklungsstrategie entgegen. In diesem Ansatz soll die Spezialisierung der einzelnen Standorte in die Diversifizierung der Region münden[135].

Die IBA fordert die Projektträger dementsprechend zur Formulierung spezifischer Themenschwerpunkte auf. Gründer- und Technologiezentren, sowie staatliche

---

[132] Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr o.A., S.47

[133] IBA 1990b

[134] IBA 1990b, S.6

[135] inhaltlich dem Expertengespräch vom 8.12.95 mit dem zuständigen Bereichsleiter der IBA für das Leitprojekt "Arbeiten im Park" entnommen. Wörtlich: "Die regionale Diversifizierung besteht darin, daß sich die Städte spezialisieren"

Einrichtungen, sollen als strukturpolitische Kerne die Implementierung unterstützen[136].

Die IBA verbindet mit diesem Anspruch die flächenbezogene Standortentwicklung des LEG-Konzeptes mit Zielen der regionalen Strukturpolitik. Sie will als Instanz des regionalen Ausgleichs, gegen eine Verschärfung interlokaler Konkurrenz antreten[137].

Das mit dem "Arbeiten im Park"-Konzept verbundene Prinzip der Wiedernutzung von Brachflächen will die IBA zum allgemeingültigen Prinzip der Flächeninanspruchnahme für Industrie- und Gewerbezwecke in der Region erweitern[138].

---

136 vgl.Ganser/Siebel/Sieverts 1993, S.117 und Ganser/Kupchevsky 1991

137 Expertengespräch vom 8.12.95 mit dem zuständigen Bereichsleiter der IBA für das Leitprojekt "Arbeiten im Park"

138 vgl. Ganser/Siebel/Sieverts 1993, S.117

5. Erfahrungen mit der Implementierung von Gewerbestandorten: Fallstudien aus dem Leitprojekt "Arbeiten im Park"

Die folgenden Darstellungen der Fallstudien basieren auf Experteninterviews mit den jeweiligen Projektträgern und weiteren Experten aus dem politischen Umfeld. Die Quellen sind daher nicht einzeln ausgewiesen, sondern die Gesprächspartner sind im Quellenverzeichnis aufgeführt.

5.1 Zentrum für biologisches und ökologisches Planen und Bauen, Öko-Zentrum NRW

Auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Sachsen in Hamm-Heessen entsteht das Zentrum für biologisches und ökologisches Planen und Bauen Nordrhein-Westfalen, Öko-Zentrum NRW, mit Gewerbepark. Von dem 50 Hektar umfassenden Gelände der ehemaligen Zeche sollen 17 Hektar für Unternehmen aus dem Gewerbe-, Handwerks- und Dienstleistungsbereich zur Verfügung stehen.

Der Standort soll ein nutzungsbezogenes Profil erhalten, indem ausschließlich Betriebe aus dem Baubereich angesiedelt werden deren Produkte, Angebote und Gebäude ökologischen Grundsätzen entsprechen. In einem denkmalgerecht wiederhergestellten Fachwerkgebäude befindet sich die Verwaltung des Öko-Zentrums NRW, dessen Ziel die Verbreitung des Wissens und der Prinzipien des ökologischen Planens und Bauens in der Region ist.

5.1.1 Entstehungszusammenhang und Akteurskonstellation

Nach 64-jährigem Betrieb wurde 1976 die Kohleförderung auf Zeche Sachsen eingestellt. Mit der Schließung mußten 2.100 Beschäftigte ihre Zeche verlassen, die zeitweise für 3.500 Menschen Arbeit bot. Nach der Stillegung folgten der Abbruch der Betriebsgebäude mit Ausnahme der Maschinenhalle und das Brachfallen des Geländes.

1980 wurde das mit Altlasten belastete Areal durch die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) mit Mitteln des Grundstücksfonds Ruhr von der Ruhrkohle AG erworben. Nachdem verschiedene Ideen, wie die eines Vergnügungszentrums mit Discothek, verworfen wurden, faßte der Rat der Stadt 1988 den Beschluß zur Errichtung eines Zentrums für biologisches und ökologisches Planen und Bauen. Als das Projekt 1991 in die IBA aufgenommen wurde, konnten bereits die Freiflächen- und Erschließungsmaßnahmen begonnen werden. Mit der Vermarktung der Gewerbeflächen und dem Bau erster Objekte wurde 1993 begonnen. Noch im selben Jahr wurde das Öko-Zentrum NRW eröffnet und die erste Messe unter dem Titel "Solar `93" zum Thema "Nutzung von Sonnenenergie" durchgeführt.

Das Öko-Zentrum NRW ist ein Gemeinschaftswerk des Landes NRW und der Stadt Hamm. Ausgehend von einem Ideenwettbewerb, durchgeführt vom damaligen Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr zum Thema "ökologisches Bauen", entstand die Idee für ein Öko-Zentrum. Das Projekt war zunächst als eine Anlaufstelle für Fragen des ökologischen Bauens in der Region gedacht.

An dem Entwurf für das Gewerbegebiet waren der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) und die LEG als Flächenentwickler beteiligt. Die Vermarktung wird durch die Verwaltung des Öko-Zentrums im Auftrag der LEG und in Abstimmung mit der Stadt durchgeführt. In der eigens als GmbH & Co.KG gegründeten Betreibergesellschaft sind öffentliche wie private Träger und ortsansässige Unternehmen eingebunden. Für die Geschäftsführung ist die Verwaltungs-GmbH verantwortlich, die sich ausschließlich aus öffentlich-rechtlichen Körperschaften zusammensetzt: Hauptgesellschafter mit je 20% sind das Land NRW, vertreten durch die LEG, die Stadt Hamm und der KVR. Hinzu kommen fachliche Einrichtungen aus dem Bauwesen, die als Multiplikatoren Kontakte in Fachkreise und an beteiligte Unternehmen vermitteln: nämlich die Architektenkammer NW, das Ausbildungszentrum der nordrhein-westfälischen Bauindustrie, die Kreishandwerkerschaft Hamm, die Handwerkskammer Dortmund und die Europäische Akademie für

Denkmalpflege (Schloß Raesfeld). Durch die rechtliche Einbindung von Unternehmen als Kommanditisten soll einerseits Neutralität bzw. produktunabhängiges Handeln der Geschäftsführung und andererseits der regelmäßige Austausch zwischen den Beteiligten gewährleistet werden. Als Kommanditisten sind zur Zeit 11 Unternehmen und Verbände in der Gesellschaft vertreten. Darunter befinden sich bereits ansässige und zukünftige Unternehmen des Gewerbeparks, regional tätige Verbände und ortsansässige Kreditinstitute, die Stadtwerke Hamm und der UVP-Förderverein.

5.1.2 Zielsetzung und IBA-Projektantrag

Im Antrag[139] zur Aufnahme des Projektes in die IBA wird auf das Erfahrungs- bzw. Orientierungs- und Informationsdefizit im Bereich des ökologischen Planens und Bauens abgestellt. Dieses Defizit wurde bei der Durchführung von Wettbewerben in den Entwürfen und bei den Preisgerichten in der Beurteilung von Vorschlägen offenkundig. Aber auch auf die Unsicherheiten bei Bauherren, Genehmigungsbehörden und Normungsinstituten wird hingewiesen. Insofern besteht ein "existentielles Interesse der IBA Emscher-Park, daß in ihrer Region und dienlich für ihre Sachfragen eine Organisation geschaffen wird, die das vorhandene Wissen zum ökologischen Planen und Bauen bereithält, Innovationstransfer und Fortbildung organisiert, zum ökologischen Planen und Bauen motiviert und befähigt und nicht zuletzt zu Wertfragen und Bewertungen ein kompetentes Urteil abgibt"[140].

Das Projekt mit seinen Zielsetzungen zur Informationsbewertung und Vermittlung, der Durchführung von Messen zur Schaffung einer Marktübersicht, der Einrichtung eines Öko-Baumarktes und Errichtung eines Gründerzentrums für Handwerksbetriebe wird 1991 durch Beschluß des Lenkungsausschußes in die IBA aufgenommen.

139 vgl. IBA 1991

140 IBA 1991

5.1.3 Aspekte der Implementierung

Organisatorischer Kern des Projektes ist die Betreibergesellschaft des Öko-Zentrums NRW. Die Mitarbeiter sind mit der Öffentlichkeitsarbeit, der Flächenvermarktung und Koordinierung aller mit dem Projekt verbundenen Aktivitäten betraut.

Während die baulichen Maßnahmen zur Herrichtung der Gebäude und der Infrastruktur durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie gefördert werden, soll sich die Betreibergesellschaft nach einer Anlauffinanzierung aus den jährlichen Beiträgen der Unternehmen des Gewerbeparks und Erträgen aus Dienstleistungen selbst tragen.

Das Dienstleistungsangebot der Betreibergesellschaft

Die Betreibergesellschaft bietet eine breite Palette von Serviceleistungen. Hierzu gehört die Durchführung von *Messen*, Tagungen und Ausstellungen zu den Themen Baustoffe, Energie und Umwelt. So hatte die mittlerweile bundesweit größte Spezialmesse für erneuerbare Energien, die "renergie", im Juni 1995 bereits 7.000 Besucher.

Um das Potential im Markt des ökologischen Bauens abschätzen zu können, wurde vom Öko-Zentrum eine *Marktstudie* in Auftrag gegeben. Die im Januar 1995 veröffentlichte Studie prognostiziert positive Aussichten mit jährlichen Wachstumsraten von ca. 25% bis zum Jahr 2000.

Darüber hinaus gehört die *Vermietung von Seminar- und Vortragsräumen* genauso wie die *Beratung* der Unternehmen in den Fragen des ökologischen Bauens zum Angebot. So wird z.B. eine Datenbank zu Referenzobjekten des ökologischen Bauens mit entsprechenden Projektdokumentationen aufgebaut.

Die *Fort- und Weiterbildung* ist ein weiteres Angebot für Handwerker, Architekten und andere Baufachleute, das mittels Seminaren und Projektklausuren in den Lehrwerkstätten und an Demonstrationsobjekten durchgeführt werden. Auf dem Gelände können eine Pflanzenkläranlage, ein Blockheizkraftwerk, die Regenwasser-, Sonnenenergie- und die Windkraftnutzung an Beispielobjekten besichtigt werden. Die Anlagen dienen natürlich nicht allein als Demonstrationsobjekte, sondern es entspricht dem integrierten Ansatz des Projektes, daß die Anlagen zur Versorgung beitragen.

Gestaltungshandbuch

Um die Grundsätze des Projektkonzeptes an die Investoren zu vermitteln, wurde ein Gestaltungshandbuch verabschiedet, in dem die Nutzung regenerativer Energien, die Regenwassernutzung und die Einhaltung von Mindeststandards beim Energieverbrauch nach den Grundsätzen des Positionspapiers "ökologisches Bauen" der IBA empfohlen wird. Das Handbuch enthält umfassende Regelungen vom Ausschluß bedenklicher Baustoffe bis zur Freiflächengestaltung und Abfallentsorgung.

Gründerzentrum

Ein Projektbestandteil der ersten Stunde ist das Gründerzentrum für Handwerksbetriebe. Es bietet günstige Räume und Dienstleistungen für Handwerker aus der Region an. In diesem Bereich ist die Nachfrage allerdings geringer ausgefallen als erwartet. Hinzu kamen Verzögerungen bei der Bauausführung, so daß diese Einrichtung erst 1997 fertiggestellt wird.

Akquisitionsverhalten

Obwohl mit dem Konzept des Gewerbeparks gezielt Unternehmen der Baubranche angesprochen wurden, ist "ein konkretes strukturpolitisches Profil ... nicht vorherbestimmbar"[141]. Dies wird am Beispiel eines Herstellers für Naturkostprodukte deutlich, der schon seit mehreren Jahren das Messerestaurant betreibt und sich demnächst in dem Gebiet niederläßt. Eine sinnvolle Verknüpfung mit dem Gewerbeparkkonzept wurde allerdings über eine geplante Biogasanlage hergestellt, in der zukünftig die Produktionsabfälle bei der Energieversorgung des Gebietes verarbeitet werden.

Die konsequente Einhaltung des ökologischen Leitgedankens ist nach Aussage der Betreibergesellschaft für das Projekt von großer Bedeutung. Die Aushandlung mit ansiedlungswilligen Unternehmen findet als Einzelfallprüfung statt. Dabei ist es

141 Expertengespräch vom 24.11.95 mit dem Vertreter der Betreibergesellschaft des Öko-Zentrums

nicht notwendig, daß es sich um ökologische "Musterunternehmen" handelt. Es kommt vielmehr auf die "Absicht und Fähigkeit"[142] des Unternehmens an, sich mit seinen Produkten und Angeboten in das Standortkonzept integrieren zu können. Die Überlegung, ob ein Unternehmen in die vorhandene Struktur paßt und Interesse an den Weiterbildungs- und Transferangeboten oder ein Kooperationsinteresse mit anderen Unternehmen besteht, spielt für die Ansiedlungsentscheidung eher eine Rolle.

Um die Struktur des Standortes zu entwickeln, ist die Betreibergesellschaft auch immer wieder gezielt auf Unternehmen zugegangen. So gehörte es zum Ursprungskonzept, einen ökologischen Baumarkt quasi als Keimzelle im Gewerbepark anzusiedeln. Bei den noch laufenden Ansiedlungsverhandlungen steht die Gestaltung der Produktpalette des Baumarktes im Mittelpunkt. Dies ist notwendig um die Glaubwürdigkeit des Konzeptes zu sichern, das davon lebt, daß Kunden sich auf die ökologische Unbedenklichkeit der Produkte des Standortes verlassen können.

Lenkungsgruppe

Über die Fragen des Projektes und der Ansiedlung entscheidet ein Arbeitskreis ähnlich der Lenkungsgruppe im Projekt Holland. Beteiligt sind Vertreter des Öko-Zentrums NRW, der Stadt und der Landesentwicklungsgesellschaft. Die IBA Emscher-Park ist in diesem Gremium zwar durch einen Mitarbeiter vertreten, wird aber nicht an allen Entscheidungsprozessen beteiligt.

Sachverständigenrat

Das Projekt wird durch einen Sachverständigenrat begleitet, der unter Vorsitz der Regierungspräsidentin[143] die Einhaltung ökologischer Standards kontrolliert und einen jährlichen Bericht zur Entwicklung des Projektes und des ökologischen Planens und Bauens verfaßt. Weitere Mitglieder sind Vertreter verschiedener Universitäten, der Bauindustrie, der IBA, des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie und ein Architekt.

---

[142] Expertengespräch vom 24.11.95 mit dem Vertreter der Betreibergesellschaft des Öko-Zentrums

[143] Arnsberg

5.1.4 Die Unternehmen im Projekt

Anfang 1996 läuft zunächst nur die Produktion der Firma *Heckmann*, Tochter eines Tiefbauunternehmens mit 170-jähriger Tradition in Hamm. Aufgrund der schlechten Zukunftsaussichten im Tiefbaugeschäft wollte sich das Unternehmen in den Markt für ökologische Fertighäuser diversifizieren. Der Kontakt zum Öko-Zentrum war naheliegend. Die angestrebte Kooperation mit 2 Zimmereiwerkstätten konnte im Gewerbepark realisiert werden. Der Werksneubau erlaubt einen integrierten Produktionsprozeß vom CAD bis zur Ausführung.

Weitere Kooperationen mit einem Dämmstoffhersteller und einem Ingenieurbüro für Recyklingtechnik und Statik haben sich über das Projekt ergeben.

Kurz vor der Fertigstellung steht der Produktionsbetrieb für Naturkostprodukte der Firma *Raffenberg NaturFood*. Die Ansiedlung der bereits erwähnten Ingenieurgesellschaft für Recykling, eines Architektur-, eines Vermarktungsbüros für Wohnhäuser und eines Immobilienbüros für Gewerbebau sollen demnächst folgen.

5.1.5 Zusammenfassung und Kritik

Das Projekt Öko-Zentrum in Hamm ist das wohl engagierteste Projekt im Rahmen des Leitthemas "Arbeiten im Park". Der Ansatz integriert nicht nur regionale und kommunale, sowie ökonomische und ökologische Zielsetzungen. Er ist v.a. exemplarisch für die Realisierung ökologischer Qualitäten als "weiche" Standortfaktoren und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verbreitung des ökologischen Bauens in der Region und zur Frage der Vermittlung ökologischer Prinzipien in den Gewerbebau.

Wesentlich für die Konzeption eines derart anspruchsvollen Projektes erscheint mir die Bündelung regionaler und lokaler Akteure in deren gemeinsamen Interesse zur Realisierung eines Leitbildes. Dazu trägt bereits die institutionelle Struktur und die Bildung von Arbeitsgruppen, wie der Lenkungsgruppe und dem Sachverständigenrat bei. Die spezifische Aufgabenteilung in Projektsteuerung, durch die Lenkungsgruppe und Geschäftsführung, und Erfolgskontrolle, durch einen Sachverständigenrat unter Beteiligung gesellschaftlicher und fachlicher Kompetenzen aus der Region, trägt sicher zu der konsequenten Einhaltung der Ziele des Projektes bei. Es ist das einzige der untersuchten Projekte, dessen Zieleinhaltung in einem jährlichen Bericht dokumentiert und öffentlich gemacht wird. Die in Form einer Public-private-partnership (PPP) organisierte Betreibergesellschaft kann durch ihre Rechtsform eine unternehmensunabhängige Geschäftsführung gewährleisten und so einer Verschiebung der Ziele in Richtung ökonomischer Verwertungsinteressen vorbeugen.

Der Beitritt des Projektes zur IBA bot sich schon aufgrund der thematischen Überschneidungen an. Zwar war das Projekt bereits bis zu den Erschließungsmaßnahmen fortgeschritten, an der Diskussion architektonischer und bauökologischer Fragen bei der Gestaltung einzelner Bauvorhaben in den Lenkungsgruppen-Sitzungen war die IBA aber beteiligt. Auch das Gestaltungshandbuch wurde unter Beteiligung der IBA erarbeitet und schließlich Qualitätsvereinbarungen abgeschlossen. Sicher wurde das Interesse am Thema des ökologischen Bauens in der Region durch die IBA gefördert und so zu einer breiteren öffentlichen Wahrnehmung des Projektes beigetragen.

Modellhaft für die Umsetzung ökologischer Qualitäten als "weiche" Standortfaktoren ist das Projekt insofern, als bauökologische Standards im Gewerbebau realisiert werden. Auch die ersten fertiggestellten Gewerbeobjekte sprechen für eine konsequente Einhaltung der Kriterien. Man geht mit dem Projekt aber weit über bauökologische Fragen hinaus. Mit der Realisierung seines ökologischen Gesamtkonzeptes der Ver- und Entsorgung ist das Projekt beispielhaft im Bereich der Gewerbeplanung. Ein Beispiel für eine sinnvolle Verknüpfung des gebietsbezogenen Ver- und Entsorgungskonzeptes mit dem Produktionsprozeß ist die Biogasanlage in der Lebensmittelabfälle des Naturkostherstellers verwertet werden sollen.

Bemerkenswert ist die Verknüpfung der Akquisition des Gewerbegebietes mit dem Konzept des Öko-Zentrums NRW. Die Netzwerkbildung, die Schaffung einer Marktübersicht und die Bewertung von Produkten und Verfahren gleichen Informationsdefizite bei Anbietern und Nachfragern aus und erweitern den Markt ökologischer Produkte. Damit ist es das einzige Projekt, dem es zu gelingen scheint, jenseits der Förderprogramme Einfluß auf Produkte und Verfahren zu nehmen, die am Standort realisiert werden. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Es kann nicht darum gehen, notwendige staatliche Marktsicherungspolitik durch lokale oder regionale Strategien zu ersetzen. Das Projekt beweist aber, daß die im Ruhrgebiet sehr verbreiteten konventionellen Gewerbepolitiken und Akquisitionsstrategien, mit einem zumeist angebotsorientierten "Bias", hinter den Möglichkeiten regionaler Gewerbe- und Strukturpolitik zurückbleiben.

Es bleibt allerdings anzumerken, daß die Akquisitionsstrategie nicht einfach übertragbar ist, da das Thema "ökologisches Bauen" in besonderer Weise die Integration von Formen und Inhalten in einem Leitbild ermöglicht hat. Bei einem anderen Thema, wie beispielsweise dem auf Verpackungstechnologien spezialisierten Lüntec wird die Entwicklung einer Vermarktungsstrategie für "weiche" Standortfaktoren ungleich schwieriger.

Eine positive Wirkung des Nutzungsprofils als Leitbild ist in der stärkeren Bindung der Unternehmen, wie der Firma Heckmann, an den Standort zu vermuten. Auch lokale Kooperationen wurden initiiert und tragen somit zur Förderung betrieblicher Entwicklungsbedingungen bei.

5.2 Technologiepark und Zukunftszentrum Herten

In unmittelbarer Nähe des Hertener Stadtzentrums entsteht auf einer früher extensiv genutzten Industriefläche der Technologiepark der Stadt Herten. Auf dem 6,5 Hektar umfassenden Gelände wurde im ersten Bauabschnitt das Zukunftszentrum (ZZH) realisiert. Der erste Bauabschnitt besteht aus einem Neubaubereich mit Büroflächen und Laboratorien und der ehemaligen Maschinenhalle, in deren Mittelschiff ein Technikum eingerichtet wird. Insgesamt handelt es sich um 3.000 m² Nutzfläche, die an "innovative Unternehmen und technologieorientierte Existenzgründer"[144] vermietet werden. Die Erweiterung des ZZH um einen weiteren Bauabschnitt und der Technologiepark mit bis zu 6 Gebäuden sind im Entwurf bereits vorgesehen.

---

[144] Emscher-Lippe Agentur 1995, S.16

Ziel des Projektes ist die Zusammenführung anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung in den Bereichen

- "Konzepte und Verfahren zur Reaktivierung industrieller Brachflächen (Zechenbrachen)
- Altlastenerfassung und Management der Altlastenbeseitigung
- Einsatz der Mikrobiologie in der Umweltsanierung
- Wasser- und Abwassertechnik
- Wertstoffrückgewinnung aus Haus- und Industriemüll"[145].

5.2.1 Entstehungszusammenhang und Akteurskonstellation

Die Stadt beabsichtigt mit diesem und verschiedenen anderen Projekten einen strukturpolitischen Schwerpunkt im Bereich der Umweltsanierungstechnologien in Herten anzusiedeln. Für die Stadt in der nördlichen Emscherzone mit mehr als 12% Arbeitslosen[146] ist es besonders wichtig, Anschluß an den Strukturwandel der Region zu bekommen. Mit 2 Schachtanlagen und etwa 10.000 Bergleuten, dies entspricht ca. 40% der Beschäftigten, ist Herten einer der größten Bergbaustandorte Europas. Da gerade im Bergbau in den nächsten Jahren mit einem weiteren Beschäftigungsabbau gerechnet werden muß, kommt die größte "Last" des Strukturwandels noch auf die Stadt zu. Andere Städte des Ruhrgebietes haben diesen Strukturwandel bereits weitgehend vollzogen[147].

Mit dem Rohstoffrückgewinnungszentrum Ruhrgebiet (RZR) der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) ist Herten bereits Standort der regionalen Entsorgungsindustrie. Das Staatliche Umweltamt (STUA) hat ebenfalls seinen Sitz in Herten in unmittelbarer Nachbarschaft des Zukunftszentrums. Der Mangel an verwertbaren Gewerbeflächen in Herten machte eine Nutzung der vorhandenen Brachflächenpotentiale, meist bergbautypischer Altlastenflächen, erforderlich. Um ansiedlungswilligen Firmen, insbesondere denjenigen, die aus dem Zukunftszen-

---

145 Hertener Entwicklungsgesellschaft o.A.

146 Stand 1993, Quelle: Landesarbeitsamt NW, nach KVR 1994

147 vgl. Kapitel 3.2. Aktuelle Entwicklungstrends der Regionalwirtschaft

trum ausscheidenden, Flächen im Stadtgebiet anbieten zu können, wurde die Hertener Entwicklungsgesellschaft (HEG) 1991 gegründet. Die wesentlichen Aufgaben der HEG liegen in den Bereichen

- Wiedernutzbarmachung städtischer Brachflächen
- Management des Zukunftszentrums
- Projektmanagement in der technologieorientierten Wirtschaftsförderung.

Die HEG wurde als GmbH gegründet und wird zu 49% durch private Unternehmen, wie ortsansässige Kreditinstitute und Entsorger, und zu 51% von der Stadt getragen.

Nach den Erfahrungen und Problemen anderer Technologiezentren mit geringen Auslastungen wurde vom Land eine stärkere inhaltliche Schwerpunktsetzung gefordert. Dem wollte man in Herten entsprechen. Nach einer groben Zielformulierung hat die HEG den direkten Kontakt zu regionalen Unternehmen gesucht, um gemeinsam Projekte zu entwickeln und beim Land zur Förderung nach dem Technologieprogramm Wirtschaft (TPW) anzumelden. So wurden mit 20-30 Unternehmen aus der Region ca. 40 Projektskizzen erarbeitet und im Februar 1993 zu einem Förderantrag gebündelt.

Anfang des Jahres 1992 haben die Stadt Herten, vertreten durch die HEG und die IBA, gemeinsam einen Realisierungswettbewerb nach den Kriterien der IBA ausgelobt. Der ursprünglich im Freiraum vorgesehene Standort wurde im Vorfeld des Wettbewerbs noch einmal überdacht und auf die ehemalige Industriefläche der Maschinenfabrik Hese verlagert, die ihren neuen Standort in Gelsenkirchen hat. Die Firma Hese ist ein Unternehmen aus der Bergbauzulieferindustrie, das Anfang des Jahrhunderts gegründet wurde und noch bis 1992 am Standort produziert hat. Im Mai wurde das Projekt durch Beschluß des Lenkungsausschusses in die IBA aufgenommen und vom Rat der Stadt die Realisierung nach dem Wettbewerbsergebnis beschlossen.

Parallel zu der inhaltlichen Konzeption wurde das Gelände mit Mitteln des Grundstücksfonds durch die LEG von Hese erworben und eine Altlastensanierung durchgeführt. Anfang `94 wurde mit dem Bau des ZZH begonnen, in das im Herbst `95 bereits die ersten Mieter einziehen konnten. Bei der Einweihung im Januar 1996 war das ZZH bereits vollständig vermietet.

5.2.2 Zielsetzung und IBA-Projektantrag

Ausgangspunkt des Projektes war die Idee, die Sanierung von Brachflächen in der Stadt mit der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder für regionale Unternehmen, insbesondere aus der Bergbauzulieferindustrie, zu verbinden. Dazu sollten Kooperationen im Bereich anwendungsorientierter Technologien gefördert werden. Diese sollten Kern einer neuen wirtschaftsstrukturellen Entwicklung in der Stadt und Region werden. Die Schwerpunktsetzung im Bereich biologische Verfahrenstechniken und Wertstoffrückgewinnung hat hier die Funktion eines orientierenden Leitbildes gehabt. Dem Zukunftszentrum wird die Funktion einer Keimzelle zugewiesen, die den Unternehmen in der Anfangsphase Forschung ermöglicht und Kooperationen fördert. Nach Auslaufen der Förderung sollen sich die Unternehmen entweder im Technologiepark ansiedeln oder ihre Entwicklungen in großtechnischen Anlagen im Industriegebiet in Herten-Süd, das auch unter Beteiligung der IBA entsteht, realisieren.

Auch in der Vorlage[148] für den IBA-Lenkungsausschuß wird auf den strukturpolitischen Schwerpunkt verwiesen und die Aufnahme des Projektes mit den Arbeiten an "erfolgversprechenden Problemlösungen" im technischen Umweltbereich begründet. Darüber hinaus werden die Wiedernutzung einer Industriefläche, die zu erwartenden städtebaulichen Impulse im Innenstadtbereich und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen begrüßt.

5.2.3 Aspekte der Implementierung

Die HEG ist nicht nur mit den städtischen Aufgaben betraut, sondern bis heute auch Betreibergesellschaft des ZZH. Bei dieser Aufgabe soll die HEG demnächst durch die neu gegründete Agentur für innovative Technologieentwicklung unterstützt werden. Diese Gesellschaft wird zu 51% von der Stadt, zu 18% von den Stadtwerken und zu 31% von privaten Unternehmen aus dem Einliegerkreis getragen. Nach einer Anlaufzeit von 3 Jahren ist der Rückzug der städtischen Beteiligungen und eine stärkere Übernahme des wirtschaftlichen Risikos durch die privaten Unternehmen vorgesehen. Über eine Kostenpauschale in der Miete sollen die

[148] IBA 1992a

laufenden Kosten für den Betrieb des Zentrums refinanziert werden. Trotz der 80%igen Förderung der Baukosten und einer 50%igen Anlauffinanzierung der Personalkosten durch das Wirtschaftsministerium muß das Projekt aber mit einem Mietzuschuß von 200.000,-DM/anno aus dem städtischen Haushalt unterstützt werden.

Das Dienstleistungsangebot der Betreibergesellschaft

Die Betreibergesellschaft bietet den Unternehmen verschiedene Dienstleistungen an. Dazu gehört die *Vermietung von Büroflächen und Laboreinrichtungen* genauso wie von Besprechungs- und Konferenzräumen. Das Foyer kann für Ausstellungen und Veranstaltungen angemietet werden.

Darüber hinaus werden *Sekretariats- und Kommunikationsdienste* sowie Unternehmensberatung und Kontaktvermittlungen angeboten. Dazu gehört der Wissenstransfer mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen wie z.B. den Fachhochschulen Gelsenkirchen und Bochum und dem Institut für chemische Umwelttechnologie der Deutschen Montan-Technologie in Bochum und die Durchführung von Diskussionsforen wie die Reihe "Wissenschaft im Schloß".

Unternehmensberatungen werden auch von der Gründungsberatungsstelle der Handwerkskammer Münster oder der Firma UBT, selbst ein Gründungsunternehmen im ZZH, angeboten.

Mit der Durchführung von *Qualifizierungsmaßnahmen* sollen die inhaltlichen Anforderungen neuer Technologien im Abfall- und Entsorgungsbereich an künftige Arbeitnehmer vermittelt werden.

Auslobung eines Realisierungswettbewerbs mit der IBA

Durch die Zusammenarbeit mit der IBA wurde die Durchführung eines Architekturwettbewerbs realisiert. Die Bauausführung wurde nach einer Überarbeitung des Wettbewerbsergebnisses vom Preisträger durchgeführt. Dieses Verfahren hat insbesondere zur architektonischen und städtebaulichen Qualität des Projektes beigetragen.

Die IBA-Beteiligung in Form der Auslobung des Wettbewerbs hat aber auch zur Umsetzung einiger ökologischer Standards geführt. So wurde ein Energie-, Wasser- und Abfallkonzept sowie Umnutzungsmöglichkeiten für Stellplätze gefordert.

Das realisierte Energiekonzept umfaßt die passive Sonnenenergienutzung, den Verzicht auf eine Klimatisierung und stattdessen die Wärme- und Kälterückgewinnung im Lüftungssystem sowie die Fernwärmenutzung. Ein Regenwassernutzungssystem wurde installiert und das Wettbewerbsergebnis hinsichtlich eines geringeren Energiebedarfs und der Einhaltung der im IBA-Positionspapier ökologisches Bauen geforderten Wärmedämmstandards überarbeitet.

Andererseits hat der Wettbewerb aber auch zu einer aufwendigen und teuren Bauausführung beigetragen. Auch wenn in der Wettbewerbsauslobung die Einhaltung eines Investitionsvolumens von 10 Mio DM[149] gefordert wird, hat die tatsächliche Ausführung letztlich 20 Mio DM überschritten.

Akquisitionsverhalten

In Herten wurde die inhaltliche Konzeption des Technologiezentrums bereits drei Jahre vor Baubeginn mit den Nutzern abgestimmt. Dadurch, daß das Technologiezentrum nicht "auf Vorrat" gebaut wurde, konnte ein Leerstand vermieden werden. Nach Vorgesprächen mit Unternehmen aus der Region lagen 1991 etwa 20 Zusagen für eine feste Zusammenarbeit vor, aus denen verschiedene Kooperationsprojekte und das Profil entwickelt wurde.

Im Januar 1995, also sieben Monate vor der Fertigstellung des Gebäudes, waren bereits alle Mietverträge unterschrieben. Das Nutzungsprofil wurde in der Präambel der Verträge festgeschrieben, so daß eine vertragstreue Nutzung der subventionierten Flächen sichergestellt werden kann.

Direkt nach ihrer Gründung 1991 hat die HEG damit begonnen Unternehmen für konkrete Kooperationsprojekte zu akquirieren. Dazu "wurde gezielt nach Ergänzungen gesucht" und "versucht Konkurrenzsituationen zu vermeiden"[150]. Mit der Umweltschutz Nord GmbH wurde ein Unternehmen mit Erfahrungen in der biolo-

---

[149] IBA 1992b, S.14

[150] Expertengespräch vom 4.12.95 mit dem zuständigen Mitarbeiter der HEG

gischen Verfahrenstechnik und Altlastensanierung und mit dem Institut Fresenius gezielt ein Laborbetreiber nach Herten geholt. Die Einbindung des ortsansässigen Entsorgungsunternehmens AGR und des Bergbauzulieferbetriebs Hese wurde dabei von Anfang an verfolgt. Ergänzend zu diesen Großunternehmen hat man eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen als Kooperationspartner gesucht.

5.2.4 Die Unternehmen im Projekt

Bis heute sind mit insgesamt 13 privaten Unternehmen und 2 öffentlichen Institutionen Mietverträge geschlossen worden. Dazu gehören die Großunternehmen der ersten Stunde, wie die *AGR*, die ein Verfahren zum Elastomerrecycling im Anschluß an ein regionales Kooperationsprojekt zur Wiederverwertung von Autos (ARiV[151]) entwickelt, und die *Fresenius* Umwelttechnik mit der Entwicklung von Anlagen und Meßgeräten im Umwelt und Altlastenbereich.

Hinter dem Automobilrecycling steht ein Verbundprojekt des Wirtschaftsministeriums in Düsseldorf und der ARiV-Arbeitsgemeinschaft, einem Zusammenschluß der Rohstoff- und Zulieferindustrie, der Automobilhersteller und Entsorgungsunternehmen unter der Schirmherrschaft des Initiativkreises Ruhrgebiet[152]. Ziel des Projektes ist der Aufbau einer Automobil-Recyclingwirtschaft in NRW. Nach erfolgreichem Abschluß eines Pilotprojektes wird die großtechnische Anwendung mit Unterstützung des Landes auf der Basis eines vereinfachten Verfahrens (ARiV III) im Industriegebiet Herten-Süd realisiert.

Ein weiteres Kooperationsprojekt, das bereits im Vorfeld des ZZH initiiert wurde, ist die Entwicklung des IMK-Verfahrens. Dabei handelt es sich um eine Anlage zur integrierten Methanisierung und Kompostierung organischer Reststoffe. Beteiligt sind u.a. die *AGR* und die Firma *Hese*, die sich mit diesem Projekt in den Bereich der Konstruktion umwelttechnischer Anlagen diversifizieren konnte. Die an diesem Projekt beteiligten Unternehmen haben die *BioEnergie GmbH* für den

---

[151] die Abkürzung steht für Automobilrecycling im Verbund

[152] vgl. MWMT 1995a

Bau und die Planung von Biogasanlagen gegründet. Alle drei Unternehmen sind Mieter des ZZH geworden.

Die *Agentur Altlastenmanagement (AAM)* ist ein vom Wirtschaftsministerium des Landes gefördertes Projekt mit dem Ziel, belastete Gewerbe- und Industrieflächen kosteneffizient verfügbar zu machen.

Weitere Mieter sind die *Duro-Galvanit-Chemie*, die Anlagen im Bereich der Wasser- bzw. Abwassertechnik und Bodensanierung entwickelt, das *Biotop-Planbüro*, das Wurzelraumkläranlagen und Begrünungskonzepte entwirft.

Zu erwähnen sind noch die Unternehmensgründungen, die im Zusammenhang mit dem ZZH gefördert werden. Hierzu gehören die bereits erwähnte *Unternehmensberatung UBT*, das *Ingenieurbüro MPE*, die *Fuzzy-Electronics Computersysteme*, die *PSU GmbH*, die Lasersysteme zur Bestimmung der Oberflächenspannung von Flüssigkeiten baut, und die Firma *Aqua-Care*, die biologische Wasserreinigungssysteme entwickelt.

5.2.5 Zusammenfassung und Kritik

Das Projekt Zukunftszentrum Herten ist ein interessanter Ansatz, der kommunale Wirtschaftsförderung und regionale Strukturpolitik verbindet. Eine Integration verschiedener Politikfelder findet mit der Verknüpfung von strukturpolitischen Maßnahmen und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmer statt. Eine weitergehende Zielintegration und Einbindung gesellschaftlicher Interessen, wie in den anderen Projekten durch Einrichtung von Arbeitsgruppen geschehen, kann aber nicht beobachtet werden.

Die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben ist in Herten der HEG übertragen worden, deren Trägerstruktur, in Form einer Public-private-partnership, als exclusiv zu bezeichnen ist. Durch eine 49%ige Beteiligung privater Unternehmen, wie der lokalen Entsorger und Kreditinstitute, werden kommunale Interessen an lokale Wirtschaftsinteressen gebunden, während andere Ziele in den Hintergrund treten. Besonders zu kritisieren ist in diesem Zusammenhang eine Akquisition, die letztlich eine zusätzliche Subventionierung der Mieten aus dem kommunalen Haushalt notwendig macht, während die Haushaltslage auf der anderen Seite zur Einschränkung der öffentlichen Aufgabenerfüllung im Bereich sozialer Leistungen führt.

Die Beteiligung der IBA beschränkt sich in diesem Projekt auf die Auslobung des Realisierungswettbewerbs und damit auf die dort thematisierten städtebaulichen, architektonischen und zum Teil bauökologischen Fragen. Dementsprechend wurden auch keine Qualitätsvereinbarungen mit der IBA abgeschlossen.

Erfolgreich war das Projekt mit der Initiierung von Kooperationen im Bereich anwendungsorientierter Technologien, wie das Beispiel des IMK-Verfahrens eindrucksvoll zeigt. Es leistet damit auch einen Beitrag zur Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstruktur in mögliche Zukunftsmärkte des nachsorgenden Umweltschutzes. Besonders bemerkenswert erscheint mir die Anknüpfung an lokale Potentiale durch Einbindung des ortsansässigen Bergbauzulieferunternehmens. Auf der anderen Seite wurden gezielt Großunternehmen, wie die Umweltschutz Nord GmbH oder Fresenius, wegen ihres spezifischen Know-how`s, akquiriert. Der Möglichkeit einer bloßen Verlagerung von Unternehmenspotentialen in der Region will die Landesregierung durch die Forderung vorbeugen, Strukturschwerpunkte für die einzelnen Technologiezentren zu formulieren. Ob diese Strategie erfolgreich ist, bleibt in Anbetracht der vielfach zu beobachtenden Verschiebungen und unklaren Formulierungen der Themen aber fraglich. Die IBA konnte auf die inhaltliche Gestaltung des Projektes überhaupt keinen Einfluß nehmen, so daß ihre Funktion sich hier vornehmlich auf eine verbesserten Wahrnehmung des Projektes in der Öffentlichkeit beschränkt.

Das Strukturprofil Hertens wurde mit den Standortentscheidungen für die Müllverbrennungsanlage und das Rohstoffrückgewinnungszentrum von "Außen" an die Kommune herangetragen. Auch das Projekt Zukunftszentrum ist wesentlich durch die Unternehmensinteressen und Förderleitlinien mitbestimmt worden. In einem Expertengespräch mündete dies in die Äußerung: "Die Vorgaben, die letztendlich von woanders kommen, bestimmen was hier passiert"[153]. Damit waren insbesondere auch die Förderrichtlinien gemeint, die als zu undifferenziert angesehen werden.

---

153 Expertengespräch vom 14.02.96 mit dem Fraktionsmitglied der Grünen im Rat

Die enorme Abhängigkeit strukturpolitischer Handlungsalternativen von der nationalstaatlichen Regulation wird am Beispiel des ARiV-Projektes deutlich. Einer großtechnischen Anwendung des anspruchsvollen Recyclingverfahrens für Autos (ARiV I/II) durch eine materialorientierte Demontage stehen zur Zeit die finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen entgegen. Solange die PKW-Entsorgung auf anderen Wegen billiger möglich ist, wird sich das Verfahren zur Demontage, das inklusiv Entsorgung der Restfraktionen ca. 400,- DM je PKW kostet, nicht durchsetzen[154]. Die notwendigen Qualitätsvorgaben für das Recycling und die Entsorgung der Reststoffe, sowie eine Kennzeichnungspflicht für Materialien, können aber nur auf Bundesebene oder europaweit festgelegt werden. Das Projekt ARIV I/II ist also von der Umsetzung der Altautoverwertungsverordnung abhängig.

In Anbetracht unzureichender Steuerungsmöglichkeiten und vor dem Hintergrund akuter Probleme ist ohnehin zu fragen, ob mit einer Regionalisierung strukturpolitischer Aufgaben, nicht eine Überforderung dieser Handlungsebene und damit die Ausweitung angebotsorientierter Politiken verbunden ist[155].

5.3 Gewerbepark Zeche Holland

Nahe dem Stadtzentrum Bochum-Wattenscheid soll auf der Fläche der ehemaligen Zeche Holland der Wohn- und Gewerbepark Holland entstehen. Die insgesamt 22 Hektar umfassende Planung sieht im südlichen Teil direkt anschließend an das Wattenscheider Zentrum mehr als 150 Wohnungen u.a. speziell für alte Menschen vor. Der nach Norden angrenzende Gewerbepark soll mit einer Grünfläche und seinem vorgelagerten Dienstleistungsbereich an die Wohnbebauung angrenzen. Insgesamt stehen 9 Hektar für emissionsarmes Gewerbe und Dienstleistungen zur Verfügung. Die Gebäude sollen in einer anspruchsvollen Architektur errichtet

[154] MWMT 1995

[155] vgl. Expertengespräch vom 14.02.96 mit dem Fraktionsmitglied der Grünen im Rat

werden und ökologische Kriterien berücksichtigen. Ein weiterer Bestandteil des Projektes ist das Technologiezentrum "Ecotextil", das in die knapp 5.000 m² vermietbare Fläche bietenden, zum Teil denkmalgeschützten Gebäude der alten Zeche, wie Waschkaue und Lohnhalle, einziehen soll. Im 2.Bauabschnitt kann das Technologiezentrum um weitere 7.000 m² erweitert werden.

Mit den Themen Umweltschutz-, Recycling- und Fertigungstechnologien im Textilbereich soll sich das Zentrum in die technologischen Schwerpunkte des Ruhrgebietes integrieren. Dabei sollen sich die Arbeitsschwerpunkte des Technologiezentrums an der textilen Produktionskette orientieren. Genannt werden die

- "Entwicklung ökologisch-technischer Textilien und Faserverbundstoffe"
- "Substitution umwelt- und gesundheitsgefährdender Stoffe"
- "umweltfreundliches Färben und Vergüten in der Textilveredelung"
- "Entsorgung und Recycling von Alttextilien"[156].

5.3.1 Entstehungszusammenhang und Akteurskonstellation

Nach der Stillegung der Zeche Holland im Jahr 1974 folgte eine längere Zeit des Brachliegens und "wilder" Nutzungen des Geländes. Im Dezember 1986 hat die LEG die Fläche mit Mitteln des Grundstücksfonds von der Ruhrkohle AG erworben und bis zum Sommer 1993 eine umfangreiche nutzungsbezogene Altlastensanierung durchgeführt.

Seit 1989 ist die LEG auch mit der Planung, Erschließung und Vermarktung des Geländes beauftragt. In Abstimmung mit der Stadt wurden zunächst die stadtentwicklungspolitischen Ziele in einer Rahmenplanung festgelegt. Erste Ideen, wie die Einrichtung eines Medienparks oder die Ansiedlung eines Fachmarktzentrums in dem Ensemble der alten Tagesbauten, wurden wieder verworfen.

Der ortsansässige Textilfabrikant Steilmann brachte die Idee zu einem europäischen Forschungs- und Entwicklungszentrum der Textilindustrie ein. 1991 wurde für das Technologiezentrum eine Realisierbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Auf der Basis einer Analyse der Textilbranche empfiehlt die Studie die oben genann-

---

[156] Ingenieur- und Beratungsgesellschaft mbH (GFD) / Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG) 1991

ten thematischen Schwerpunkte zu bearbeiten und eine Betreibergesellschaft zu gründen. Unter Beteiligung der Stadt Bochum, der Steilmann-Gruppe und weiterer Unternehmen wurde 1993 der Trägerverein "Technologiezentrum Ecotextil e.V." gegründet, an dem heute 10 Unternehmen verschiedener Branchen beteiligt sind.

Die Betreibergesellschaft ist 1994 unter Beteiligung Steilmanns, der VEW-Umwelt GmbH, der Stadtwerke Bochum, der Sparkasse Bochum, der IHK, des erwähnten Trägervereins und des eigens gegründeten Fördervereins Technologietransfer ins Leben gerufen worden. Das Technologiezentrum soll von bereits geknüpften Kontakten zur Universität Bochum , zur Fachhochschule Mönchengladbach und zur RWTH Aachen profitieren. Auch das von Steilmann 1991 gegründete Institut für Innovation soll in das Technologiekonzept eingebunden werden.

Bauherr des Technologiezentrums und zuständig für den Erwerb des Grundstücks und die Herrichtung der Gebäude ist die Entwicklungsgesellschaft Ruhr-Bochum mbH (EGR). Sie ist auch für die Beantragung der Fördermittel verantwortlich. Bislang wurden die notwendigen Mittel vom Wirtschaftsministerium aber nicht bewilligt, um das Konzept auf eine gesicherte finanzielle und betriebliche Basis stellen zu können. Vorbehalte gegen das Projekt gab es bei der auswärtigen Textilindustrie, die durch die Förderung des Technologiezentrums mit Beteiligung des Branchenriesen Steilmann Nachteile für die eigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten befürchtete. Die Betreibergesellschaft sucht nun nach kooperativen Lösungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich, um die Textilindustrie einzubinden.

Die Planung für das Projekt Wohn- und Gewerbepark Zeche Holland wurde in differenzierten Verfahrensschritten unter Beteiligung von Expertenarbeitsgruppen entwickelt. Mit dem Bau der Wohnungen wurde 1994 begonnen, die Erschließung des Gewerbeparks wurde 1995 fertiggestellt.

5.3.2 Zielsetzung und IBA-Projektantrag

Aus dem Projektantrag[157] zur Aufnahme in die IBA, im Januar 1990, gehen die von LEG und Stadt im Vorfeld formulierten Ziele hervor. Genannt werden

- Revitalisierung der Fläche und Entwicklung des Stadtteilzentrums Wattenscheid
- Strukturpolitische Impulse durch die Ansiedlung von Betrieben mit umweltschonender Produktion und zukunftsorientierten Technologien
- Funktionsmischung von Arbeiten, Freizeit, Wohnen und Versorgung.

Darüber hinaus wird auf die städtebauliche Integration und die Einbindung in den regionalen Grünzug Wert gelegt. Das im Antrag als "Erhaltung und Belebung des Industriedenkmals als Kulturgutträger" formulierte Ziel macht den Einfluß deutlich, den die IBA über Abstimmungsprozesse im Vorfeld auf das Projekt nehmen konnte. Ebenso sind die Einladung ausgewählter Architekten und die Verfahrensvielfalt ein Beitrag, der wohl maßgeblich auf die Beteiligung der IBA zurückzuführen ist.

Die von der LEG für die "Arbeiten im Park"-Projekte geforderte gemeinsame Organisierung der betriebsbezogenen Infrastruktur sollte hier u.a. in einem Gesamtkonzept der Energieversorgung verwirklicht werden. Das zunächst geplante Blockheizkraftwerk kommt aber nicht zur Realisierung.

5.3.3 Aspekte der Implementierung

Während die Betreibergesellschaft Technologiezentrum-"Ecotextil" GmbH für das Management des Technologiezentrums zuständig ist, ist die LEG Ansprechpartner für die anderen Projektkomponenten und verantwortlich für die Integration in einem Rahmenplan.

---

157 vgl. IBA 1990a

Lenkungsgruppe

Wie in Hamm wird das Projekt von einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Stadt, vertreten durch das Planungsamt und das Amt für Wirtschaftsförderung, der IBA und der LEG gesteuert. Entscheidungen, wie diejenige über die Ansiedlung von Unternehmen im Gewerbepark, werden in diesem Gremium im Konsens getroffen. Zu den regelmäßig alle 6-7 Wochen stattfindenden Sitzungen werden alle wichtigen Akteure, wie Gutachter, Investoren oder Architekten, geladen. Alle Fragen des Projektes, bis hin zur Gestaltung der Einzelbauvorhaben, werden hier besprochen.

Wettbewerbsverfahren

Für die verschiedenen Projektkomponenten wurden jeweils eigene Wettbewerbs-, Gutachter- oder Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Jedes Verfahren trug schließlich auch zur Weiterentwicklung des Gesamtkonzeptes bei.

Zunächst wurde Anfang 1991 in einem kooperativen Verfahren von fünf Architekturbüros ein Entwurf für den Gewerbepark erarbeitet. Ergebnis war die städtebauliche Gestaltung des Gewerbeparks in einer flexiblen und verdichteten Bauform. Ökologische Kriterien, wie die Verringerung des Flächen- und Energieverbrauches, die Verwendung umweltfreundlicher Materialien und der Umgang mit Regenwasser, sollten Berücksichtigung finden. Die im weiteren Verlauf des Verfahrens aufgestellten *Qualitätsvereinbarungen* wurden allerdings von der Stadt niemals unterzeichnet.

Für das Teilprojekt "Wohnen im Alter" wurde unter Beteiligung des Kuratoriums deutsche Altenhilfe, der deutschen Gesellschaft für Geriatrie (Altersheilkunde) und einer Pflegeberaterin ein inhaltliches Konzept erstellt. Auf der Basis des Konzeptes wurden vier Entwürfe durch Mehrfachbeauftragung erarbeitet und einer durch die Jury zur Realisierung ausgewählt[158]. Zu diesem Teilprojekt wurden mit der IBA *Qualitätsvereinbarungen* abgeschlossen und ein Positionspapier "Wohnen im Alter" verabschiedet.

---

[158] vgl. IBA 1993

Zur Freiraumgestaltung und Erhaltung des Baudenkmals wurden auch jeweils eigene Wettbewerbe ausgelobt. 1993 fand der bislang letzte Wettbewerb mit vier Architekturbüros zur Gestaltung des Technologiezentrums statt.

Dienstleistungsangebot der Betreibergesellschaft

Für das Teilprojekt Technologiezentrum "Ecotextil" empfiehlt die Realisierbarkeitsstudie ähnliche Strukturen wie sie bei den anderen Projekten vorgefunden wurden. Das Dienstleistungsangebot könnte dann Projektmanagement, Beratungen, Auftragsforschung und die Förderung von Forschungs- und Entwicklungskooperationen umfassen. Auch Schulungsaktivitäten, Symposien, Bürodienste und Raumvermietungen sollen dann zum Angebot der Betreibergesellschaft gehören.

Akquisitionsverhalten

Hier ist wieder zwischen dem Technologiezentrum und dem Gewerbepark zu unterscheiden. Da die Betreibergesellschaft des Technologiezentrums erst im November 1995 mit der Akquisition begonnen hat, können noch keine näheren Aussagen getroffen werden.

Im Bereich des Gewerbeparks trifft die Lenkungsgruppe wichtige Entscheidungen gemeinsam. Vorab hat man sich auf eine Ausschlußliste von Nutzungen geeinigt, die quasi als "Minimalkonsens" minderwertige oder extensive Vorhaben wie Kfz-Handel oder Verbrauchermärkte nicht zuläßt.

Im Laufe des Verfahrens sind auch Vorstellungen über die Verwendung umweltverträglicher Materialien und ein detailliertes *Gestaltungshandbuch* entstanden. Das Handbuch kommt aber nicht mehr zur Anwendung, da es sich als zu unflexibel erwiesen hat. Trotzdem sollen strenge architektonische Kriterien an die Gestaltung der Bauvorhaben gelegt werden. Man handelt hier nach der Philosophie alle Investoren den gleichen Verfahren und architektonischen Anforderungen zu unterwerfen, um die Qualität des Projektes zu sichern. Ein Gesprächspartner hat dies folgendermaßen ausgedrückt: "Wer das Geld für eine angemessene Architektur nicht ausgeben will, kommt nicht an den Standort"[159].

[159] Expertengespräch vom 11.03.96 mit dem zuständigen Mitarbeiter der LEG

5.3.4 Die Unternehmen im Projekt

Nach Aussage der LEG läuft die Vermarktung seit der Fertigstellung der Erschließung und der Ansiedlung eines Hotels positiv, aber auch hier ist es noch zu früh, um endgültige Aussagen zu treffen.

Weitere Ansiedlungen eines Dekorations- und Markisenherstellers und einer Großbäckerei sind geplant. Für die Gestaltung ihres Bauvorhabens wird die Bäkkerei selbst einen Wettbewerb ausschreiben. In Planung ist darüber hinaus ein Gewerbehof mit acht Handwerksbetrieben.

5.3.5 Zusammenfassung und Kritik

Das Projekt Wohn- und Gewerbepark Zeche Holland ist in mehrerlei Hinsicht ein bemerkenswerter Ansatz der Implementierung eines "Arbeiten im Park"-Projektes und der Gewerbestandortentwicklung.

Erstens verbindet das Konzept Ziele der Stadtentwicklungs-, Sozial- und Kulturpolitik mit Zielen der Gewerbepolitik und bauökologischen Zielen (Zielintegration). Zweitens steht es für den Versuch im Rahmen von "Arbeiten im Park" Prinzipien des ökologischen Bauens in den Bereich des Gewerbebaus zu vermitteln und umzusetzen. Weiterhin besteht mit dem Projekt "EcoTextil" die Möglichkeit, den Ausgangspunkt für eine umweltfreundlichere Textilproduktion zu implementieren. Und schließlich ist das Projekt beispielhaft für die Anwendung innovativer Verfahren der Ideenfindung und Projektsteuerung in den verschiedenen Arbeitsgruppen.

Hier ist die Einrichtung der Lenkungsgruppe, in der die verschiedenen Interessen durch das Planungsamt, das Amt für Wirtschaftsförderung die LEG und die IBA, Entscheidungen im Konsens unter weiterer Beteiligung relevanter Akteure treffen. Die IBA versteht sich hier als Vermittlerin einer "regionalen Verantwortlichkeit"[160].

[160] Expertengespräch vom 8.12.95 mit dem zuständigen Bereichsleiter der IBA

Das Projekte Holland in Wattenscheid zeichnet sich durch eine Beteiligung der IBA im Stadium der Konzeption aus. Der Einfluß der IBA wird v.a. in der Auslobung der Wettbewerbsverfahren deutlich. Es wurden insgesamt fünf Wettbewerbe zu den Themen "ökologischer Gewerbebau", "Wohnen im Alter", "Freiraumgestaltung", "Erhaltung des Kulturdenkmals", "Nutzung der denkmalgeschützten Gebäude als Technologiezentrum" durchgeführt und in einem weiteren Schritt soll die Gestaltung des ersten Gewerbeobjektes entworfen werden. Die resultierenden Vorschläge haben im Bereich des Gewerbeparks aber nur zum Teil Eingang in die Planung und Realisierung gefunden.

Das "Schicksal" des Gestaltungshandbuches macht die Ambivalenz des IBA-Ansatzes deutlich, architektonischen und ökologischen Zielen als "weichen" Standortfaktoren zur Realisierung verhelfen zu wollen. Der Verzicht auf den Gebrauch des Handbuches steht genauso für den Pragmatismus der LEG bei der Vermarktung der Flächen, wie für das Auseinanderklaffen von Instrumenten und Gestaltungsvorstellungen bei der IBA.

Die Grenzen des Einflusses der IBA in den Bereich der Gewerbestandortentwicklung werden auch darin deutlich, daß sich die Stadt geweigert hat, Qualitätsvereinbarungen zu unterzeichnen, während sie dies im Projekt "Wohnen im Alter" getan hat. Dies ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß dort die Investoren relativ früh in die Planung eingebunden waren, die Vermarktung des Gewerbeparks aber noch aussteht.

Die Beteiligten sind mit der Ruhrkohle AG, dem Grundstücksfond NRW, vertreten durch die LEG, und der Stadt die traditionellen Akteure des regionalen Strukturwandels. Mit dem Trägerverein "EcoTextil" ist eine klassische private-public-partnership (PPP) entstanden, in der Unternehmen verschiedener Branchen und Kreditinstitute lokale Interessen bündeln. Die Einbindung wissenschaftlicher Kapazitäten zielt vornehmlich darauf ab, Technologietransfer zu organisieren.

Hat man sich mit den Wettbewerben noch auf komplexe Verfahren und Ideenfindungsprozesse unter Beteiligung von Experten aus der Region eingelassen, so bleibt aber auch in diesem Projekt eine weitergehende Partizipation gesellschaftlicher Gruppen, wie Initiativen, Gewerkschaften oder künftiger Nutzer im Stadium der Ideenfindung aus.

Mit der Projektkomponente Technologiezentrum "EcoTextil" ist eine interessante inhaltliche Konzeptidee auf Anregung eines lokalen Unternehmens entstanden. In den Bereichen Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz werden gesellschaftliche und ökologische Zielsetzungen mit der Erschließung neuer Produkte und Verfahren verbunden. Mit Steilmann existiert ein Partner, der das Projekt fördert und Anknüpfungspunkte für Kooperationen bietet, so daß von hier Impulse über die lokale Ebene hinaus ausgehen könnten.

Eine Verknüpfung der Themen des Technologiezentrums mit dem Gewerbepark findet nicht statt. Man distanziert sich von einem textilbezogenen Nutzungsprofil, um die Vermarktung des Gewerbeparks nicht einzuschränken. Damit bleibt das Gewerbeparkprojekt einer flächenbezogenen Vermarktung verhaftet und kann kaum strukturelle Impulse bewirken. Über die Zukunft des Technologiezentrums können an dieser Stelle noch keine Aussagen getroffen werden.

6. Erneuerung der regionalen Planungskultur im Handlungsfeld "Arbeiten im Park"?

Die Heterogenität der untersuchten Fallstudien und die Vielzahl der Projekte mit IBA-Beteiligung machen eine generelle Bewertung der IBA-Strategie schwer. Aber das ist gerade der Vorzug der IBA, an vielen Stellen anzusetzen und Potentiale in den vorhandenen Strukturen auszuloten. Die langfristige Orientierung auf Veränderungen in den institutionellen und administrativen Strukturen verbieten ein vorschnelles Urteil über diese Bauausstellung. Umsomehr ist es aber notwendig Begleitforschung zu betreiben, um Entwicklungen korrigieren zu können. Das ist die Chance, die eine offene Suchstrategie bietet.

Die folgende Tabelle soll einen Überblick über die wichtigsten Merkmale der untersuchten Projekte geben. Anschließend werden die Untersuchungsergebnisse entlang von fünf Thesen diskutiert, die im Laufe der Arbeit entstanden sind. Zuletzt wird das Planungsmodell der IBA grundsätzlich nach seinen Leistungen vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Planung befragt.

These 1: Es ist der IBA im Rahmen der "Arbeiten im Park"-Projekte kaum gelungen, neue Akteure zu mobilisieren!

In den untersuchten Fallstudien sind zunächst die klassischen Akteure des regionalen Strukturwandels aufgetreten, so die Ruhrkohle AG als allgegenwärtige Grundstückseigentümerin aus der Montannutzung herausgefallener Flächen. Sie war in allen drei Fallstudien Eigentümerin, bevor diese durch die LEG mit Mitteln des Grundstücksfonds erworben wurden. Nach einer langjährigen Politik der

Projekt	Gewerbepark und Öko-Zentrum Hamm	Technologiepark und Zukunftszentrum Herten	Gewerbepark Zeche Holland in Bochum Wattenscheid
Projektträger	LEG/ Stadt Hamm	HEG	LEG/ Stadt Bochum
weitere Akteure	Ruhrkohle AG Betreibergesellschaft Öko-Zentrum	Ruhrkohle AG LEG	Ruhrkohle AG Entwicklungsgesellschaft Ruhr Betreibergesellschaft Eco-Texti
Gesamtfläche	22 Hektar Zechenbrache	6,5 Hektar Industriebrache	22 Hektar Zechenbrache
Profil	biologisches und ökologisches Planen und Bauen	biologische Verfahrenstechnik und Wertstoffrückgewinnung	n.v. Technologiezentrum: Textil
Zielhierarchie/ Zielintegration	-Verbreitung der Prinzipien des ökologischen Bauens -Schaffung einer Marktübersicht und eines räumlich itegrierten Angebotes -ökologische Gestaltung der Infrastruktur und des Gewerbebaus	-kommunale Wirtschaftsförderung -Förderung von Kooperationen im technischen Umweltschutz -städtebauliche Impulse	-Wiedernutzung der Fläche für die Stadtentwicklung -architektonische und bauökolo gische Ziele im Gewerbebau -Vernetzung von Landschaftsteilen -Industrie-Denkmalschutz -Wohnprojekt
beteiligte Institutionen und Unternehmen	Architektenkammer NW, Ausbildungszentrum der Bauindustrie, Kreishandwerkerschaft, Handwerkskammer, Akademie für Denkmalpflege 9 private Unternehmen: -ökologische Fertighäuser -Naturkostprodukte -Baumarkt -produktionsorietierte u.a. Dienstleistungen	Kreditinstitut; Entsorgungsunternehmen 13 private Unternehmen und 2 öffentliche Institutionen anwendungsorientierte F.u.E. in den Bereichen: -Methanisierung und Kompostierung -Kunsstoffrecykling -Anlagen u. Meßgeräte im Umwelt-/ Altlastenbereich -biologische Wasserreinigung -unternehmensbezogene Dienstleistungen -Unternehmensgründungen	Technologiezentrum: Stadtwerke, IHK, VEW, Kredit institut, Steilmann, Beirat e.V. Hotel, Großbäckerei, Markisen-hersteller
Verfahrens-innovationen	Lenkungsgruppe Sachverständigenrat Wettbewerb	Realisierungswettbewerb	Lenkungsgruppe 5 Wettbewerbsverfahren
informelle Instrumente	Gestaltungshandbuch Qualitätsvereinbarungen		Gestaltungshandbuch
Realisierung	Flächenerwerb 1980 Erschließung 1991 Ansiedlung ab 1995	Flächenerwerb 1992 Erschließung 1994 Anmietung ab 1995	Flächenerwerb 1986 Erschließung 1995 Ansiedlung ab 1996

Tabelle 6: Fallstudienübersicht

"Bodensperre" zeichnet sich in den letzten Jahren eine leichte Entspannung der Situation ab. Mit der Gründung der Montan Grundstücksentwicklungsgesellschaft (MGE) ist die Ruhrkohle AG 1989 selbst in die Flächenentwicklung eingestiegen.

Die LEG ist als treuhänderische Verwalterin des Grundstücksfonds Hauptakteur bei der Reaktivierung von Brachflächen in der Region. Sie ist aber nur im Projekt Gewerbepark Holland als Flächenentwicklerin, im Management und der Vermarktung gleichermaßen aufgetreten. Im Projekt Öko-Zentrum wird die Vermarktung vorwiegend über die Mitarbeiter des Zentrums selbst betrieben. Am Entwurf des Projektes war darüber hinaus der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) beteiligt. Die in diesem Projekt zu beobachtende differenzierte Aufgabenteilung zwischen der Geschäftsführung durch die Betreibergesellschaft, der Lenkungsgruppe und dem Sachverständigenrat unter Beteiligung verschiedener Institutionen aus der Region, ist kein Produkt des Engagements der IBA, sondern sie existierte bereits weitgehend. Im Hertener Projekt liegt das Management und die Vermarktung in den Händen der Hertener Entwicklungsgesellschaft (HEG), einer klassischen public-privat-partnership, der städtische Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Flächenentwicklung übertragen wurden.

Die verschiedenen von der LEG und der IBA gemeinsam initiierten Wettbewerbsverfahren im Projekt Holland dienten der Mobilisierung externen Sachverstands und haben insofern zur Erweiterung der Akteursstruktur beigetragen. Aufgerufen waren aber vorwiegend Planungsbüros, so daß die Mobilisierung weiterer Akteure, wie betroffener Bewohner, künftiger Nutzer, Initiativen oder Gewerkschaften von vornherein ausgeschlossen war.

In Herten hat sich das Wettbewerbsverfahren auf die architektonische und zum Teil städtebauliche Gestaltung beschränkt. Ein Einfluß auf Projektinhalte war schon in der Auslobung des Realisierungswettbewerbs nicht vorgesehen.

These 2: Die Operationalisierung und Systematisierung von Standards über Qualitätsvereinbarungen und Positionspapiere gelingt nur partiell!

Die Operationalisierung von Zielen über Positionspapiere, die auf der Ebene der Planungsgesellschaft verabschiedet werden, und über Qualitätsvereinbarungen, die projektbezogen erarbeitet werden, ist eine wesentliche Grundlage für die Verbreitung von Qualitätszielen zwischen den Projekten und darüber hinaus in der Region. Hier liegt aber auch ein wesentlicher Schwachpunkt des Ansatzes: Die IBA ist auf die Durchsetzung ihrer Qualitätsziele durch die "Überzeugungskraft der Lösungen" angewiesen, sonst bleibt sie bei der Dokumentation von Einzelfallösungen stehen und verfehlt das Ziel einer regionalen Erneuerung.

Wie sieht die Operationalisierung und Systematisierung in den untersuchten Fällen aus? Nur in zwei Projekten wurden überhaupt Qualitätsvereinbarungen entwickelt und nur in einem Fall unterzeichnet. Die Einhaltung der Mindeststandards des Positionspapiers "ökologisches Bauen" wurde in allen Projekten angestrebt.

In der Fallstudie Hamm sprechen die Beobachtungen für eine konsequente Umsetzung ökologischer Standards im Bereich der Infrastruktur und im Gewerbebau. Dazu wurde ein Gestaltungshandbuch aufgelegt und entsprechende Qualitätsvereinbarungen mit der IBA abgeschlossen. In Bezug auf die Diffusion von Standards in der Region und zwischen IBA-Projekten, ist folgende Beobachtung interessant: Bei Expertengesprächen mit Mitarbeitern der LEG wurde deutlich, daß die Existenz von IBA-Qualitätsvereinbarungen, den Mitarbeitern, die andere IBA-Projekte bearbeiten, nicht bekannt war. Wenn die Ausstrahlung von Qualitätsvereinbarungen innerhalb dieser Landesbehörde schon kaum funktioniert, wie kann dann erwartet werden, daß sie sich über IBA-Projekte hinaus durchsetzen? Die IBA hat bislang keine Strategie entwickelt, einmal aufgestellte Standards und Ziele in der Region zu verbreiten, oder mindestens Projekte mit gleichgerichteten Problemen zu vernetzen, um diese gemeinsam zu bearbeiten. Es muß hier allerdings einschränkend hinzugefügt werden, daß die informellen Kontakte, des von der IBA geschaffenen Netzes, eine Verbreitung von Standards durchaus möglich machen. Diese sind jedoch für den außenstehenden Beobachter kaum zugänglich.

Am Beispiel der Fallstudie Holland wird die Problematik der IBA-Strategie, Qualitätszielen als "weichen" Standortfaktoren zur Realisierung verhelfen zu wollen, deutlich. Es wurden zwar Ziele entwickelt und in einem Gestaltungshandbuch festgehalten, die Operationalisierung ist aber insofern gescheitert, als die Stadt Bochum keine Qualitätsvereinbarungen unterzeichnet hat. Offenbar besteht die Befürchtung, die Vermarktungschancen für das Gewerbegebiet durch die Forderungen einzuschränken. Die Versicherung der LEG-Mitarbeiter, trotzdem hohe Qualitäten sichern zu wollen, erscheint vor diesem Hintergrund wenig überzeugend. Wenn die IBA ein Mindestmaß von Qualitätszielen als "weiche" Standortfaktoren realisieren will, sollte es ihr wichtigstes Anliegen sein, Qualitätsvereinbarungen gegenüber den Kommunen durchzusetzen und die Vermarktung zu unterstützen. Eine offensive Strategie zur Realisieung von Qualitätszielen, wie sie z.B. in Hamm durch die Verknüpfung des Konzeptes "Öko-Zentrum NRW" mit der Akquisition für das Gewerbegebiet entwickelt wurde, war in Bochum nicht zu erkennen. Die IBA hat sich zu diesem Zeitpunkt aus dem Projekt eher zurückgezogen[161].

These 3: Der Erfolgsdruck bis zur Schlußpräsentation 1999 ausstellungsfähige Projekte bauen zu wollen, hat seinen Preis. Die Übernahme laufender Projekte in die IBA hat die möglichen Erneuerungsimpulse stark relativiert!

Der Anspruch der IBA, bis zur Präsentation 1999 gebaute Ausstellungsobjekte realisieren und Innovationen in Richtung einer "ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung" initiieren zu wollen, ist hoch. Die Strategie, endogene Potentiale und die Kreativität der vorhandenen gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren zu wollen, ist schlüssig. Die Mobilisierung dezentraler Ideen in Richtung der Leitbilder dieser Bauausstellung wird aber in einigen Fällen durch die Aufnahme existierender Konzepte konterkariert. Mit der Umetikettierung bestehender Konzepte zu IBA-Projekten, wird das Ideenpotential, das von Leitbildern und Diskussionen, ausgehen kann, weitgehend aufgehoben. Es ist dann kein Wunder, wenn sich Projekte mehr an alten Fördertatbeständen als an neuen Leitbildern orientieren.

161 vgl. Expertengespräch vom 31.01.96 mit den zuständigen Mitarbeitern der LEG

So gehen auch zwei der drei Fallstudien in ihrer Entstehungsgeschichte auf Konzepte zurück, die inhaltlich bereits vor Auftreten der IBA entwickelt wurden. Das Hertener Projekt zielt auf die Technologieförderung nach dem Technologieprogramm Wirtschaft (TPW). Die IBA konnte in diesem Projekt zwar auf die Nutzung einer Brachfläche hinwirken, blieb bezogen auf das inhaltliche Konzept aber ohne Einfluß.

Andererseits macht sich die IBA mit der Aufnahme kreativer Projekte auch deren Themen und Konzepte zu eigen. Sicherlich ist das Hammer Projekt, das eigentlich außerhalb des IBA-Raumes liegt, vom Lenkungsausschuß aufgenommen worden, weil es inhaltlich und konzeptionell Vorstellungen folgt, die den Orientierungen der IBA entsprechen. Dafür sprechen auch aktuelle Aktivitäten der IBA zum Thema "ökologisch selber-bauen". In der Aufnahme und Unterstützung solcher lokaler Potentiale liegen m.E. die größten Chancen der Strategie dieser Bauausstellung.

Das Projekt Gewerbepark Holland stellt insofern eine Ausnahme dar, als es schon im Stadium der Konzeption von der IBA begleitet wurde. Es muß als die Fallstudie angesehen werden, die die Planungsprinzipien der IBA am deutlichsten repräsentiert. Es steht beispielhaft für

- die Integration verschiedener Handlungsfelder
- die Schwierigkeiten des Versuchs ökologische Prinzipien als "weiche" Standortfaktoren zu realisieren
- die Verfahrenskultur der IBA, die sich in der Einrichtung einer kooperativ arbeitenden Projektlenkungsgruppe und der Auslobung mehrerer Wettbewerbe äußert.

These 4: Die Forderung der IBA, Einzelstandorte des Leitthemas "Arbeiten im Park" an thematischen Schwerpunkten zu orientieren, konnte nur begrenzt eingelöst werden!

Eine Förderungspraxis, die örtliche Spezialisierungen koordinieren und mit der Diversifizierung der Region verbinden will, ist ein interessantes Instrument zur Vermeidung interlokaler Konkurrenz und zur Herausbildung an lokalen Potentialen orientierter Kooperationsstrukturen. In den Fallstudien sind Ansätze einer

Spezialisierung zwar zu erkennen, die Motivationen und die Ausprägungen einer solchen Strategie sind aber gänzlich unterschiedlich.

Der Hertener Ansatz zielt auf die Technologieförderung und Synergieeffekte aus anwendungsnahen Kooperationen. Die grundsätzliche Ausrichtung des Themenschwerpunktes war hier nicht Ergebnis eines lokalen Suchprozesses oder einer Potentialanalyse, sondern Folge der überlokalen Standortentscheidung für das Rohstoffrückgewinnungszentrum. Daneben wurde mit dem Bergbauzulieferunternehmen Hese eine interessante Anknüpfung an vorhandene Strukturen erzielt.

Anders verhält es sich bei dem Projekt Öko-Zentrum, dessen Idee in einem Landeswettbewerb zum Thema "ökologisches Bauen" geboren wurde und mit den städtischen Aktivitäten zum Thema "ökologische Stadt der Zukunft" korrespondiert. Insofern handelt es sich hier um ein Gemeinschaftsprojekt des Landes und der Stadt, das zunächst darauf zielt, das ökologische Bauen in der Region zu verbreiten. Das konsequente Akquisitionsverhalten in diesem Projekt hat die Realisierung ökologischer Standards auch über die öffentlich finanzierten Bereiche hinaus, insbesondere durch die Spezialisierung auf das Thema "ökologisches Bauen", möglich gemacht. Aber auch hier war eine Verschiebung des Themenschwerpunktes bei der Ansiedlung von Unternehmen im Gewerbepark zu beobachten.

Im Projekt Holland wird die Akquisition des Gewerbeparks und des Technologiezentrums nicht abgestimmt. Eine thematische oder sektorale Spezialisierung fand im Bereich des Gewerbeparks gar nicht statt. Aber auch in den beiden erstgenannten Projekten waren zum Teil unklare Formulierungen oder Verschiebungen der Profile zu beobachten, so daß nicht von der Durchsetzung neuer Maßstäbe in der Wirtschafts- und Gewerbepolitik durch die IBA gesprochen werden kann.

These 5: Die Projekte des Leitthemas "Arbeiten im Park" werden mehr von exklusiven Trägerformen beherrscht als von innovativen Verfahren der Ideenfindung oder einer Erweiterung bürgerschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten!

In allen drei Fallstudien ist eine projektbezogene Einbindung gleichgerichteter Interessen in Form von public-private-partnerships zu beobachten. In Herten ist es die HEG, an der örtliche Kreditinstitute und Entsorgungsunternehmen beteiligt sind. Entsprechend konzentriert sich die Arbeit der HEG, die hier städtische Aufgaben wahrnimmt, auf eine technologieorientierte Wirtschaftsförderung im Bereich Abfall und Altlasten. Eine Integration von Zielen und Handlungsfeldern, wie sie die IBA fordert, war hier kaum zu beobachten. Ein Gesprächspartner[162] schilderte hingegen Tendenzen der Fragmentierung und Überlagerung städtischer und institutioneller Aktivitäten und Zuständigkeiten. Die Verteilung der Aufgaben zwischen Stadt, HEG und der 1990 gegründeten Emscher-Lippe-Agentur (ELA), die auch im Bereich kommunaler Wirtschaftsförderung tätig ist, ist für den Beobachter jedenfalls kaum noch nachvollziehbar.

Der Einfluß der IBA auf das Pojekt ist insgesamt als gering zu bezeichnen. Er beschränkt sich auf die Auslobung des Realisierungswettbewerbs, der ausschließlich die architektonische und städtebauliche Gestaltung zum Thema hatte. Aber auch wenn Ausschreibungen weiter gefaßt werden, so äußerte ein Gesprächspartner[163] seine Erfahrungen aus der Juryarbeit, gehen die eingereichten Konzepte, z.B. im Bereich Ökologie, über den Umgang mit Regenwasser nicht hinaus.

In der Fallstudie Holland ist die Konstruktion der public-private-partnership als Betreibergesellschaft "EcoTextil" GmbH unter Beteiligung eines Trägervereins organisiert, der auch als Beirat firmiert. Beteiligt sind ein Kreditinstitut, die Stadtwerke und private Unternehmen wie der ortsansässige Textilfabrikant Steilmann. Der Einfluß dieses Trägers ist aber auf die Projektkomponente des Technologiezentrums beschränkt. Für die Projektkomponente des Gewerbeparks ist die Lenkungsgruppe aus einem Vertreter der LEG, einem Vertreter des städtischen Planungsamtes und des Amtes für Wirtschaftsförderung, sowie einem Bereichsleiter der IBA maßgeblich. In diesem Bereich wurden mehrfach Wettbewerbsverfahren durchgeführt, die sich allerdings im Bereich des Gewerbeparks weitgehend auf die Beteiligung geladener Planungsexperten beschränkten.

---

[162] vgl. Expertengespräch vom 31.01.96 mit den Mitarbeitern der LEG

[163] vgl. Expertengespräch vom 14.02.96 mit dem Fraktionsmitglid der Grünen im Rat

Anmerkungen zum Planungsmodell der IBA Emscher-Park

Ganser u.a. kennzeichnen die Planungsstrategie der IBA mit dem Begriff des "perspektivischen Inkrementalismus"[164] und meinen damit ein Planungsmodell, das eine Vielzahl von Projekten in einer Strategie bündelt. Nach dem gescheiterten Versuch der Integration von Programmen und Plänen durch die Entwicklungsplanung der 70er Jahre, sollen "neue Wege der Integration"[165] von Zielen und Instrumenten gefunden werden. Tatsächlich weisen die Planungsprinzipien der IBA einige interessante Merkmale in dieser Richtung auf. Die in Kapitel "4.1 Struktur und Planungsprinzipien der IBA" ermittelten Merkmale können unter folgenden Entwicklungslinien zusammengefaßt werden, die die planungspolitische Reaktion in NRW auf die gesellschaftlich-ökonomischen Umbrüche kennzeichnen. Das sind im wesentlichen:

A. Stärkere horizontale und vertikale Politikvernetzung in der Region

Mit der Einrichtung des Lenkungsausschusses hat die nordrhein-westfälische Landesregierung ihren Förderentscheidungen ein regionales Gremium vorgeschaltet, das im Gegensatz zu den Regionalkonferenzen in seiner Akteurskonstellation und seinem Arbeitszusammenhang weniger von kurzfristigen ökonomischen Interessen dominiert wird. Mit dieser Konstruktion wird eine Vernetzung nahezu aller Landesressorts und der Vertreter der Mitgliedsstädte auf regionaler Ebene herbeigeführt. In dieser Aushandlungsrunde sind die Tarifvertragsparteien, Naturschutz-, Planer- und Architektenverbände vertreten. Eine grundsätzliche Erweiterung der Beteiligung auf regionale Initiativen oder soziale Interessen hat aber nicht stattgefunden.

Mit der IBA-Planungsgesellschaft hat die Landesregierung eine vom politischen Tagesgeschäft relativ unabhängige Abteilung in der Region eingerichtet, die quer zu fragmentierten Fachplanungen bis in die Projekte hinein agieren kann. Die personelle Ausstattung dieser Einheit für die Unterstützung von Planungsprozessen ist allerdings sehr bescheiden.

---

[164] vgl. Ganser/Siebel/Sieverts 1993, S.114

[165] Ganser/Siebel/Sieverts 1993, S.114

B. Formelle Planungsverfahren werden durch informelle Abstimmungsprozesse und "weiche" Instrumente ergänzt

Die Einrichtung von Projektlenkungsgruppen, die Organisation von Diskussionsforen und die Durchführung von Wettbewerben weisen in Richtung offener Planungsprozesse und kooperativer Verhandlungsformen. Eine Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten wird aber auch in diesem Kontext nicht angestrebt. Die IBA zielt zunächst darauf Spielräume auszuloten und neue Ideen und Qualitäten in existierende Verfahren zu tragen. Dazu werden informelle Instrumente wie Qualitätsvereinbarungen und Positionspapiere eingeführt, allerdings verbunden mit der Möglichkeit, jederzeit auf ihren Gebrauch verzichten zu können. Hier wird eine grundsätzliche Schwäche der IBA deutlich, mehr "Animateur" von Prozessen und damit auf die Akteure angewiesen zu sein, die die Ziele dieser Bauausstellung durchsetzen können.

C. Die Integration der Ziele und Förderinstrumente am Projekt

Verbunden mit einer Flexibilisierung der Mittelvergabe ermöglicht dieses Prinzip eine stärkere Berücksichtigung lokaler Potentiale und birgt damit m.E. die Chance für die Region, sich stärker an eigenen Entwicklungszielen auszurichten. Die Gefahr, die damit einhergeht, ist, daß in dem Maße, wie eine stärkere Orientierung an projektindividuellen und weniger langfristigen Zielen die Planung überschaubarer macht und ihre Korrigierbarkeit erhöht, erhöht sie das Risiko des Auseinanderlaufens der Einzelprojekte in einem "perspektivlosen" Inkrementalismus. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die Defizite bezüglich einer Systematisierung von Zielen innerhalb der IBA hinzuweisen[166].

[166] vgl. These 2

D. Die Herstellung des Konsens am Projekt

In der Strategie des "Konsens am Projekt" sehen die Initiatoren einen bedeutenden Vorzug gegenüber anderen Planungsmodellen. Es reicht demnach aus, einen lokalpolitischen Konsens der beteiligten Akteure an den konkreten Projektzielen herbeizuführen. So sollen Konflikte auf der Ebene der Programmgestaltung vermieden werden[167]. Diese Strategie ist durchaus nicht unproblematisch: Die Dezentralisierung von Aufgaben des gesellschaftlichen Interessenausgleiches oder langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungsaufgaben kann die lokale Ebene schnell überfordern. In den Kommunen kann es dann zu Konflikten zwischen kurzfristigen Aufgaben der Sozialpolitik und den zusätzlichen Problemen kommen. Insbesondere in Verbindung mit exklusiven Projektträgerformen, wie private-public-partnerships, die zum Teil nur sehr selektiv Interessen einbinden, ist eine Vertiefung gesellschaftlicher Gegensätze statt des angestrebten Ausgleiches zu befürchten.

E. Das Festhalten an klassischen Förderprinzipien ermöglicht nach wie vor eine weitgehende Kontrolle durch die Landesregierung

Da die IBA über keine eigenen Fördermittel verfügt, sondern nur vorhandene Programme projektbezogen bündelt, bilden nach wie vor deren Fördertatbestände den Rahmen, in dem regionale Innovationen erzeugt werden sollen. Insofern kann auch nur bedingt von einer Regionalisierung von Handlungsspielräumen gesprochen werden, treffender könnte man von der Wiedereinführung eines Instrumentes zur interkommunalen Koordination sprechen, das mit der Abschaffung des SVR, verloren gegangen war[168]. Offenbar wird die Notwendigkeit einer stärkeren interkommunalen Kooperation vor dem Hintergrund einer zunehmenden Konkurrenz der Regionen im europäischen Raum, als wichtig angesehen und daher vorangetrieben.

---

167 vgl. Ganser/Siebel/Sieverts 1993, S.115

168 vgl. Expertengespräch mit dem Bereichsleiter der IBA vom 8.12.95 und Kilper 1995

Abschließend ist auf die grundsätzliche Ambivalenz strukturpolitischer Ansätze, wie sie die IBA insbesondere mit dem Leitprojekt "Arbeiten im Park" verfolgt, aufmerksam zu machen. Die langfristigen Maßnahmen einer strukturellen Erneuerung gehen an den akuten Problemlagen der Arbeitslosigkeit und Armut in der Bevölkerung vorbei. Vor diesem Hintergrund ist dringend zu einer Integration langfristiger Strukturmaßnahmen und mittelfristiger Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung zu raten. Wenn der IBA diese Integration nicht gelingt, verspielt sie eine breite Akzeptanz, indem sie Politik an den sozialen Problemen vorbei betreibt.

An dem am weitesten fortgeschrittenen und ökonomisch erfolgreichen Projekt des Zukunftszentrums Herten (ZZH) ist diese Ambivalenz des Strukturwandels deutlich ablesbar. Den knapp 10.000 Bergbaubeschäftigten in Herten stehen nun etwa 100 Arbeitsplätze im ZZH gegenüber. Dabei handelt es sich überwiegend um Jobs für hochqualifizierte Fachkräfte, die vermutlich nur zu einem geringen Teil aus der Region stammen. Die letztlich angestrebten langfristigen Effekte durch eine gewerbliche Realisierung werden allenfalls in einigen Jahren für weitere Arbeitsmarktgruppen wirksam.

Eine Einordnung der untersuchten planungspolitischen Regulationsweisen für das Ruhrgebiet nach den Kategorien der Regulationstheorie fällt leichter, als die des räumlich-ökonomischen Produktionszusammenhangs[169]. Die politisch-institutionellen Verhältnisse weisen in Richtung der Herausbildung eines postfordistischen Regulationsmodells[170]. In diesem Zusammenhang ist auf die Verbreitung von public-private-partnerships als Trägerformen und der Organisation des Verhältnisses zwischen Staat und Kapital hinzuweisen. Dabei lassen sich sowohl Konzepte beobachten, die zu einer Ausgrenzung bürgerschaftlicher Interessen und der Fragmentierung öffentlicher Aufgabenerfüllung führen, als auch solche, die die Bündelung und Vernetzung organisierter, gesellschaftlicher Interessengruppen bewerkstelligen. Die Artikulation marginalisierter oder auch nur nicht organisierter Interessen wird im Rahmen dieses neuen Aushandlungsmodells, in dem kooperative Formen gepflegt werden, allerdings erschwert. Grundsätzlich ist in diesem

[169] vgl. Kapitel 3.1 und 3.2

[170] vgl. auch Danielzyk 1992

Kontext auch auf die mögliche Umgehung demokratisch legitimierter Gremien, durch die Verlagerung von öffentlichen Entscheidungsbefugnissen und die selektive Einbindung von Interessen, hinzuweisen.

Weitere Merkmale, die auf eine postfordistische Regulation hindeuten, sind die vorsichtige Dezentralisierung und Flexibilisierung der regionalen Strukturpolitik, die in der Einrichtung von Regionalkonferenzen, aber auch im Konzept der IBA, zum Ausdruck kommt. Insbesondere die Tatsache, daß die IBA nicht auf die klassischen Strategien der Regionalentwicklung durch Programme und Pläne beschränkt bleibt[171], sondern die Veränderung der politisch-administrativen Strukturen thematisiert und das soziokulturelle Umfeld adressiert, sprechen für diese These.

Sie zielt im Kern auf die Herausbildung nichthierarchischer politisch-ökonomischer Netzwerke und greift Elemente einer kalmarischen[172] Variante des postfordistischen Entwicklungsmodells auf. Hierfür sprechen der Versuch

- einer Mobilisierung sozialer Kenntnisse und regionsinterner Potentiale
- auf regionaler Ebene zu koordinieren und damit einen Interessenausgleich zwischen den Kommunen herbeizuführen, der geeignet ist interlokale Konkurrenzen zu vermeiden
- gesellschaftliche Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen zu installieren, wie etwa mit einem Lenkungsausschuß
- der Öffnung für gesellschaftliche Themen

Auch die Tatsache, daß bisher mit der IBA keine Deregulierungen auf Landesebene einhergegangen sind, unterstützt diese These.

Da diese Tendenzen aber keinesfalls eindeutig, sondern von zahlreichen Widersprüchen geprägt sind, wie die vorangegangenen Thesen deutlich gezeigt haben, kann nicht von der Durchsetzung dieses Modells in der Regionalpolitik gesprochen werden. In welche Richtung sich diese Bauausstellung noch entwickeln soll und ob sie letztlich in irgend einer Form nach der Schlußpräsentation 1999 fortgesetzt werden wird, wird das demnächst erscheinende Memorandum zeigen.

---

171 vgl. auch Butzin 1995, der von "Orgware-Strategien" spricht

172 zur Abgrenzung des neotayloristischen und des kalmarischen Modells vgl. Kapitel 2.3

Quellenverzeichnis:

Amin, Ash / Thrift, Nigel: (1994) Neo-Marshallian nodes in global networks; in Krumbein, W. (Hg): Ökonomische und politische Netzwerke in der Region

Aring, J. / Butzin, B. / Danielzyk, R. u.a.: (1989) Krisenregion Ruhrgebiet?

Bade, Franz-Josef: (1995) Alte Industrieregionen im Wandel - Zur wirtschaftlichen Entwicklung des Ruhrgebiets. Vortrag auf dem Jahreskongreß 1994 des Wissenschaftszentrum NRW am 27.10.94 in Oberhausen. Institut für Raumplanung, Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung. Arbeitspapier 139, Dortmund

Bremm, Heinz-Jürgen: (Dis. 1993) Ökonomie, Politik und Raumplanung in alten Industrieregionen. Eine Untersuchung des Strukturwandels in den Regionen Pittsburgh und Dortmund; Dortmund

Butzin, Bernhard: (1990) Regionaler Entwicklungszyklus und Strukturwandel im Ruhrgebiet. Ansätze zur strukturellen Erneuerung?; in Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 34, S.208-217

Butzin, Bernhard: (1995) Neue Strategien der Regionalentwicklung; in Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) (Hg): Kommunalverband-Ruhrgebiet. Wege, Spuren. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des KVR; Essen

Colletis, Gabriel / Pecqueur, Bernard: (1994) Die französiche Diskussion über die Industriedistrikte. Über die Bildung von Territorien im Postfordismus. in Krumbein, W. (Hg): Ökonomische und politische Netzwerke in der Region

Danielzyk, Rainer / Butzin, Bernhard / u.a. (Hg): (1989) Krisenregion Ruhrgebiet

Danielzyk, Rainer: (1992) Gibt es im Ruhrgebiet eine postfordistische Regionalpolitik?; in Geographische Zeitschrift 2; S.84-105

Eismann, Reiner / Waluga, Stefan: (1994) Sozio-ökonomische Daten zum IBA-Planungsraum; in Kreibich, Rolf / Schmid, Arno S. u.a. (Hg): Bauplatz Zukunft. Dispute über die Entwicklung von Industrieregionen; Essen

Emscher-Lippe Agentur GmbH (ELA) (Hg): (1995) Technologieführer Emscher-Lippe; Herten

Flick, Uwe / Kardorff, Ernst von u.a. (Hg): (1991) Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen; München

Ganser, Karl / Kupchevsky, Ted: (1991) Arbeiten im Park. 16 Standorte im Wettbewerb um Qualität; in Bauwelt 24

Ganser, Karl / Siebel, Walter / Sieverts, Thomas: (1993) Die Planungsstrategie der IBA Emscher Park. Eine Annäherung; in: Raumplanung 61, S.112-118

Gerß, Wolfgang: (1991) Statistische Rundschau NRW

Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter: (1994) Wie organisiert man Innovationen in nicht-innovativen Milieus?; in Kreibich, Rolf / Schmid, Arno S. u.a. (Hg): Bauplatz Zukunft. Dispute über die Entwicklung von Industrieregionen; Essen

Heinze, Rolf G. / Voelzkow, Helmut: (1991) Regionalisierung der Strukturpolitik in NRW; in Blanke, Bernhard (Hg): Staat und Stadt. Systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen dezentraler Politik; PVS-Sonderheft 22, Opladen

Heinze, Rolf G. / Voelzkow, Helmut / Hilbert, Josef: (1992) Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Entwicklungstrends und Forschungsperspektiven; Schriften des Institut Arbeit und Technik Band 3, Opladen

Hertener Entwicklungsgesellschaft mbH (HEG): (o.A.) Zukunftszentrum Herten

Hirsch, Joachim: (1995) Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus; Berlin

Hubert, Heinelt / Mayer, Margit: (1991) Europäische Städte im Umbruch - zur Bedeutung lokaler Politik; in: Heinelt, Hubert / Wollmann, Helmut: Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren; Stadtforschung aktuell 31, Birkhäuser

Hübner, Kurt: (1990) Theorie der Regulation; Dissertation Berlin

Ingenieur- und Beratungsgesellschaft mbH (GFD) / Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG): (1991) Abschlußbericht (Kurzfassung des Endberichtes der Realisierbarkeitsstudie "ecoTextil"). Einrichtung und Betrieb eines "Technologiezentrums ecoTextil" (TZE) für Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutz in Bochum; Dortmund

Internationale Bauausstellung Emscher-Park: (o.A.) Investitionsstandort Emscherraum. Der Schritt ins nächste Jahrtausend; Gelsenkirchen

Internationale Bauausstellung Emscher-Park: (1990a) Projektantrag der Stadt Bochum zum IBA-Projekt Holland III, IV, VI

Internationale Bauausstellung Emscher-Park: (1990b) Vorlage zur Sitzung des Lenkungsausschusses vom 19.12.90 zum Positionspapier "ökologisches Bauen"

Internationale Bauausstellung Emscher-Park: (1991a) Strategien für alte Industrieregionen. Dokumentation des internationalen Kongresses 20. bis 21. Juni 1991 in Essen

Internationale Bauausstellung Emscher-Park: (1991b) Vorlage zur Sitzung des Lenkungsausschusses vom 28.10.91, Projekt Nr.5.1.51 Zentrum für biologisches und ökologisches Bauen und Planen in Hamm (Öko-Zentrum NRW)

Internationale Bauausstellung Emscher-Park: (1992) Vorlage zur Sitzung des Lenkungsausschusses vom 11.05.92, Arbeiten im Park 5.37.2 Zukunftszentrum und Technologiepark Herten

Internationale Bauausstellung Emscher Park / Hertener Entwicklungsgesellschaft mbH (Hg): (1992) IBA Emscher Park Wettbewerbe. Technologiepark und Zukunftszentrum Herten. Dokumentation; Dortmund

Internationale Bauausstellung Emscher Park / Landesentwicklungsgesellschaft NRW (Hg): (1993) IBA Emscher-Park Wettbewerbe. Technologiezentrum Eco-Textil Bochum Wattenscheid. Dokumentation; Bochum

Internationale Bauausstellung Emscher Park (Hg): (1994a) Arbeiten im Park. Emscher Park Informationen Themenheft 1; Gelsenkirchen

Internationale Bauausstellung Emscher Park (Hg): (1994b) Bauplatz Zukunft. Was, wann, wo? Zwischenpräsentation 1994/95; Gelsenkirchen

Internationale Bauausstellung Emscher Park (Hg): (1995a) Bauplatz Zukunft. Zwischenpräsentation der internationalen Bauausstellung Emscher-Park 1994/95; Gelsenkirchen

Internationale Bauausstellung Emscher Park (Hg): (1995b) Internationale Bauausstellung Emscher Park. Eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen; Gelsenkirchen

Jessop, Bob: (1992) Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat; in: Demirovic, A. u.a. (Hg): Hegemonie und Staat; Münster

Kern, Horst: (1994) Globalisierung und Regionalisierung bei industrieller Restrukturierung; in Krumbein, W. (Hg): Ökonomische und politische Netzwerke in der Region

Kilper, H. / Latniak, E. / Rehfeld, D. / Simonis, G.: (1994) Das Ruhrgebiet im Umbruch. Strategien regionaler Verflechtung; Schriften des Institut Arbeit und Technik Band 8, Opladen

Kilper, Heiderose: (1991) Konzeptionen und Strategien regionaler Entwicklung; Gelsenkirchen Institut Arbeit und Technik

Kilper, Heiderose: (1992) Das Politikmodell IBA Emscher Park. Erfahrungen bei der Implementation der "Arbeiten im Park"-Projekte; Gelsenkirchen Institut Arbeit und Technik

Kilper, Heiderose: (1995) Interkommunale Konkurrenz im Zeichen verstaatlichter Regionalplanung; in Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) (Hg): Kommunalverband-Ruhrgebiet. Wege, Spuren. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des KVR; Essen

Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg): (1993) Strukturwandel im Ruhrgebiet, Essen

Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg): (1994) Zahlenspiegel Ruhrgebiet

Krätke, Stefan: (1990) Städte im Umbruch. Städtische Hierarchien und Raumgefüge im Prozeß gesellschaftlicher Restrukturierung; in Borst, Renate (Hg.) u.a.: Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte; S.7-38, Stadtforschung aktuell Band 29, Basel / Boston / Berlin

Krätke, Stefan: (1991) Strukturwandel der Städte. Städtesystem und Grundstücksmarkt in der "postfordistischen" Ära; Frankfurt/M., New York

Krätke, Stefan: (1995) Stadt, Raum, Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie; Stadtforschung aktuell Band 53, Basel / Boston / Berlin

Kreibich, Rolf / Schmid, Arno S. / Siebel, Walter u.a. (Hg): (1994) Bauplatz Zukunft. Dispute über die Entwicklung von Industrieregionen; Essen

Krumbein, Wolfgang / Friese, Christian u.a.: (1994) Industrial Districts und Normalregionen. Überlegungen zu den Ausgangspunkten einer zeitgemäßen Wirtschaftsförderpolitik; in Krumbein, W. (Hg): Ökonomische und politische Netzwerke in der Region

Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen, Referat Statistik: (1991) Presseinformation

Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH (LEG) (Hg): (o.A.) Öko-Zentrum. Zentrum für biologisches und ökologisches Bauen in Hamm. Eine Chance für unsere Umwelt; Dortmund

Läpple, Dieter: (1994) Zwischen gestern und übermorgen. Das Ruhrgebiet - eine Industrieregion im Umbruch; in Kreibich, Rolf / Schmid, Arno S. / Siebel, Walter u.a. (Hg): Bauplatz Zukunft. Dispute über die Entwicklung von Industrieregionen; Essen

Leborgne, Danièle / Lipietz, Alain: (1990) Neue Technologien, neue Regulationsweisen: Einige räumliche Implikationen. in Borst, Renate (Hg.) u.a.: Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte; S.109-129, Stadtforschung aktuell Band 29, Basel / Boston / Berlin

Lehner, Franz / Schmidt-Bleek, Friedrich / Kilper, Heiderose (Hg): (1995) RegioVision. Neue Strategien für alte Industrieregionen; München

Lipietz, Alain: (1991) Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts; Leviathan 1/1991

Mayer, Margit: (1991) Postfordismus und lokaler Staat; in Heinelt, Hubert / Wollmann, Helmut: Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren; Stadtforschung aktuell 31, Birkhäuser

Mayer, Margit: (1993) Postfordismus und lokaler Staat; in: Heinelt, Hubert / Mayer, Margit: Politik in europäischen Städten. Fallstudien zur Bedeutung lokaler Politik; Stadtforschung aktuell 38, Birkhäuser

Moulaert, Frank / Swyngedouw, Erik: (1990) Regionalentwicklung und die Geographie flexibler Produktionssysteme. Theoretische Auseinandersetzung und empirische Belege aus Westeuropa und den USA. in Borst, Renate (Hg.) u.a.: Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte; S.89-108, Stadtforschung aktuell Band 29, Basel / Boston / Berlin

Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (Hg): (o.A.) Internationale Bauausstellung Emscher-Park. Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete. Memorandum zu Inhalt und Organisation

Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (Hg): (1995) Strukturwandel in der Emscher-Region. Wie geht es weiter mit der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park? Landesregierung bekräftigt: Bis 1999 sollen alle Bauprojekte der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park fertig sein; Düsseldorf

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg): (1992a) Regionalisierung. Neue Wege in der Strukturpolitik Nordrhein-Westfalens; Düsseldorf

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg): (1992b) Prozessuale Begleitforschung der Regionalisierung der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen -Kurzfassung-; Düsseldorf

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg): (1995a) ARiV Automobil-Recycling im Verbund. Konzepte für den Aufbau einer Automobil-Recyclingwirtschaft; Düsseldorf

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg): (1995b) Konjunktur in Nordrhein-Westfalen. Halbjahresbericht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI); Düsseldorf

Oertzen, Susanna von: (1993) Planung im entzauberten Staat - Zur neueren Staatsdebatte in den Politikwissenschaften; in: Raumplanung 61, S.104-111

Öko-Zentrum NRW (Hg): (1995) Analyse des Marktes für ökologisches Bauen. Werkstattbericht 2; Hamm

Piore, Michael J. / Sabel, Charles, F.: (1989) Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft; Frankfurt a.M.

Scherrer, Christoph: (1995) Eine diskursanalytische Kritik der Regulationstheorie; in Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 100, 25.Jg, Nr.3, S.457-482

Storper, Michael / Scott, Allen J.: (1990) Geographische Grundlagen und gesellschaftliche Regulation flexibler Produktionskomplexe. in Borst, Renate (Hg.) u.a.: Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte; S.130-149, Stadtforschung aktuell Band 29, Basel / Boston / Berlin

Technologiezentrum Ecotextil GmbH: (o.A.) Technologiezentrum Ecotextil. Textilindustrie Deutschland - Gemeinsam die Zukunft sichern!; Bochum

Yin, Robert K.: (1984) Case study research. Design and methods; London

Gesprächspartner und Termine:

Vorgespräch mit Herrn M. Bertelt-Glöß, Mitarbeiter der LEG am 16.10.95

Herr Rauschen, Mitarbeiter der Betreibergesellschaft Öko-Zentrum NRW am 24.11.95

Herr D. Kwapis, Mitarbeiter der Hertener Entwicklungsgesellschaft (HEG) am 4.12.95

Frau Müller-Tiggemann, Mitarbeiterin des Planungsamtes Bochum am 5.12.95

Frau H. Kilper, Mitarbeiterin des Institut Arbeit und Technik (IAT) am 7.12.95

Herr T. Grohé, Bereichsleiter der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park, zuständig für das Leitprojekt "Arbeiten im Park" am 8.12.95

Herr J. Hantusch, Betreibergesellschaft Technologiezentrum EcoTextil am 12.12.95

Herr J. Brinkmann, zuständig für das IBA-Projekt in Hamm und Herr Ishorst, zuständig für das IBA-Projekt in Herten, beide Mitarbeiter der Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG) am 31.01.96

Herr Bremer, Emscher-Lippe Agentur (ELA), am 2.02.96

Herr H. Holland, Fraktionsmitglied "Die Grünen" in Herten, am 14.02.96

Herr R. Merschhaus, Fraktionsmitglied "Die Grünen" in Hamm, am 16.02.96

Herr M. Deitmer, Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr (MWMTV), Mitglied des Lenkungsausschußes der IBA, am 21.02.96

Herr M. Bertelt-Glöß, Mitarbeiter der LEG und zuständig für das IBA-Projekt in Bochum-Wattenscheid am 11.03.96

Anschrift des Autors: Andreas Gutschank
Osningstraße 22
44149 Dortmund
Tel.: 721 78 58